1 H 3752 C

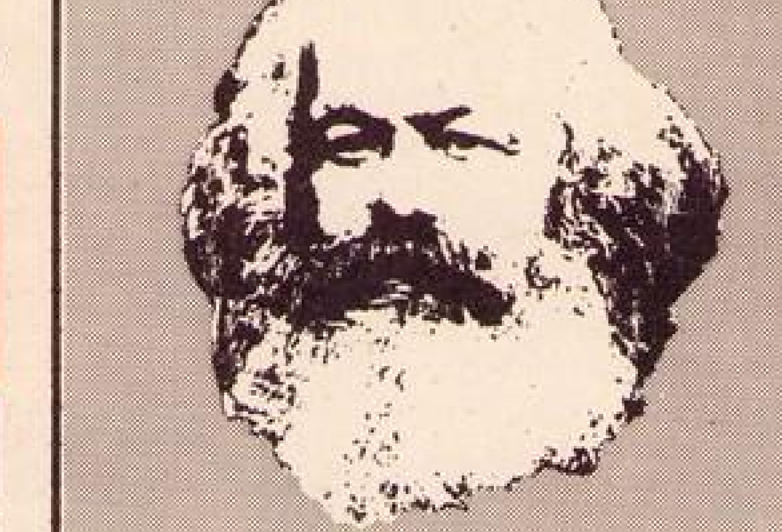
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 11 vom 18. März 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

KARL MARX
5.5.1818 — 14.3.1883



Karl Marx: Eine Regierung der Arbeiterklasse aus: Der Bürgerkrieg in Frankreich
Seiten 8 und 9

Nachahmung empfohlen

Der Grüne Spitzenkandidat in NRW, Werner Vogel, ist also zurückgetreten. Nachdem deutlich wurde, daß er doch, als früherer Stahlhelm-Mann und Regierungsfunktionär mehr war als nur ein Mitläufer. Sicher: Die Grünen müssen sich überlegen, wie das zustandekam, nachdem seine Vergangenheit dem Landesvorstand NRW bekannt war. Das ist die eine Seite.

Die andere aber heißt: Zur Nachahmung empfohlen. Das gilt vor allem für all jene konservativen Abgeordneten, deren Vergangenheit in der gleichen oder gar in einer „höheren Preislage" liegt. Aber: ein Strauß, ein Carstens oder Stücklen — sie alle stehen wohl „über" solchen Anfeindungen in einem Staat, in dem selbst ein Filbinger die Rückkehr auf die politische Bühne anstreben kann...

Schlagkräftig

Oft wird rechten Gewerkschaftsführern vorgeworfen, sie ließen es an entschlossenem, schlagkräftigem Handeln fehlen. Daß dem nicht so ist, beweisen dieser Tage eindrucksvoll Konrad Carl (Chef der IG Bau-Steine-Erden) und Hermann Rappe (Chef der IG Chemie, Papier und Keramik). Da wird mit einer Entschlossenheit und Härte zugeschlagen, daß es eine wahre Pracht ist. Allerdings nicht gegen den „Sozialpartner" in den Chefetagen der Bau- und Chemieindustrie. Um Himmelswillen, nein! Gegen die eigene Basis, gegen kämpferische Gliederungen der eigenen Organisation geht die wilde, verwegene Jagd! Weil der Stuttgarter Bezirk der IG Bau sich mit üblen machtpolitischen Intrigen von Konrad Carl und Konsorten nicht abfinden wollte, erklärt Carl kurzerhand den gewählten neunköpfigen Bezirksvorstand für abgesetzt. Und auch IG-Chemie-Vorsitzender Rappe ist um ein Mittel nicht verlegen, um den letzten Stützpunkt der linken Opposition in der IG Chemie zu liquidieren: Er erklärt die Verwaltungsstelle Hannoversch Münden in ihrer bisherigen Gestalt einfach für aufgelöst. Wie schön harmonieren diese Schnitte ins eigene Fleisch doch mit dem antigewerkschaftlichen Feldzug, den das Kapital und die schwarze Reaktion seit einiger Zeit gestartet haben!

In den ersten Tagen nach der Wahl:

Unternehmer fordern immer mehr

In der ersten Woche, die seit der Bundestagswahl vergangen ist, haben die westdeutschen Unternehmer den Sieg ihrer Wunschregierung bereits kräftig genutzt und gefeiert. An allen Ecken und Enden tauchen neue Forderungen auf, oder es werden alte Verlangen, die früher nicht erfüllt wurden, neu formuliert. Am weitesten gingen dabei die im „Wirtschaftsrat der CDU" organisierten Kapitalisten. Ihr erneuerter Forderungskatalog läuft auf die radikale Abschaffung des gesamten bisherigen Systems sozialer Sicherungen und betrieblicher Rechte hinaus.

Der Wirtschaftsrat fordert unter anderem bei nahezu sämtlichen Arbeitsgesetzen eine Gegenreform, die Beseitigung der bisherigen Rentengesetzgebung, sowie die Beseitigung von „Intvestitionshemmnissen", die aus dem juristischen Bereich kommen.

Natürlich fordert er damit nicht die Abschaffung solcher „Hemmnisse" wie des Kapitalexports, der Spekulation und so weiter und so weiter... Nein, sie meinen einerseits das in den letzten Jahren bereits „üblich" gewordene wie Arbeitsschutzvorschriften, Jugendschutz vor allem, aber eben auch solche bescheidenen Forderungen wie reibungslose Profitmacherei durch Staatsgelder für AKWs.

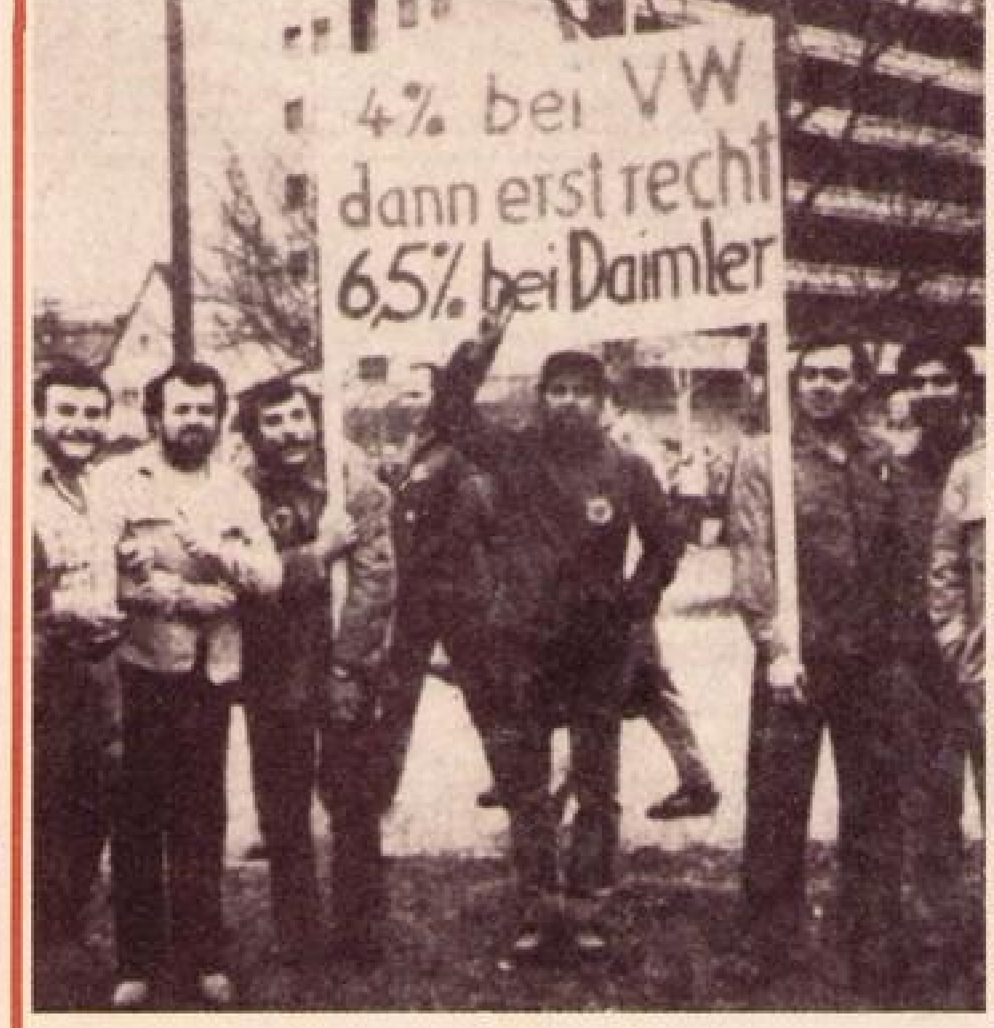
Sicher: In dieser Formulierung ist dies eine Art Maximalprogramm, das gegenwärtig sicher nicht sofort umgesetzt werden wird, aber es zeigt, in welche Richtung der Kurs beschleunigt werden soll. Und vor allem der öffentliche Druck, den Franz Josef Strauß von seiner Münchner Bastion aus macht, beweist, daß solche Forderungen, die seine CSU ja im Parteiprogramm hat, andrerseits eben bei weitem keine „Zukunftsmusik" sind, sondern eben Dinge, von denen die Reichen im Lande von ihren Bonner Männern die Durchsetzung fordern.

Der bayerische Machtpoker zerstört natürlich nicht nur die Hoffnungen derjenigen — falls es die gegeben hat — die beispielsweise FDP wählten, um Strauß zu verhindern. In der hemmungslosen Art, wie er vorgetragen wird, zeigt er auch ganz deutlich, daß dahinter mehr steht, als nur die Machtansprüche eines Mannes oder einer Partei, sondern die Interessen des Großkapitals, eines bedeutenden Teils jedenfalls.

Dazu gehört auch, daß in den Tagen nach der Wahl die Töne der CDU und auch der CSU noch schärfer geworden sind. So, wenn Alfred Dregger die einst gefressene Kreide vergißt und offen eine Grenzrevision fordert, in einem Ton mit Zimmermann und den Revanchistenverbänden. Die Ostverträge seien lediglich Gewaltverzichtsverträge, meint er. Womit er sachlich recht hat. Und was die Reaktion auszunutzen gedenkt bis aufs I-Tüpfelchen. Und wenn es dann, wie allseits zu erwarten, mit der „friedlichen Revision" nicht klappt? Das ist mehr als die Ankündigung einer Hochkonjunktur für das Rüstungskapital...

Daß die nun zu vollziehende „Wende" tatsächlich eine ist, weit mehr als nur ein „Pferdewechsel" oder ein relativ unwichtiger Unterschied, das wird schon in diesen ersten Tagen nach der Wahl deutlich.

6,5 Prozent sind durchsetzbar!



Beim Warnstreik der Daimler-Benz-Arbeiter lautete eine Parole: „4 Prozent bei VW — dann erst recht 6,5 Prozent bei Daimler". Das soll besagen: Wenn bei VW ohne Aktionen der Belegschaft, ohne Warnstreiks, 4 Prozent vereinbart wurden, dann kann es keine Frage mehr sein, daß die 6,5 Prozentforderung der IG-Metall durch den Einsatz unserer Kampfkraft voll durchgesetzt werden kann. Und in der Tat: Inzwischen haben mehr als 400000 Metaller an Warnstreiks teilgenommen. Das beweist, daß die Kampfbereitschaft in den Betrieben groß genug für einen erfolgreichen Arbeitskampf ist. Wenn die IGM-Führung entschlossen wäre, diese Kampfbereitschaft konsequent ins Feld zu führen, könnte in diesem Jahr der Reallohnabbau gestoppt werden.

Seit dem 19. März 1981 in Stasi-Haft

Freiheit für die kommunistischen Oppositionellen in der DDR!

Solidarität mit Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt

Vor zwei Jahren, am 19. März 1981, hat der Staatssicherheitsdienst der DDR in Berlin zu einem Schlag gegen kommunistische Oppositionelle ausgeholt und mehrere Menschen verhaftet, unter ihnen die zwei Genossen der illegalen KPD in der DDR, Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt.

Sie wurden verhaftet und zu hohen Haftstrafen verurteilt, weil sie in der DDR für Frieden und wahrhafte sozialistische Demokratie eingetreten sind, nicht zuletzt, weil sie aktive Solidarität mit den kämpfenden polnischen Arbeitern übten.

In einem Akt politischer Willkürjustiz wurden die beiden zu je acht Jahren Gefängnis verurteilt. Unter unmenschlichen Bedingungen sitzen sie in den berüchtigten Gefängnissen von Bautzen, bzw. Brandenburg. Isoliert von der Familie, getrennt von Freunden und Bekannten sollen sie in den langen Jahren gebrochen werden, als Strafe für ihr Tun, als Abschreckung für viele andere fortschrittliche Kräfte in der DDR.

Denn die beiden stehen stellvertretend für viele Menschen in der DDR, die die Phrasen des Honecker-Regimes nicht mehr ernst nehmen. Die nicht glauben können, daß ein Staat der Arbeiter und Bauern sich einmauern muß, seinen Bürgern keinerlei Freiheiten lassen darf und seine „Sicherheit" den Raketen einer fremden Supermacht verdanken muß. **Nicht nur derjenige, der exakt die gleichen Ziele vertritt, sondern jeder fortschrittlich und demokratisch gesinnte Mensch ist aufgerufen, mitzuhelfen, Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt wieder die Freiheit zu erkämpfen.**

Schreibt den Genossen ins Gefängnis: Andreas Bortfeldt Strafvollzugsanstalt Bautzen, Postschließfach 100-2, 8600 Bautzen, DDR und Manfred Wilhelm Strafvollzugsanstalt Brandenburg, Postschließfach 66-9, 1800 Brandenburg/DDR.

Nach der Wahl in Schleswig-Holstein:

Jetzt sitzen die Schwarzen noch fester im Sattel

Die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein brachten der CDU eine sichere absolute Mehrheit. Die SPD konnte zulegen, FDP fiel auf 2,2 Prozent, Grüne kamen nicht ins Parlament. Dieser Wahlausgang ist auch eine wichtige Stütze für die reaktionäre Regierung in Bonn.

Der Ministerpräsident heißt Uwe Barschel. Stoltenbergs Zögling, CDU-Rechtsaußen, früher als „Feldherr von Brokdorf" bekannt, und rücksichtsloser Gegner jeden gesellschaftlichen Fortschritts, jeder demokratischen Bewegung.

Die doppelte Wahlaussage der FDP bei den verschiedenen Wahlen innerhalb einer Woche kostete sie zusätzlich Stimmen, insgesamt verlor sie weit über 50 Prozent. Die CDU profitierte. Auch dies ein Ergebnis, daß von den offenen Unionsrechten in Bonn als Festigung ihrer Position verstanden wird, gerade von der CSU, die lange für „klare Verhältnisse" ist. Die SPD erreichte nach einem stark gegen die Grünen orientierten Wahlkampf ihr bestes Ergebnis seit 33 Jahren, steht jedoch deutlich hinter der CDU zurück.

Die Unionsparteien fühlen sich also jetzt noch stärker. Die politische Rechtsentwicklung wurde untermauert, es wird für die Linke, für alle Demokraten noch schwieriger. Nach dieser Landtagswahl, so wurde schon in den Tagen zuvor aus Bonn signalisiert, soll ja Schluß sein mit dem Abwarten, jetzt sollen schnell die Koalitionsabsprachen durchgezogen werden, jetzt soll es zur Sache gehen. Bundesweit.

Für den notwendigen Zusammenschluß der Linken in dieser Situation, den gemeinsamen Widerstand, hatte sich in Schleswig-Holstein die Linke Liste eingesetzt, in der neben Mitgliedern verschiedener Initiativen und Unorganisierten vor allem Genossen der KPD, der Demokratischen Sozialisten und der MLPD mitarbeiten. Sie kandidierte nur in drei Städten und erreichte 108 Stimmen. Sicher sehr wenig. Die Bedeutung dieses Zusammenschlusses liegt allerdings, so beurteilen die Mitglieder das auch selbst, weniger in der Wahlteilnahme als darin, für den täglichen Kampf neue und bessere Möglichkeiten erschlossen zu haben. Die gilt es zu nutzen, offensiv und unter Einbeziehung größtmöglicher Teile der oppositionellen Kräfte, die am 13. März naturlicherweise vor allem der SPD und den Grünen ihre Stimme gegeben haben.

Westberlin:

Senat läßt Ausländer aushorchen

Der Westberliner CDU-Senat ist in weiten Kreisen für seine Ausländerfeindlichkeit bekannt (Lummer!). Jetzt wurde ein neuer Skandal ruchbar: „Um bessere ausländerpolitische Entscheidungen treffen zu können", ließ die Regierung über eine Repräsentativumfrage eine umfassende politische Durchleuchtung der türkischen Bevölkerung Westberlins vornehmen.

Die Ausländerbeauftragte Barbara John ist sauer, daß die Fragen bekannt wurden, die da ausgewählten türkischen Mitbürgern vorgelegt wurden. Verständlich. So etwas hält man lieber geheim und trifft seine Maßnahmen dann unverhofft. Unter anderem wollten die Behörden von den Befragten wissen:

- welche Rundfunk- und Fernsehsendungen gesehen werden;
- welche Zeitungen sie lesen;
- ob für sie die islamische Religion wichtig sei und ob sie einem Verein angehören;
- wie sie über die Verfassung in der Türkei abgestimmt haben;
- welche Partei sie für die richtige halten;
- wie sie die bundesdeutsche Ausländerpolitik beurteilen;
- welche Meinung sie über die Ausländerpolizei haben;
- wie lange sie in der Bundesrepublik und Westberlin bleiben wollen;
- ob sie vorhaben, Kinder unter sechs Jahren nachkommen zu lassen.

(Von einem guten Informationsaustausch zwischen westdeutschen und Westberliner Politikern und den Faschisten in Ankara kann man getrost ausgehen.)

„Erhebliche Unruhe", so meldet die Presse, hat das Bekanntwerden dieser Bespitzelung unter der türkischstämmigen Wohnbevölkerung der Stadt ausgelöst. Zu Recht. Auch bei deutschen Demokraten. Von den „besseren ausländerpolitischen Entscheidungen" des schwarzen Senats ist das Schlimmste zu befürchten. Gemeinsamer Widerstand von Deutschen und Ausländern ist notwendig.

„Flick im Schwedeneck?" Wie die schleswig-holsteinische Landesregierung die Kapitalisten begünstigt und ihnen gigantische Abgabeersparnisse garantiert, darüber gibt eine Presseerklärung der Linken Liste Schleswig-Holstein Aufschluß, die in Zusammenarbeit mit der Redaktion der Kieler Stadtzeitung „November" herausgegeben wurde. Es geht um die Ölfirma Texaco/Wintershall. Wir drucken die Erklärung im folgenden ab.

Flick im Schwedeneck?

Wo bleiben die 500 Millionen Mark?

Das Ölfirmenkonsortium Texaco/Wintershall und die CDU-Landesregierung argumentierten übereinstimmend, eine Ausbeutung des Schwedeneck-Ölfeldes würde nur lohnen, wenn der Förderzins (d. h. die Abgabe der Firmen an das Land) 10 Prozent nicht übersteigt. Obwohl noch am 28. Oktober 82 die „Kieler Nachrichten" wissen wollten, man habe sich auf einen Satz zwischen 32 und 40 Prozent geeinigt.

Ende Dezember setzte Wirtschaftsminister Westphal (CDU) in einer Sonderregelung den Zins auf 10 Prozent fest. Diese Regelung soll zehn Jahre gelten, bis dahin allerdings wird das Feld geleert sein.

Eine einfache Überschlagungsrechnung ergibt folgendes:

1400 Mio. DM	Wert des Ölfeldes Schwedeneck. Größe des Feldes: 2,5 Mio. Tonnen, Ölpreis mit 560 DM/t sehr niedrig angesetzt; Durchschnittspreis 82: 616 DM/t; Preis 1/83 590 DM/t
370 Mio. DM	Investitionen (Firmeninformation) u. a.: Pipeline nach Heide, zwei Plattformen 20 Mio.DM v. HDW (HDW macht dabei 9,6 Mio. Minus), Erschließungskosten
140 Mio. DM	10 Prozent Förderzins
20 Mio. DM	Lohnkosten über 10 Jahre, 20 Leute, 50 DM/Stunde, 8 Stunden, 250 Tage, 10 Jahre
370 Mio. DM	Rücklage für neue Investitionen, außerordentlich hoch angesetzt
500 Mio. DM	Überschuß

Also 500 Mio. DM Überschuß, obwohl das von allen Seiten abgeleugnet wird!

Der Trick liegt darin, daß Texaco an die Muttergesellschaft Texaco/USA, und Wintershall an die BASF überweist (es existiert ein „Beherrschungsvertrag"), und man dann dreist behaupten kann, man habe nichts über.



Gemeingefährlich

„Es gibt keinerlei Anhaltspunkte für die Existenz einer Organisation ‚Graue Wölfe'." Ganz unvermittelt kam diese Behauptung am Abend des 9. März in einer Nachrichtensendung des WDR. (Inzwischen ging sie auch durch die Presse). Es gibt keine Grauen Wölfe, und die zunehmenden Gewalttätigkeiten unter den Türken gehen alle von Linksextremisten aus; da muß man ein wachsames Auge drauf haben. Urheber dieser absurden Aussage: Staatssekretär Spranger vom Bundesinnenministerium.

Die Grauen Wölfe dürfen sich freuen. Dürfen zu neuen Anschlägen auf ausländische Kollegen und Mitbürger rüsten, die eine demokratische Gesinnung offenbaren; kommt es zum Handgemenge, wird das auch noch den Linken angelastet, dürfen ihre Tarn-‚Kulturvereine" jetzt erst recht als harmlose Einrichtungen verkaufen. Dabei tarnen sie sich nicht einmal besonders eifrig. In Dortmund gibt es gleich zwei solcher Vereine, deren Lokale frech und protzend den Grauen Wolf, das Wahrzeichen der faschistischen Verbrecherorganisation, zur Schau stellen. Siehe unser Foto.

Ist Spranger so blind und dumm, seine eigene Darstellung für wahr zu halten? Dann ist er ein Sicherheitsrisiko. Dann muß er schleunigst den Hut nehmen. Glaubt er selbst nicht daran, dann ist er ein Lügner und Komplize der Mordbanden. Wie dem auch sei —Spranger ist gemeingefährlich.

Polizei erschießt Jugendliche in Hamburg und Augsburg

Der Schießwütigkeit westdeutscher Polizisten sind in den letzten Tagen wieder zwei junge Menschen zum Opfer gefallen. In Augsburg wurde einem 19jährigen Mann, der bei einer Verkehrskontrolle nicht vorschriftsmäßig anhielt, in den Rücken geschossen. Er starb. In Hamburg erschoß ein Zivilfahnder den 18jährigen Schüler Alf Heims.

Der Hamburger Zivilfahnder Dieter L. war auf der Jagd nach Autoknackern und stieß auf einem Parkplatz in Lurup auf Christian Sch., der mit seiner Taschenlampe etwas suchte. Mit gezogener Pistole trat der Zivilpolizist auf ihn zu und forderte ihn auf, stehenzubleiben. Da stieg Alf Heims, der zusammen mit Christian Sch. im Auto gekommen war, ebenfalls aus. Nach Christians Aussage trat der Polizist auf Alf ein und brachte ihn zum Stolpern. Dann hielt er ihm seine Pistole direkt an den Kopf und trieb ihn vor sich her. Christian hielt er am Arm fest. „Plötzlich knallte es" — Alf war tot. Der Polizist beruft sich darauf, der Schuß habe sich „zufällig" gelöst, als Christian versucht habe, sich loszureißen.

Inzwischen bestätigte eine Gewebeuntersuchung bei dem Erschossenen, daß der Todesschuß ein „absoluter Nahschuß" war, daß die Waffe aller Wahrscheinlichkeit nach direkt am Hinterkopf des Getöteten aufgesetzt wurde. Vieles spricht dafür, daß die Pistole nicht ordnungsgemäß gesichert war.

Frust

Von „Frust" sprachen die Richter im Prozeß gegen die Dortmunder Polizeiführer Dietmar Weist und Michael Murawski. Vom Frust, der sich bei Polizeibeamten sozusagen als Berufsschädigung einstellt. Zumal, wenn sie es mit Hausbesetzern zu tun haben —wie oft werden sie doch von diesen bei ihren Einsätzen beschimpft und beleidigt! Und dann müßten sie auch noch erleben, daß Hausbesetzungen politisch geduldet und juristisch kaum geahndet würden...

Kein Wunder also, daß sie mal zur Selbstjustiz griffen. Daß sie, zusammen mit wohl ebenfalls ob solcher Beleidigungen und eines so schlappen Staates frustrierten Kollegen —die unbekannt blieben —, im letzten September das besetzte Haus im Mühlenweg nach Dienstschluß im Privateinsatz heimsuchten, die Bewohner zusammenschlugen und einige kopfüber die Treppe hinunterwarfen. (Ein Wunder höchstens, daß sich keiner das Genick brach. Aber diese Rechtsbrecher haben eben ein unverschämtes Glück.)

Den Tathergang selbst leugnet niemand, auch nicht die Verteidiger der Polizisten. Sie führten allerdings die ausgezeichnete dienstliche Beurteilung der beiden Einsatzleiter an. „Unsere besten Leute", hieß es aus Fachkreisen. Und Weist hat es immerhin zum Polizeioberrat gebracht, Murawski ist Vize des örtlichen SEK. Weist ist zudem SPD-Stadtrat in Schwerte. „Seit Jahren kommunalpolitisch engagiert", Vorsitzender des Sport- und Umweltausschusses. „Besonnen. Gründlich. Gewissenhaft. Ein souveräner Einsatzleiter." So äußerte sich ein Vorgesetzter.

Das Gericht nahm diese Beurteilung dankend auf. Als strafmildernden Umstand. Genauso wie den „Frust". Das Urteil lautete dementsprechend. Vier Monate auf Bewährung. Das reicht nicht einmal für ein dienstliches Disziplinarverfahren. Da bekamen die Kollegen der Verurteilten noch mehr aufgebrummt, die kürzlich nach Dienstschluß in einem Laden zwei Flaschen Schnaps mitgehen ließen, zwei von zahlreichen diebischen Polizeibeamten, gegen die in Dortmund noch verhandelt werden muß. Die bekamen nämlich acht Monate. Wie weise vermögen doch deutsche Richter die Rechtsgüter gegeneinander abzuwägen.

Es darf also weiter geprügelt werden in Dortmund. Denn,daß dieses Urteil abschreckend wirkt, glaubt wohl keiner.

Anfang März jährte sich der Todestag J. W. Stalins zum 30. Mal. Etwas vergessen unter den ganzen Gedenkjahren, von Luther bis zu Karl Marx. Und wenn in den bürgerlichen Medien etwas über Marx auftaucht, dann heute, bei den Liberalen zumindest, daß er ja ganz gute Absichten, Ideen usw. gehabt hätte. Allerdings würde dies alles wohl anders klingen, wenn es beispielsweise um die Pariser Kommune (die ja auch von den Liberalen massiv diffamiert wurde) und Marxens Haltung dazu gehen würde. Bei Stalin ist, wenn überhaupt etwas kommt, der Tenor natürlich derselbe, wie eh und je: Der große Diktator, Massenmörder usw. Und das bleibt unwidersprochen im Raum stehen.

Stalins 30. Todestag



Da ist man eigentlich schon „dankbar", wenn in der „Frankfurter Rundschau" wenigstens noch erwähnt wird, daß viele Sowjetbürger der Zeit nachtrauern, als „es noch Fleisch und Butter gab". Aber das ist dann auch schon das allermaximale, was an positiven Dingen genannt wird. Daß die sowjetische Wirtschaft im Grundsätzlichen damals im Dienste der Bevölkerung funktionierte, was man heute nicht von ihr sagen kann. Oder vielleicht noch, daß es auffällig ist, daß all das, was es damals an Rüstung gab, defensiven Charakter trug.

Daß man die Frage aufwerfen würde, wenigstens diese, ob denn das alles stimmt, was hier nahezu jeder in die Welt hineinbehauptet, das allein ist schon völlig undenkbar. Obwohl es in der Welt, vor allem vor und während des zweiten Weltkriegs einmal anders war. Damals wurde objektiv geurteilt und niemand, außer den Nazis selbst, wäre es eingefallen, zwischen dem Nazi-Reich und der damaligen UdSSR einen Vergleich zu ziehen.

Sicher: Die damalige Periode der Entwicklung der UdSSR wirft viele Fragen auf. Darunter auch solche, die man im Lichte der späteren Entwicklung hin zu den heutigen Zuständen in der UdSSR mit Sicherheit anders beantworten müßte, als es damals die Kommunisten taten. Aber diese damalige Periode, die auf das engste mit dem Namen Stalin verbunden ist, ist eben auch, und in erster Linie die Periode des siegreichen Sozialismus. All dies ist nicht nur mit Sicherheit kein Grund in die antikommunistische Hetze der Weltreaktion gegen Stalin einzufallen, von der heute so viele, auch fortschrittliche Menschen beeinflußt sind. Sondern es ist viel mehr ein Grund, die Verdienste zu würdigen und sich mit den Problemen ernsthaft zu beschäftigen.

Für uns Kommunisten bleibt Stalin der Mann, der an der Führung einer großen Partei eine entscheidende und wegweisende Rolle dabei spielte, einen Weg zum Aufbau einer wahrhaft sozialistischen Gesellschaft zu suchen. Der Mann auch, der an der Spitze des Kampfes gegen den Überfall der Nazi-Armee stand, dessen Führung entscheidend zum militärischen Sieg der antifaschistischen Allianz beitrug. Allen Verleumdungen zum Trotz, wie sie heute auch und gerade aus Moskau kommen, bleibt es für uns eine Verpflichtung in eben dieser Richtung, in eben diesem Sinne zu handeln. Und das wird auch so bleiben.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Gegen Nachrüstung, für NATO-Austritt!

Auf zum Ostermarsch!

Der 6. März, der Wahlsieg der konservativen Reaktion hat es klar gemacht: Der Kampf gegen die Gefahr eines drohenden Krieges tut not. Mehr denn je im „Aufstelljahr '83".

Zu den lautesten Jubelrufern über den Wahlsieg Kohls in der vorletzten Woche gehört, aus gutem Grund, neben den bundesdeutschen Millionären auch die Regierung der USA. Bundesrepublikanische Nibelungentreue erscheint ihr nun endgültig gesichert. Vogel, so meinte man in Washington, mit seinem sozialdemokratischen Anhang, wäre, unter dessen Druck, zu unberechenbar gewesen. Dieser Freude Reagans soll der Ostermarsch einen ersten Strich durch die Rechnung machen, die Friedensbewegung ist durch diesen Wahlausgang nicht geschlagen.

Laut und deutlich waren aber auch, bereits vor, aber erst recht nach der Wahl, die revanchistischen Sprüche aus Bonn gewesen. So soll offensichtlich die Wende im Bereich „Ostpolitik" aussehen: Jetzt wird wieder offen die Revision der Grenzen gefordert. Es sei lediglich auf Gewalt dabei verzichtet worden, unterstrich CDU-Fraktionschef Dregger, der das Kreidefressen nun wohl nicht mehr nötig hat. In diese Kerbe will man nun offensichtlich mit großer Kraft einschlagen. Und wenn es dann eben doch nicht friedlich geht, diese „Neugewinnung deutscher Stammlande" oder wie es die Revanchisten auch immer bezeichnen mögen?

Neben dem Ausbau der atomaren Erstschlagkapazität geht es aber auch, und dies wurde ebenfalls in der Woche nach der Wahl eindeutig unterstrichen, um die sogenannte „konventionelle" Aufrüstung. Auch da soll mächtig zugelangt werden.



Und schließlich ist es heute bereits ein recht offen diskutiertes „Geheimnis", daß die neue Bonner Regierung auch neue, nämlich weitergehende, Überlegungen zur westdeutschen Einmischung in verschiedenen Krisengebieten anstellt, die über das bisherige „Engagement", das ja bereits da war, weit hinausgehen.

Alles dies zeigt nochmals, daß es diese Politik ist und die hinter ihr stehenden Interessen des westdeutschen Großkapitals, die die Gefahr eines Krieges hervorbringen. Daß sich also auch eine erfolgreiche Friedenspolitik eben gegen diese Politik richten muß.

Dies deutlicher zu machen, dazu wird auch die KPD auf den diesjährigen Ostermärschen ihren Beitrag leisten.

Konventionell

US-Minister Rogers hat sich mal wieder die Rüstungsverantwortlichen der europäischen Staaten zur Brust genommen. Weil sie nicht genug rüsten. Konkret: Weil sie nicht genug Geld für ihre konventionelle (also nicht-atomare) Rüstung ausgeben. Das ist nämlich gefährlich. Warum? Weil die Amis bei konventioneller „Unter-Rüstung" der Europäer im Falle eines sowjetischen Angriffes gleich Atombomben auf Europa werfen müssen! Logisch.

Erstmal stellt man die NATO-Länder mit Atomwaffen voll, die Stationierung der Erstschlags-Raketen Pershing II und Cruise Missile scheint für die Amis mit dem Wahlsieg Kohls gesichert. Jetzt noch mehr Atomwaffen nachschieben, ist schwierig. Also als nächstes Mal wieder konventionell aufrüsten. Auf jeden Fall aufrüsten. Schließlich will man verdienen — und Krieg führen! Wäre ja sonst auch schade um die schönen Wunderwerke der Waffentechnik. Zum Krieg führen braucht man auch konventionelle Waffen, schließlich will man nicht einfach die Erde in eine Wüste verwandeln, sondern sie unterwerfen, den eigenen Einflußbereich, den eigenen Handels- und Kapitalmarkt erweitern.

Wer nicht mitzieht, wird erpreßt. Und sei es mit der Drohung der atomaren Vernichtung.

Eins ist auf jeden Fall klar: Wenn es einmal wieder heißt, diesmal aus Bonn oder Washington oder aus beiden Städten gleichzeitig, „seit 5.00 Uhr wird zurückgeschossen", dann werden Millionen Menschen diese Meldung schon nicht mehr hören können. Wir dürfen es nicht so weit kommen lassen. Wir müssen jede Aufrüstung stoppen und den Kriegstreibern das Handwerk legen. Mit konventionellen und unkonventionellen Mitteln.

Schreibtischmord geplant

Bald erste Auslieferung an türkische Junta?

Wie erst dieser Tage bekannt wurde, hat die Bundesregierung am 21.2.83 die Auslieferung des türkischen Asylbewerbers Kemal Altun an die faschistische Junta in der Türkei bewilligt. Noch in dieser Woche soll er abgeschoben werden.

Die Henker in Ankara sind bereits seit dem 22.2. über die zu erwartende Abschiebung informiert.

Kemal Altun kam 1981 nach Westberlin. In seinem Antrag auf Anerkennung als politischer Flüchtling gab er unter anderem an, daß er zu Unrecht wegen einer angeblichen Beteiligung an einem Attentat gegen den Vizepräsidenten der faschistischen MHP, Gün Sazak, verfolgt wird. Für die Behörden kein Anlaß zu sofortiger Hilfe, sondern zur Unterrichtung der befreundeten Junta: die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht in Westberlin wandte sich mit einer Anfrage an Interpol in Ankara. So aufmerksam geworden, stellten die faschistischen Behörden einen Auslieferungsantrag, den das Kammergericht im Dezember 1982 für zulässig erklärte. Bereits seit dem 5. Juli 1982 sitzt Kemal Altun in Abschiebehaft. Eine Verfassungsbeschwerde Altuns wurde vom Bundesverfassungsgericht (BVG) nicht zugelassen, da es sich für Westberlin nicht zuständig sieht. (In einem anderen Fall, dem des türkischen Asylbewerbers Yüksel Sen, ist Ende März eine Grundsatzentscheidung darüber zu erwarten, ob das BVG die Auslieferung von Asylanten an die türkische Junta gutheißt. Wir werden darüber berichten.)

Der Asylantrag Kemal Altuns wurde wieder mal während der ganzen Zeit nicht behandelt. Altun hat inzwischen einen Anhörungstermin für den 22. März bekommen — nach den danach erfolgten Entscheidungen soll er an diesem Tag bereits in einem Kerker in der Türkei sitzen! Man will offensichtlich ein Asylverfahren vermeiden, weil sich dabei (nicht zum ersten Mal) sicher die Haltlosigkeit des Auslieferungsbegehrens der Junta gezeigt hätte.

Wird Kemal Altun abgeschoben, dann setzen die westdeutschen Behörden, der Westberliner Senat und die Bundesregierung ein bemerkenswertes politisches Signal: Zum ersten Mal würde nach der Machtergreifung der Junta ein politisch Verfolgter, der sich vor den Nachstellungen der Militärs in Sicherheit gebracht hat, wieder in die Türkei abgeschoben, wo ihn Folter und möglicherweise der Tod erwartet.

Auch die bisherige Entscheidung der Bundesregierung ist bereits ein deutliches Zeichen, setzt sie sich doch über eine Empfehlung des Europa-Parlaments hinweg. Die europäische Menschenrechtskommission hatte sich dafür ausgesprochen, Auslieferungen an die türkische Junta nicht zuzulassen. Die wirtschaftlichen und militärischen Interessen, die die Bundesregierung und die westdeutschen Kapitalisten mit dem NATO-Partner Türkei verbinden, zählen für die Herrschenden hierzulande weit mehr als Menschenrechte. Ihnen sollen offensichtlich auch Menschenleben geopfert werden. Diese skrupellose Haltung hat bereits internationalen Protest hervorgerufen. Verstärken wir diesen Protest gerade in unserem Land. Tragen wir ihn auch auf die Straßen.

Wir fordern:

Keine Auslieferung von politischen Flüchtlingen an die Junta in Ankara.

Asyl für Kemal Altun!

Ein altes Konzept wird wieder hervorgeholt:

Wörner will Wehrkunde an den Schulen

Was Apel einst nicht schaffte, und auch vor ihm schon mancher Bonner Wehrminister vergebens versuchte, Manfred Wörner will es durchsetzen. Den Wehrkundeunterricht an den Schulen. Dies empfahl er jedenfalls in einem Brief dem neuen Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz, dem Hamburger SPD-Senator Golle.

Die „Wende", das heißt immer deutlicher auch, all das durchzubringen, was in den vergangenen Jahren am Widerstand zu verschiedenen Anlässen scheiterte. Dazu gehört eben auch der berüchtigte Wehrkundeunterricht.

Es gehe um die Förderung von Aktivitäten zur Entwicklung der „Verteidigungsbereitschaft" und die Unterstützung „wehrbewußter" Lehrer und Forscher.

Natürlich: „Wehrkunde" heißt das noch gar nicht wieder. Auch der Jugendoffizier der Bundeswehr taucht nicht, wie früher, im Konzept auf. Aber wie es heißt ist schließlich gleichgültig, und was ein Herr Wörner unter „Friedenserziehung" versteht, das gibt er ja bei seinem täglichen Plädoyer für weitere Aufrüstung stets bekannt.

Und als Ersatz für den Offizier führt Wörner einen neuen Mann ein, den „wehrbewußten Lehrer". Vielleicht soll damit auch zur gleichen Zeit noch eine weitere Unterscheidung im Lehrkörper angestrebt werden, in Abgrenzung zum wehrunbewußten oder gar pazifistischen, oder, noch schlimmer: linken Lehrer. Wörner und seine Partei jedenfalls hätten bestimmt nicht viel gegen eine solche Lehrer-Bewertungsskala einzuwenden.

Aber wie es auch immer sei, und wenn auch hier und da abgewiegelt werden soll: Das Thema steht wieder zur Debatte, der Bonner Wehrminister hat es wieder auf die Tagesordnung gebracht.

Bleibt nur zu erwarten, zu hoffen, daß der Widerstand erneut stark genug sein wird, dagegen etwas zu tun, die Einführung einer solchen ideologischen Kriegsvorbereitung unter dem Motto „Wir wollen ja den Frieden, aber die anderen halt nicht" zu verhindern.

Wegen „unausgewogenem Lehrmaterial"

Lehrer vom Dienst suspendiert

Die Geschichte begann mit einem glatten Diebstahl. Als der Studienassessor Peter Langer aus dem Lehrerzimmer der Ferdinand-von-Steinbeis-Schule in Ulm einige Lehrmaterialien aus seinem Regal holen wollte, war es leergeräumt. Radikal — denn es fehlten vierzehn Leitz-Ordner mit Texten und Materialien für die Fächer Deutsch, Geschichte und Politik, die Langer seit fünf Jahren gibt.

Der Lehrer fand eine Mitteilung des Rektors Schmid vor, die beinhaltete, die Sachen seien „im Auftrag des Herrn Präsidenten" beim Oberschulamt in Tübingen „in Verwahrung genommen worden". Der Schulleiter hatte aber noch einen guten Tip für den Lehrer: „Sie müssen jetzt eben improvisieren".

Zwei Ordner bekam Langer einen Tag später zurück, die anderen erst Wochen später. Viele Materialien fehlten, waren mit Nummern gekennzeichnet und dienen heute dem Vorwurf, unausgewogen und damit verbotenen Unterricht zu erteilen. Der Vorwurf „einseitiger Unterricht in einer bestimmten Richtung" wird von den Behörden mit verschiedensten Materialien aus der umfassenden Sammlung des Lehreres begründet.

Unter den „Beweismitteln" finden sich Artikel und Serien aus dem „Spiegel", wie die Story „Alptraum Atomkraft" und „Euroshima, mon futur", aber auch Karikaturen aus der „Titanic" oder die Loriot-Glosse „Eine Bundestagsrede". Selbst Artikel aus örtlichen — hier werden nicht linken — Zeitungen werden angeführt, nicht zuletzt auch Heinrich Manns Roman „Der Untertan" fällt unter das Gesamturteil „unausgewogen".

Weil sie dem Lehrer mit den üblichen Berufsgründen, Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation nicht beikommen konnten, ihm auch keinerlei „derartige Aktivitäten" nachweisen können, gehen die Kultusbehörden den Weg über die Materialsammlung des Lehrers, um ihn loszuwerden.

Die Schüler und die Schülermitverwaltung, die sich hinter den Lehrer stellten, werden vom Rektor als „Marionetten" bezeichnet, der öffentliche Druck von der Lokalpresse bis hin zur GEW, als „Aktionen gegen unsere Schule" und „diffamierende Beschuldigung" und „diffamierende Hetze" bezeichnet.

Dieser Schulleiter Schmid ist sowieso ein getreuer Untertan der Kultusbehörden des rechten Ministers Mayer-Vorfelder in Stuttgart. Bislang waren Langers Leistungen immer mit „gut" oder „befriedigend" beurteilt worden, jetzt heißt es in der Beurteilung unter der Gesamtnote „mangelhaft": „Sowohl die unterrichtlichen Leistungen als auch das dienstliche Verhalten ergeben nunmehr ein Leistungsbild mit so gravierenden Mängeln, daß eine Anstellung und Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit aus der Sicht der Schule nicht mehr verantwortet werden kann."

Inzwischen wurde Peter Langer vom Schuldienst suspendiert. Als er am 2. März nach kurzer Krankheit den Unterricht wieder aufnehmen wollte, wurde ihm diese übliche Vorstufe zu einer Entlassung mitgeteilt. Als daraufhin im örtlichen Gewerkschaftshaus eine Solidaritätsveranstaltung mit 300 Teilnehmern stattfand und sich viele Gewerkschafter kritisch äußerten, sah Kultusminister Mayer-Vorfelder keinen Anlaß, dieses empörende Verfahren einzustellen. Noch sei „die Rechtslage zum Glück so", daß die Eignung eines Beamten „von der Verwaltung festgestellt" werde, „und nicht auf Veranstaltungen von DGB, GEW und IG Metall".

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str). Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17-19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD**, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover 81**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich (letzte Folge)

Die Kampffront gegen den Krisenkurs des Kapitals schaffen!

Die Bundestagswahl am 6. März hat gezeigt: Teile der Arbeiterschaft waren nicht immun gegenüber reaktionärer Verzichtspropaganda und gewerkschaftsfeindlicher Demagogie. Die Furcht vor Arbeitslosigkeit wird dann zum Humus für die Rattenfänger der schwarzen Reaktion, wenn es an einer klaren Perspektive mangelt, an einer Gegenstrategie der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Auch von daher ist der Kampf für die 35-Stunden-Woche so wichtig.



Volksgemeinschaft

„Gemeinsam schaffen wir den Aufschwung". Dieser Wahlslogan der Unionsparteien will uns einreden, daß wir alle, Arm und Reich, Arbeiter und Boß, Mieter und Spekulant, Ratenzahler und Kredithai, Arbeitsloser und Minister im gleichen Boot sitzen. Alle müssen Opfer bringen, dann ziehen wir den Karren gemeinsam aus dem Dreck, und die Wirtschaft floriert wieder.

Auch Teile der Arbeiterschaft haben sich auf den Leim dieser verlogenen Propaganda führen lassen. Für diese Kollegen wird es noch ein böses Erwachen geben.

Rücksichtslose Durchsetzung der Profitinteressen der Unternehmer, den Armen nehmen, um den Reichen zu geben, das ist es, was hinter den scheinheiligen Sprüchen von Gemeinsamkeit steckt. Den Arbeitern das Fell über die Ohren ziehen, damit bei den Multis und Finanzmagnaten der Profit stimmt, das ist das Programm der Bonner Rechtskoalition.

Zu diesem Programm gehört auch als wichtiger Faktor, daß die Regierung gigantische Rationalisierungsfeldzüge mit allen Mitteln unterstützt, durch die in den nächsten Jahren Millionen von Arbeitsplätzen vernichtet werden sollen. Schließlich muß „unsere deutsche Wirtschaft" doch ihre internationale Konkurrenzfähigkeit behaupten ...

Das Programm der Kohl-Regierung lehnt auf der anderen Seite alle Maßnahmen rigoros ab, die zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zum Abbau der Arbeitslosigkeit dienen. So auch die Einführung der 35-Stunden-Woche.

Ob es zu dem vielbeschworenen konjunkturellen Aufschwung kommen wird oder nicht, kann niemand voraussagen. Aber folgendes ist abzusehen: Sollte es tatsächlich einen Aufschwung geben, so wird er nicht von langer Dauer sein. Denn der ausschlaggebende Trend bleibt die schwere Überproduktionskrise, von der die kapitalistische Wirtschaft weltweit erfaßt ist.

Profitieren würden von einem solchen Aufschwung ohnedies nur die Kapitalisten. Die Rationalisierungsfeldzüge würden weitergehen. Der Lohnraub würde nicht aufhören. Die Arbeitslosigkeit würde keineswegs von selbst zurückgehen. Im günstigsten Fall würde sich das Tempo ihres Anwachsens vorübergehend etwas vermindern.



Verschärfte Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen, Sozialabbau, verschärfte Umverteilung zugunsten der Reichen, hemmungslose Begünstigung der Profite des Großkapitals, ob Aufschwung oder nicht, diese Politik kann nur zur weiteren Verschärfung der Arbeitslosigkeit führen und letztlich zur Vertiefung der Wirtschaftskrise.

Solidarpakt?

Was haben die SPD und die rechten DGB-Führer für eine Alternative? Gut: Sie reden manchmal auch von der 35-Stunden-Woche. Wie aber wollen sie sie durchsetzen? Etwa mit dem „Solidarpakt" von Unternehmern, Gewerkschaften und Regierung, den sie predigen?

Haben die letzten Jahre nicht immer wieder bewiesen, daß die Sozialpartnerschaftspolitik nur zur Lähmung und Hilflosigkeit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung führt, während das Kapital und die politische Reaktion ihren arbeiterfeindlichen Krisenkurs rücksichtslos vorantreiben?

Jedesmal nachdem es in Bonn wieder ein Spitzengespräch zwischen Vertretern der Regierung, der Unternehmer und der Gewerkschaften gegeben hat, erzählen uns anschließend die DGB-Führer die nette Story, daß alle Beteiligten sich völlig einig in ihrem gemeinsamen Ziel seien, nämlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nur in der Frage der Mittel und Wege, mit denen dieses Ziel erreicht werden kann, bestünden Meinungsverschiedenheiten.

Als ob durch scheinheilige Phrasen einem einzigen Arbeitslosen geholfen wäre! Als ob sich nicht einzig und allein an der Frage nach den konkreten Maßnahmen, nach den Mitteln und Wegen zeigen würde, was Sache ist und wer wo steht!

Ob es um die Verkürzung der Arbeitszeit oder um sonstige konkrete Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze geht — von den Herren Esser, Rodenstock oder Wolf von Amerongen werden solche Schritte stets brutal abgeblockt und Kohl und Lambsdorff sind dabei voll auf ihrer Seite.

Für das sozialdemokratische Konzept eines „Solidarpakts" gibt es keine reale Grundlage. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist nur möglich als Klassenkampf gegen das Kapital.

Arbeitszeit und Ausbeutung

Angesichts eines Heeres von faktisch drei Millionen Arbeitslosen und der Vernichtung von Millionen weiteren Arbeitsplätzen, die infolge der Anwendung der Mikroelektronik droht, läßt sich die Notwendigkeit einer einschneidenden Verkürzung der Arbeitszeit sozusagen mit Händen greifen. Nichtsdestoweniger lehnen die Kapitalistenverbände jede echte Arbeitszeitverkürzung kompromißlos ab.

Warum die Unternehmer so hart in diesem Punkt sind, begreift man, wenn man die Sozialpartnerschaftsbrille ablegt und das Verhältnis zwischen Arbeitern und Kapitalisten in seiner realen Beschaffenheit entschleiert: Als Verhältnis zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern. Arbeitszeit ist Ausbeutungszeit.

In den acht Stunden seiner täglichen Arbeitszeit erzeugt der Arbeiter (bzw. die Arbeiterin) ja keineswegs nur den Gegenwert dessen, was er in Form seines Lohnes vom Kapitalisten zurückerhält, um seine Arbeitskraft wieder herzustellen (d. h. um den Lebensunterhalt für sich und seine Familie bestreiten zu können). Die „Ware Arbeitskraft" besitzt im Unterschied zu allen anderen Sorten von Ware eine ganz besondere Eigenschaft. Wird sie zusammen mit Maschinen und Rohstoffen im Produktionsprozeß eingesetzt, so erzeugt sie über ihre eigenen Produktionskosten hinaus einen Mehrwert, den der Kapitalist sich unentgeltlich aneignet. Auf diese Weise entsteht sein Profit.

Anders ausgedrückt: Der Arbeitstag (bzw. die Arbeitswoche) zerfällt in einen notwendigen Teil und in die Mehrarbeitszeit. Die notwendige Arbeitszeit ist jener Teil, in dem der Arbeiter den Gegenwert für seinen Lebensunterhalt (bzw. für seinen Lohn) schafft. Die Mehrarbeitszeit bezeichnet hingegen den anderen Teil, in dem der Arbeiter den Mehrwert schafft, in dem er also nur für den Profit des Kapitalisten schuftet.

Der Profit ist der eigentliche Zweck der kapitalistischen Produktion. Eine möglichst hohe Profitrate zu erzielen, das ist das Ziel jedes Kapitalisten. Das bedeutet, daß der Kapitalist danach streben muß, die Mehrarbeitszeit in ihrem Verhältnis zur notwenigen Arbeitszeit zu vergrößern oder die notwendige Arbeitszeit in ihrem Verhältnis zur Mehrarbeitszeit zu verringern. Auf welche Weise kann er dies erreichen? Zum einen schlicht und ergreifend durch die Ausdehnung der Arbeitszeit. Zum anderen dadurch, daß in der gleichen Arbeitszeit ein größeres Arbeitsergebnis erreicht wird, also durch Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Insoweit ist also klar geworden, daß der Kapitalist eine Verkürzung der Arbeitszeit als mit seinem Interesse grundsätzlich unvereinbar betrachtet. Sein Bestreben geht vielmehr dahin, die Arbeitszeit möglichst auszudehnen. Durch die Wirtschaftskrise, die wir heute haben, wird er darin noch angestachelt. Denn wo unausgelastete Kapazitäten, Kurzarbeit und andere Auswirkungen der Krise auf den Profit drücken, kann der Kapitalist dies nur durch die Erhöhung der Mehrwertsrate ausgleichen, also durch die verschärfte Ausbeutung seiner Arbeiter. Schon vor mehr als 100 Jahren konstatierte Karl Marx folgendes:

„Krisen, worin die Produktion unterbrochen und nur ‚kurze Zeit', nur während weniger Tage in der Woche, gearbeitet wird, ändern natürlich nichts an dem Trieb nach Verlängerung des Arbeitstages. Je weniger Geschäfte gemacht werden, desto größer soll der Gewinn auf das gemachte Geschäft sein. Je weniger Zeit gearbeitet werden kann, desto mehr Surplusarbeitszeit (= Mehrarbeitszeit — RM) soll gearbeitet werden." („Das Kapital", Erster Band).

Es kommt noch ein weiterer Gesichtspunkt hinzu. Eine echte Arbeitszeitverkürzung wirkt auf die Nachfrage der Kapitalisten nach Arbeitskräften zurück. Das ist ja vom gewerkschaftlichen Standpunkt her auch bezweckt. Dies bedeutet jedoch für die Arbeiter bzw. die Gewerkschaftsbewegung eine Verbesserung der Bedingungen für den Widerstand gegen die Unternehmerangriffe. Dieser Aspekt ist für die Kapitalisten nicht unbedeutend in einer Zeit, da sie alles dransetzen, das Lohnniveau zu senken, die Rechte der Arbeiter einzuschränken und den Einfluß der Gewerkschaften zu schwächen.

Lohnausgleich ist nicht der Knackpunkt

Die Unternehmerseite hat also tiefliegende Motive dafür, sich in der Frage der Arbeitszeitverkürzung unnachgiebig zu verhalten. Dies scheint solchen Gewerkschaftern nicht bewußt zu sein, die auf den vollen Lohnausgleich verzichten wollen in der Hoffnung, daß die Unternehmer dadurch ihre harte Haltung aufgeben. Diese Hoffnung ist nicht gerechtfertigt.

Die Forderung nach vollem Lohnausgleich ist natürlich absolut nicht nach dem Geschmack der Unternehmer. Immerhin entspricht ja die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um fünf Stunden bei vollem Lohnausgleich rechnerisch einer relativen Lohnerhöhung um 12,5 Prozent.

Aber dennoch ist die Frage des Lohnausgleichs keineswegs der Knackpunkt. Denn weitaus schmerzlicher als diese relative Erhöhung der Löhne trifft den Kapitalisten die Verringerung der Mehrwertrate.

Nehmen wir an, das Verhältnis von notweniger Arbeitszeit und Mehrarbeitszeit wäre heute, bezogen auf den achtstündigen Arbeitstag, vier zu vier Stunden (vermutlich liegt der Anteil der notwendigen Arbeitszeit heute bereits niedriger). Die Mehrwertrate beträgt in diesem Fall 100 Prozent. Bei einer Verkürzung des Arbeitstages auf sieben Stunden würde das Verhältnis von notwendiger Arbeitszeit und Mehrarbeitszeit vier zu drei Stunden betragen. Die Mehrwertrate würde von 100 Prozent auf 75 Prozent fallen.

Für den Kapitalisten wäre sein Kapital also erheblich weniger rentabel geworden, selbst dann, wenn er nicht einen Pfennig Lohnausgleich auf die verkürzte Arbeitszeit leisten müßte.

Die Frage des Lohnausgleichs ist also für die Seite der Kapitalisten nicht entscheidend. Ihr Widerstand wird so oder so nur durch machtvolle Streikkämpfe zu brechen sein. Für die Stärke unserer eigenen Reihen würde sich der Verzicht auf die

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Forderung nach vollem Lohnausgleich dagegen mit Sicherheit negativ auswirken. Welcher Kollege kann heute schon ohne weiteres eine Minderung seines Einkommens verkraften?

Durch die Unternehmerbrille

Die Unternehmer versuchen uns zu verunsichern, indem sie behaupten, Arbeitszeitverkürzung sei kein Mittel zur Sicherung der Arbeitsplätze. Sie beeinträchtige die internationale Konkurrenzfähigkeit „unserer deutschen Wirtschaft" und gefährde damit die Arbeitsplätze zusätzlich.

Durch die Unternehmerbrille gesehen ist eben alles von Übel, was den Unternehmerprofit schmälert, und alles ist gut und vernünftig, was ihn steigen läßt. Allerdings: Nach dieser Logik ginge es den Arbeitern am besten, wenn sie niemals irgendwelche Forderungen stellen würden.

Schon vor hundert Jahren, als die Arbeiterbewegung in Deutschland die Einführung des 10-Stunden-Tages forderte, jammerten die Kapitalisten und ihr Reichskanzler Bismarck, dies sei der Ruin „unserer deutschen Wirtschaft", weil dadurch deren internationale Konkurrenzfähigkeit kaputt gemacht würde. Weil unsere Vorfahren sich nicht von dieser Unternehmerlogik einschüchtern ließen, sind die Zeiten längst vorbei, wo die Arbeiter noch für einen Hungerlohn sich 12 oder gar 16 Stunden täglich in den Knochenmühlen der Kapitalisten abquälen mußten.

Nebenbei bemerkt: Heute versuchen die Unternehmer und ihre Parteien uns ja auf einen sozialen Stand zurückzuboxen, den wir seit Jahrzehnten überwunden haben. Auch dafür muß die gleiche Begründung herhalten: Die internationale Konkurrenzfähigkeit. Das gleiche erzählen übrigens die Kapitalisten auch den Lohnabhängigen in den anderen Ländern.

Aber was heißt hier überhaupt „unsere" Wirtschaft? Wäre dies wirklich unsere Wirtschaft und nicht die Profitwirtschaft der Unternehmer, wie könnte dann der Überfluß an Gütern, den wir durch unsere harte Arbeit produzieren, als Elend und Arbeitslosigkeit auf uns zurückfallen? Dann könnte es doch kein Problem sein, bei der heutigen hohen Arbeitsproduktivität die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf 35 Stunden pro Woche zu senken!

Eine Wirtschaft, die auf der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital beruht, dient nicht uns, den Lohnabhängigen. Und der kapitalistische Konkurrenzkampf der Unternehmer, der immer nur auf unserem Rücken ausgetragen wird, ist niemals unser Bier.

Kampf gegen Unternehmeroffensive

Unser Gegner — das ist nicht „die Konkurrenz", das sind nicht „die Japaner" usw. Unser Gegner, das sind die Ausbeuter, die sich an unserer Arbeit bereichern, die uns aus Profitgier auf die Straße setzen, die unsere Löhne drücken, die uns rücksichtslos antreiben. Es sind die Kapitalisten, ganz egal ob deutsche, japanische oder welcher Nationalität auch immer.

Unsere Schwäche ist es, wenn wir uns durch die Kapitalisten spalten lassen, in gelernte und ungelernte Arbeiter, usw., usf. Unsere Stärke ist hingegen die Einheit und unsere Solidarität, auch die internationale Arbeitersolidarität, die über die Ländergrenzen hinweggeht. Wenn zum Beispiel dänische Hafenarbeiter einen schweren Streik durchfechten müssen, sind sie darauf angewiesen, daß deutsche Hafenarbeiter ihnen nicht in den Rücken fallen. Genauso umgekehrt.

Die 35-Stunden-Woche ist überall und für alle notwendig, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen und die Lage der Lohnabhängigen zu verbessern. Egal ob in Deutschland, Japan oder den USA. Und ein ganz wesentlicher Vorteil dieser Forderung ist es, daß sie die Lohnabhängigen vereint, daß sie die Solidarität im Kampf gegen das Kapital fördert. Sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene. In vielen Ländern haben die Arbeiter und Angestellten den Kampf für diese Forderung bereits aufgenommen.

Ob Chemiearbeiter oder Metaller, ob Arbeiter oder Angestellter, Jungarbeiter oder älterer Kollege, ob Deutscher, Ausländer, Mann oder Frau — wir alle brauchen die 35-Stunden-Woche, uns allen macht sie den Arbeitsplatz sicherer und das Leben lebenswerter. Schließen wir uns alle zusammen zu einer einzigen machtvollen Kampffront für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

Dieser Kampf wäre auch eine Antwort auf die Unternehmeroffensive. Er bringt unsere Gewerkschaften endlich aus der reinen Defensive heraus. Er ist wichtiges Element einer Gegenstrategie gegen den Krisenkurs des Kapitals.

Sicherlich wird dies ein außergewöhnlich schwerer und harter Kampf werden, der uns auch Opfer abverlangt. Aber erinnern wir uns an den Streikwinter 1978/79, als die Stahlwerker sechs Wochen lang für die 35-Stunden-Woche die Stellung hielten. Damals hat es sich gezeigt, daß ein solches Ziel ungeahnte Kräfte in der breiten Arbeiterklasse freisetzt und daß ein solcher Kampf in breiten Teilen der Bevölkerung spontane Solidarität auslöst. Deshalb: Die 35-Stunden-Woche muß her und zwar so bald wie möglich!

Warnstreik der Stahlarbeiter bei P + S

Mehr als 20 000 demonstrierten in Salzgitter und Peine

SALZGITTER/PEINE. — Für mehrere Stunden legten am Dienstag letzter Woche die Beschäftigten der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG die Arbeit nieder. An Großkundgebungen der IG Metall in Salzgitter und Peine beteiligten sich insgesamt mehr als 20 000 Menschen. Der Protest richtete sich vor allem gegen das sogenannte Moderatorenpapier. Auf einem Spruchband wurde die kompromißlose Verteidigung der Arbeitsplätze gefordert.

In Salzgitter nahmen an der Protestkundgebung mindestens 15 000 Menschen teil. In Peine, wo 4000 im dortigen P + S-Zweigwerk beschäftigt sind, beteiligten sich an der Protestaktion ca. 6000 Menschen. Außer den Stahlarbeitern kamen viele Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben in Salzgitter und Peine zu den Kundgebungen.

In Salzgitter waren Kollegen von VW, Bosch-Blaupunkt sowie die Stadtwerker mit großen gelben Müllwagen vertreten. Besonders muß hervorgehoben werden, daß in Peine die Frühschicht der Peiner Maschinen- und Schraubenwerke (die ebenfalls zum Salzgitter-Konzern gehören) fast komplett erschienen war (in der Peiner Maschinen- und Schraubenwerke AG sind 1800 Menschen beschäftigt).

Die Beteiligung an den Aktionen wird insgesamt als sehr gut bewertet. Die IG Metall hatte die Kundgebungen unter das Motto gestellt: „Salzgitter muß leben — Stahlstandort P + S muß bleiben — Gegen jede Privatisierung" (der Salzgitter-Konzern ist ein bundeseigenes Unternehmen). In Peine trugen Kollegen ein Transparent mit der Parole „Kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze". Von den offiziellen Kundgebungsrednern wurde teilweise ausdrücklich die vom IGM-Hauptvorstand abgelehnte Forderung nach Verstaatlichung der gesamten Stahlindustrie erhoben.

Schärfstens wurde das Moderatorenpapier zurückgewiesen, dessen Realisierung die Stahlarbeiter und die Bevölkerung mit der Vernichtung ihrer Arbeitsplätze und der Stahlstandorte Salzgitter und Peine insgesamt bedrohen würde. Die Redner erinnerten an den Kampf der Stahlarbeiter nach 1945 gegen die damals von der britischen Besatzungsmacht vorgesehene Demontage des Industriekomplexes Peine/Salzgitter. Jetzt heiße es, erneut gegen eine Demontage zu kämpfen.

Auch die Auszubildenden beteiligten sich geschlossen und in kämpferischer Form an den Aktionen. „Keine Rationalisierung auf Kosten von Arbeits- und Ausbildungsplätzen" forderten auf ihrem Transparent die Jungstahlarbeiter in Peine.



Gegen das Moderatorenpapier und für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze gingen die Stahlarbeiter in Peine und Salzgitter auf die Straße. Das Foto zeigt die Protestkundgebung in Peine, an der sich rund 6000 Menschen beteiligten. In Salzgitter waren mindestens 15000 an der Protestaktion beteiligt.

IG-Chemie-Führung statuiert Exempel gegen Opposition

Verwaltungsstelle Hann. Münden zerschlagen

GÖTTINGEN. — Der Feldzug der IG-Chemie-Führung gegen die linksoppositionellen Kräfte in der Gewerkschaft hat einen spektakulären Höhepunkt erreicht. Mit einem administrativen Akt haben Hermann Rappe und Konsorten sich die unbequeme Verwaltungsstelle Hannoversch Münden vom Hals geschafft. Sie haben die Verwaltungsstelle in ihrer bisherigen Gestalt einfach aufgelöst.

Seit vielen Jahren war die Verwaltungsstelle Hannoversch Münden ein Zentrum des Widerstands gegen die Machenschaften der ultrarechten Clique, die in der IG-Chemie-Führung das Heft in der Hand hält und diese drittgrößte DGB-Gewerkschaft auf einen besonders reaktionären Kurs der Kumpanei mit den Unternehmern geführt hat.

Als im Vorfeld und während des Gewerkschaftstages der IG Chemie im Herbst 1980 die Auseinandersetzungen zwischen den Rechten und der linken Opposition hohe Wellen schlug, stand noch Ferdinand Patschkowski, einer der prominentesten Vertreter der Opposition, an der Spitze der Verwaltungsstelle Hannoversch Münden. Damals wurde Patschkowski vom Hauptvorstand als Geschäftsführer der Verwaltungsstelle gefeuert. Die Kündigung mußte jedoch unter dem Druck der Solidarität der Basis zurückgenommen werden. Ferdinand Patschkowski starb zwei Jahre nach diesen Auseinandersetzungen unerwartet an einem Herzanfall.

Um die Nachfolge von Patschkowski hatte es dann zwischen der Verwaltungsstelle und dem Hauptvorstand einen monatelangen Streit gegeben. Schließlich einigte man sich auf einen Kompromißkandidaten. Anfang Februar jedoch sah der Vorstand der Verwaltungsstelle Hannoversch Münden keine Basis mehr für eine Zusammenarbeit mit dem ungeliebten neuen Geschäftsführer — sein Name ist Ernst Schnell — und sprach ihm das Mißtrauen aus. IG-Chemie-Chef Hermann Rappe drohte daraufhin den Kollegen in Hannoversch Münden mit Zerschlagung ihrer Verwaltungsstelle, d.h. konkret, mit ihrer Aufteilung. Und zwar eine Aufteilung, die konkret bedeutet, daß die Restverwaltungsstelle Hann. Münden rund zwei Drittel ihrer bisherigen knapp 9 200 Mitglieder verliert.

Am letzten Wochenende fand dann eine Delegiertenkonferenz der Verwaltungsstelle Hann. Münden in Göttingen statt. Mit großer Mehrheit stellten sich die Delegierten dabei hinter den Vorstand ihrer Verwaltungsstelle und bestätigten seine Entscheidung gegen Ernst Schnell. Dies, obwohl der anwesende Vertreter des Hauptvorstands offen mit Erpressung vorging: Entweder werde die Ablehnung von Schnell zurückgenommen, oder die angedrohte Zerschlagung der Verwaltungsstelle werde durchgeführt. Am letzten Montag besiegelte der geschäftsführende Hauptvorstand nun endgültig das Schicksal der bisherigen Verwaltungsstelle, indem er ihre Teilung beschloß.

Tarifabschluß bei VW — Kollegen aufs Kreuz gelegt

Leserbericht aus Emden

Ganz kurz ein paar Stichworte zum Tarifabschluß bei VW/Emden.

Im November 82 wurde auf einer Vertrauensleuteversammlung gefordert, im Januar 83 wieder eine Vertrauensleutevollversammlung durchzuführen, auf der schwerpunktmäßig die Tarifrunde 83 zu beraten sei. Besonders sollte man sich dort mit den Möglichkeiten der „neuen Beweglichkeit" auseinandersetzen.

Anfang Februar wurde dann eine Vollversammlung der ca. 270 Vertrauensleute einberufen. Statt über die Möglichkeiten der „neuen Beweglichkeit" und anderer Aktionsformen zu beraten, wurde vom 1. Bevollmächtigten der IG Metall, Uwe Schmidt, ein 15minütiges Referat gehalten. Der Inhalt zielte im großen und ganzen darauf ab, daß man in dieser Lohnrunde nicht viel machen könne, da es der Wirtschaft schlecht gehe und bei VW direkt Kurzarbeit gemacht würde. Arbeiter in anderen Betrieben würden sogar dem Unternehmer Lohn zur Verfügung stellen (Nobiskrug-Werft). Damit war das Thema abgeschlossen! Die verantwortlichen Funktionsträger der IGM in Emden wollten bei VW keine Kampfmaßnahmen, bereiteten also auch nichts vor.

Was interessant dabei war, ist folgendes: VW sollte — wie sich wenig später zeigte — in der Lohnrunde 83 eine Vorreiterrolle spielen. VW hat noch nie eine solche Rolle übernommen. VW war mit seinem Haustarif immer nur Anhängsel. Es war also von Beginn an etwas im Busch.

Die IGM verteilte zwar Flugblätter im Betrieb, u.a. kurz vor dem Abschluß das Extra *„Aktionen überall: Wir gehen ran!"* Allerdings auf Nachfrage bei der Vertrauenskörperleitung, wie denn nun die Vorbereitungen aussehen würden, wurde darauf hingewiesen, daß dies überwiegend „heiße Luft" sei. Was sich voll bestätigt hat.

Die Stimmung bei den Kollegen war geteilt zur Lohnrunde. Die einen erwarteten angesichts der schlechten Situation nichts; die anderen wollten mindestens die Preissteigerungsrate **voll** haben und zwar netto.

Hätte die IGM zu Aktionen oder Warnstreiks aufgerufen, hätte der Laden wohl gestanden. Obwohl die Kollegen schlechte Erfahrungen gemacht haben (Warnstreiks halb in der Pause usw.).

Als nun das „Ergebnis" feststand, waren die Kollegen überwiegend sauer.

Vorher waren die Vertrauensleute in je einer Schichtversammlung zusammengerufen worden. Keine Vollversammlung! Dort wurde über die Verhandlungen berichtet. Das Ergebnis wurde uns wie warme Semmeln angeboten. Es sei einmalig und würde auch einmalig in dieser Lohnrunde bleiben, was Besseres werde es woanders nicht geben.

Die 15monatige Laufzeit wurde hoch gepriesen. Jetzt endlich habe man den Rücken frei für den Kampf um die 35-Stunden-Woche im nächsten Jahr. Es sei sehr gut, daß die Lohnverhandlungen dann getrennt geführt werden könnten (15monatige Laufzeit heißt: Der Tarif läuft vom 1. Februar 83 bis 30. April 84; dann kommt ein Monat Friedenspflicht bis 31. Mai 84; und Anfang Juli beginnen wieder die Werksferien).

Die Stimmung bei den Vertrauensleuten war nicht gut, eher wie gelähmt. Nur wenige Kollegen verurteilten dieses Ergebnis, wiesen es zurück. Diese Kollegen zeigten auf, daß damit die Preissteigerungsrate nicht auszugleichen und daß auch die Laufzeit nicht akzeptabel ist. Es sei unmöglich, kampflos die Waffen zu strecken.

Die Tarifkommission hat den Abschluß einstimmig angenommen. Die Gewerkschaftsführer und Funktionäre, die die Kollegen wieder einmal so aufs Kreuz gelegt haben, müssen hart angegriffen und entlarvt werden. Sie müssen außerdem beim Wort genommen werden, den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich vorzubereiten.

Erinnerung und düstere Aussicht

Mehrere hundert Menschen demonstrierten zum zweiten Jahrestag der Nürnberger Massenverhaftungen. „Bayerische Verhältnisse bald auch in Bonn?" Angesichts der Lage nach den Wahlen eine sehr aktuelle Frage, aktuell durch die anstehenden drastischen Beschneidungen der Demonstrationsfreiheit durch die Bundesregierung. Widerstand tut not.



Freiheit für Dev Sol und Halk Der!

Gegen das Verbot von Dev Sol und Halk Der und die drohende Abschiebung ihrer inhaftierten Mitglieder demonstrierten am 5. März auch in Kiel deutsche und ausländische Antifaschisten. Sie forderten dabei ebenfalls die volle rechtliche Gleichstellung von Deutschen und Ausländern sowie das Verbot aller faschistischen Organisationen. Kieler Genossen schickten uns dieses Bild.

Gemeinsam gegen Neonazis

„Gemeinsam gegen Neonazis!" — Diesem Aufruf eines ganz kurzfristig zustandegekommenen Aktionsbündnisses Dortmunder Antifaschisten, das durch die KPD mitgetragen wurde, folgten am 8. März insgesamt etwa 100 Menschen. Sie gingen auf die Straße aus Anlaß einer „Kreismitgliederversammlung mit Gästen", die die Dortmunder NPD im Stadtteil Hörde durchführen wollte. Unter Hinweis auf die sich in letzter Zeit verstärkenden Aktivitäten der Nazis, zu denen auch die Beschädigung von Fahrzeugen antifaschistischer Menschen und Überfälle auf Linke und Ausländer gehören, forderten sie das Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen. Die Dortmunder Polizeiführung mobilisierte ein Großaufgebot eines Sondereinsatzkommandos, um den Nazis den Weg ins Versammlungslokal freizumachen. Dabei kam es zu mehreren Übergriffen. Mit Rückendeckung des Einsatzleiters verweigerte einer der Schläger die Herausgabe seiner Personalien, um die Einleitung eines Strafverfahrens zu verhindern. Während der Aktion, die erst abgebrochen wurde, als die Nazis schon lange tagen wollten und niemand mehr Einlaß begehrte, kamen höchstens 15 Leute ins Lokal. Obwohl Redakteure der Lokalpresse anwesend waren, wurde die Aktion in keiner der drei Dortmunder Zeitungen auch nur mit einem Wort erwähnt.



Solidaritätsdemonstration für Hermann Gaßmann

Hamburger Genossen berichten



Am Dienstag, den 2.3.83 führte die Ortsverwaltung der IGM/Hamburg eine Veranstaltung für geladene Funktionäre (Vertreter, BRs, VK-Leiter) durch, um ihre Vorstellungen zum weiteren Vorgehen in Sachen H. Gaßmann unter die Leute zu bringen.

Die OV hatte folgende Vorgehensweise beschlossen:

1. der IGM-Vorstand solle wegen der weitreichenden Bedeutung des Urteils alle weiteren Entscheidungen treffen;

2. ihr Mann im Vorstand, J. Müllner, wolle sich beim Vorstand mit aller Kraft dafür einsetzen, daß dieser die bereits von den Rechtsanwälten beantragte Revision unterstützt (also auch die Kosten übernimmt — mindestens 700000 Mark!), daß H. Gaßmann weiterbeschäftigt wird als Sekretär (daß das Urteil letztlich also nicht anerkannt wird) und daß eine Aufklärungskampagne und weitere Initiativen zur Abschaffung bzw. „Entschärfung" des §99 in Angriff genommen werden.

Diese Haltung der OV wurde auf der Versammlung scharf kritisiert. Angesichts der Zeugenaussagen zweier Vorstandsmitglieder, darunter Eugen Loderer, (sie hatten sich dabei indirekt von H.G. distanziert) ist eher ein Rausschmiß unseres Kollegen, denn eine Unterstützung zu erwarten. Unter fortschrittlichen Gewerkschaftern ist demgegenüber ziemlich unbestritten, daß die OV sich hier aus der Verantwortung stehlen will, da sich schon vor der Verurteilung die Funktionäre bei verschiedenen Gelegenheiten eindeutig für eine Weiterbeschäftigung H. Gaßmanns und einer Nichtanerkennung des Urteils ausgesprochen hatten. Außerdem ist es der OV bisher erfolgreich gelungen, konkrete Beschlüsse der Vertreterversammlung hierzu zu verhindern, bzw. hinauszuschieben. Gleichzeitig hat sie alle Initiativen zur Solidarität mit H. Gaßmann und Aufklärung über den §99 bekämpft.

Im Anschluß an diese Versammlung trafen sich dann die fortschrittlichen Metaller und der „Solidaritätskreis Hermann Gaßmann", um über konkrete Schritte zu beraten. Dort wurde der Entschluß gefaßt, zu der Demo am 9.3. aufzurufen (siehe beiliegendes Flugblatt).

Es kamen etwa 1000(!) Kolleginnen und Kollegen, darunter viele Betriebsräte und Funktionäre verschiedener Gewerkschaften. Weiterer Aufrufe kamen von der IG DruPa, GEW und DKP. Auch die Partei hat die Vorbereitung und Durchführung kräftig unterstützt. Die Demo ging durch das Gerichtsviertel, wo vor dem Landgericht (Ort der Verurteilung) eine Kurzkundgebung gehalten wurde, vorbei am Springer-Hochhaus durch die Innenstadt zum Gewerkschaftshaus, wo die Abschlußkundgebung stattfand. Dort gesellte sich auch Herrmann Gaßmann zu uns. Wir meinen, es war eine gelungene Aktion, die zur Verbreitung des Protests beigetragen hat.

Es wird nun von den Solidaritätskreis aus eine Unterschriftenaktion mit den Forderungen:

1. die OV und der Vorstand der IGM sollen erklären, daß sie sich durch Herrmann Gaßmann nicht geschädigt fühlen (wie vom Gericht behauptet);

2. sie sollen öffentlich erklären, daß sie Herrmann Gaßmann als unschuldig betrachten und als Bildungs- und Jugendsekretär weiterbeschäftigen;

3. öffentlich gegen das Urteil Stellung nehmen und informieren;

4. für die Abschaffung des §99 eintreten;

durchgeführt.

Auf der Abschlußkundgebung wurde noch bekanntgegeben, daß Anfang dieser Woche der IGM-Vorstand darüber beraten und die Entscheidung bis nach der schriftlichen Urteilsbegründung verschoben hat. Außerdem wurde noch bekannt, daß der Betriebsrat von HDW einstimmig (also aktive Metaller und IGM-Fraktion!) eine Resolution verabschiedet hat, in der die Weiterbeschäftigung Herrmann Gaßmanns und Rechtsschutz für seine Revision gefordert wurden!

Außerdem erhaltet ihr noch mit weiterem Brief ein VK-Info von Still zu diesem Thema mit den gleichen Forderungen.

Auf die Straße!

Demonstrationen passen der Bundesregierung nicht. (Außer Jubelfeiern für Kohl und Strauß). Deshalb wollen sie das Demonstrationsrecht beschneiden.

Die Pläne liegen auf dem Tisch. Auf einem rechtspolitischen Kongreß der CSU legte Edmund Stoiber die Vorstellungen der Unionsparteien dar, verglich sie mit denen des Koalitionspartners FDP und ließ keinen Zweifel daran, daß man entschlossen ist, die eigenen Vorstellungen durchzusetzen. Stoiber führte aus:

„Auf gesetzgeberische Maßnahmen zur Verbesserung des geltenden Demonstrationsstrafrechts kann im Gegensatz zur Auffassung der FDP nicht verzichtet werden. (...) Auch das Strafrecht muß dazu einen Beitrag leisten. Deshalb muß der Tatbestand des Landfriedensbruchs an die kriminalpolitischen Erfordernisse angepaßt und ein strafbewehrtes Verbot der passiven Bewaffnung (etwa Motorradhelme, auch schon mal Schilder mit Losungen — RM) und Vermummung (etwa Halstücher zum Schutz vor Staatsschutzfotografen — RM) von Demonstranten erreicht werden. Der derzeitige Tatbestand des Landfriedensbruchs ist von SPD und FDP so formuliert worden, daß er praktisch weithin wirkungslos ist. Das „KOMM-Verfahren" hat das deutlich gezeigt."

Ja, die Massenverhaftung per hektografiertem Haftbefehl hätte man gern als Regelfall, und solche Demonstranten dürften dann nicht so schnell wieder freikommen.

„Dem Bundestag liegen zur Verbesserung des Demonstrationsstrafrechts zur Zeit Gesetzentwürfe des Bundesrats und der CDU/CSU-Fraktion vor. Ihr wesentlicher Inhalt ist:

a) im Versammlungsrecht sollen die sogenannte passive Bewaffnung und die Maskierung oder Unkenntlichmachung von Veranstaltungsteilnehmern verboten werden.

b) die Aufforderung zur Teilnahme an einer verbotenen Veranstaltung soll mit Strafe bedroht werden.

c) der Tatbestand des Landfriedensbruchs (Paragraph 125 StGB) soll erweitert werden. Künftig soll nach dieser Strafvorschrift auch bestraft werden können, wer sich einer gewalttätigen Menschenmenge anschließt oder sich nicht aus ihr entfernt, nachdem ein Träger von Hoheitsbefugnissen die Menge aufgefordert hat, auseinanderzugehen. (...)"

Geprüft werden sollen unter anderem:

„Möglichkeiten des Schutzes von Polizeibeamten bei Demonstrationen" — das heißt konkret vor allem neue Polizeiwaffen, Gummigeschosse und Gummischrot, letzteres aktuell in Baden-Württemberg eingeführt — und „gesetzgeberische Möglichkeiten zur Desolidarisierung friedlicher Demonstranten". Was immer das sein mag. Es wird sich im Kern darum handeln, Demonstranten mit Strafe zu bedrohen, wenn sie nicht z.B. bei einem Steinwurf aus ihren Reihen auseinanderlaufen und die Demonstration abbrechen oder, noch besser, den „Straftäter" persönlich der Polizei übergeben. Man soll schon Angst haben, überhaupt zu demonstrieren. Schließlich soll wohl was das Bezahlen von Polizeieinsätzen durch die Opfer bundesweit zur Regel werden.

Zeigen wir den Schwarzen, daß wir uns nicht unterkriegen lassen. Demonstration tut not, Unruhe ist erste Bürgerpflicht.

Volkszählung '83 • Bundesregierung setzt auf

Volksbetrug für Volksaushorchung

Die Bundesregierung hat, wie nicht anders zu erwarten war, ihre Entschlossenheit zur Durchsetzung der Volksaushorchung ohne jede Änderung des Fragebogens, also unter Ablehnung der Forderung, die Anonymität sicherzustellen, bekräftigt. Man muß sich auf eine Propagandakampagne großen Stils einrichten, die vor allem dazu dienen wird, den angeblich totalen Datenschutz bei der Volkszählung zu beschwören. Also das Volk zu belügen. Und zum anderen: Den Protest in jeder Form zu kriminalisieren. Mit Strafandrohungen einzuschüchtern. Das muß man sicher ernst nehmen. Dagegen muß man zusammenhalten, Aufklärungs- und Unterstützungsarbeit verstärken.

Die Proteste mehren sich. Es wäre witzlos, in einer Wochenzeitung den gegenwärtigen Stand zu dokumentieren; glücklicherweise tut sich täglich Neues. Widerstand regt sich auch in den Gewerkschaften, in der SPD; bekannte demokratische Persönlichkeiten nehmen gegen die Volkszählung Stellung, fordern ihre Verschiebung, um die Fragebögen zu ändern, rufen in der Regel zum Teilboykott (nicht alles beantworten, z. B. Mahlein, H.-U. Klose) oder zum Boykott auf, der auch die Losung von fast 300 Initiativen im Bundesgebiet und Westberlin ist. Hunderte von Zählern — jeder einzelne zuständig für etwa 100 zu befragende Bürger — weigern sich, ihrer Zwangsverpflichtung nachzukommen.

Den Beteuerungen vom „garantierten Datenschutz" widersprechen immer mehr Fachleute, sie strafen auch die neuerdings mit Heftigkeit vorgebrachten Werbungen des Bundesbeauftragten für Datenschutz, Bull, Lügen.

Beim Bundesverfassungsgericht liegt eine Verfassungsbeschwerde der Hamburger Rechtsanwältinnen Maja Stadler-Euler und Gisela Wild vor. Wohlbegründet verweisen sie darauf, daß elementare Freiheitsrechte auf dem Spiel stehen. Ein guter, notwendiger Schritt.

Entscheidend bleibt aber auf jeden Fall: Die Massenhaftigkeit des Protestes und Widerstandes entscheidet über das Schicksal der Zählung.



Verdatet und verkauft

Zur geplanten großen Volksaushorchung, der Volkszählung '83, nahm in der „taz" vom 10. März Prof. Wilhelm Steinmüller Stellung. Wilhelm Steinmüller, langjähriger Datenschutzgutachter der Bundesregierung und den „Roter-Morgen"-Lesern durch seine bereits vor Jahren geäußerte Warnung vor der mit der Verdatung verbundenen Gefahr im Falle eines „faschistischen Schwenks" bekannt (vgl. letzten RM), ist heute Professor für Rechts- und Verwaltungsinformationen an der Universität Bremen. Prof. Steinmüller schrieb unter anderem, die gegen die Zählung protestierenden Bürger fühlten zu Recht die „neue Qualität dieser staatlichen Ausforschung". Er fährt fort:

„Es ist nicht die Volkszählung als solche, sondern ihre qualitativ veränderte *‚Umwelt'*: die im letzten Jahrzehnt radikal veränderte ‚Datenlandschaft' der Bundesrepublik. Sie hat sich kraß zu Lasten des Bürgers gewandelt, und der Bürger spürt dies, wenn er es auch noch nicht im einzelnen belegen kann.

Hierzu einige Angaben, die erst in ihrem Zusammenhang relevant sind:

1. Die statistischen Landesämter, die die Volksbefragung durchführen, sind in einigen Bundesländern per Gesetz zugleich zu *Landesdatenzentralen* geworden, wo fast die gesamte staatliche und teilweise auch die kommunale Datenverarbeitung (zunehmend per Telekommunikation) zusammenläuft. Das bedeutet, daß Mißbräuche, wenn sie vorkommen, nicht mehr kontrolliert werden können, weil praktisch die gesamte Datenverarbeitung des Landes (einschließlich eben dieser Volkszählung und Volksbefragung) an ein und demselben Ort mit denselben Maschinen und Programmen durchgeführt wird.

2. Hinzu kommt, daß zwar der vorletzte Deutsche Bundestag die Einführung eines *Personenkennzeichens* (PKZ) für verfassungswidrig erklärt hat, gleichwohl aber in einigen Bundesländern das Personenkennzeichen *intern* eingeführt wurde, freilich unter dem Schönnamen ‚Ordnungsmerkmal'. Jeder Datenverarbeiter weiß, daß diese ‚Ordnungsmerkmale' nicht bloß zum Adressieren von Datenbeständen benutzt werden, sondern eben auch zum Zusammenführen — also als Personen-KZ. Aber es kommt gröber: Mehrere Länder haben in ihren neuen Meldegesetzen sogar dieses verfassungswidrige *‚Ordnungsmerkmal'* ausdrücklich vorgesehen. Welcher Rechtsanwalt will hier einmal durch eine gewonnene Popularklage (in Bayern möglich!) seinen Ruhm begründen? — Damit nicht genug: In der *Sozial*versicherung ist ein Personenkennzeichen für 50 Millionen Bundesbürger bereits vor fünf Jahren vergeben worden, wieder mit rechtlicher Grundlage: die zwölfstellige Rentenversicherungsnummer; entgegen den rechtlichen Bestimmungen wurde sie inzwischen zur allgemeinen Sozialversicherungsnummer ausgebaut, indem sie auch in der gesetzlichen Krankenversicherung und anderen Zweigen der Sozialverwaltung angewandt wird.

3. Die eigentliche Gefahr dieser Volkszählung und -befragung besteht in ihrer dritten Funktion, der Korrektur der ‚Melderegister'. Die ‚Melderegister', in Wirklichkeit nach dem (Bundes-) Melderechtsrahmen- und den Ländermeldegesetzen der Grundbestand an Einwohnerdaten über die Bevölkerung der Bundesrepublik (in einigen Gebieten bis zu knapp 1000 Daten pro Person!) waren von den Innenministerien von Bund und Ländern als Super-Personen-KZ ausersehen, das ‚rund um die Uhr' im 3-Schichten-Betrieb diejenigen Daten vorrätig halten sollte, mit deren Hilfe alle übrigen Dateien des Staates und der Kommunen erschlossen werden sollten. Leider aber war diese Einwohnerdatenbank den Behörden ziemlich durcheinandergeraten. Nunmehr besteht die Chance, dieses Einwohnerregister — hier übrigens gegen den Protest der Datenschützer — mit Hilfe der Zwangsmeldung des Volkes zu aktualisieren — und damit erst funktionsfähig zu machen. Das ist in meinen Augen die gefährlichste Entwicklung; die macht jede zentralistische Datenbank überflüssig.

4. Zu allem Überfluß endlich wird ausgerechnet 1984 mit Hilfe der nun funktionierenden ‚Melde'-Register der (zwar nicht fälschungssichere, wohl aber) maschinenlesbare *Personalausweis* eingeführt — mit Hilfe der Ausweisleser die erste Massenkontrolltechnologie eines zivilisierten Staates. Übrigens sind die Angaben auf der maschinenlesbaren Zone des Ausweises EDV-technisch zugleich als Personenkennzeichen für den Sicherheitsbereich vorgesehen.

Diese gewandelte Umgebung der maschinisierten Verwaltungsbürokratie ist der wahre Hintergrund und die entscheidende Ursache der Volkserhebung. Das erklärt, warum man es in Kauf nahm, es bei der Erhebung mit dem *Datenschutz* durchaus nicht so genau zu nehmen: Nach §*9* des Volkszählungsgesetzes dürfen personenbezogene Daten (‚personenbezogen' = auf individuelle Personen beziehbar bleiben die Daten auch nach Entfernung des Namens; auch der Rest identifiziert einzelne) an eine heute nicht mehr angebbare Zahl öffentlicher und auch privater Stellen weitergegeben werden (‚an die von den zuständigen obersten Bundes- und Länderbehörden bestimmten ... öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen (für) ... übertragene(n) Aufgaben'), und sogar *mit* Namen an die Städte und Gemeinden. Es ist also massiv irreführend, wenn von *‚Anonymisierung'* geredet wird. — Ferner enthält der Fragebogen (entgegen den ursprünglichen Mustern!) ein identifizierendes bundesweites *Haushaltskennzeichen:* die 8stellige Nummer rechts oben, identisch in den letzten sechs Stellen mit dem Strich-Code links unten am Rand, verbunden mit den Nummernzuteilungslisten des Statistischen Bundesamtes. — Übrigens ist auch die Behauptung auf dem Fragebogen *falsch,* aus den Erkenntnissen der Volksbefragung würden keine Maßnahmen gegen die Befragten getroffen. Anders das Gesetz in §9: Maßnahmen gegen die Befragten sind zulässig außer in zwei Fällen: beim Melderegisterabgleich und bei gemeindlichen Auswertungen. Alle übrigen Abgleiche und Weitergaben können selbstverständlich zu Nachteilen führen.

In *verfassungsrechtlicher* Hinsicht wird zweierlei zu prüfen sein:

- einmal inhaltlich die Berechtigung der recht weitgehenden Persönlichkeits- und Sozialausforschung (anhand des Mikrozusus-Urteils)
- zum anderen formal die Uferlosigkeit der Weitergaben, durch §9 nur scheinlegal kaschiert: das Gesetz läßt nicht erkennen, welche öffentlichen oder privaten Stellen (bei Zwischenschaltung eines Bundes- oder Länderministeriums) nicht in den Besitz der personenbezogenen Daten aus der Volksausforschung gelangen können. Das heißt, der Inhalt der Norm ist von keiner Stelle und keinem Juristen derzeit konkretisierbar, d. h. aber wohl: verfassungswidrig."

Aus der Gewerkschaftspresse

„druck und papier"

Detlef Hensche vom Hauptvorstand der IG DruPa schrieb in der neuesten Ausgabe der Gewerkschaftszeitung „druck und papier" seine Meinung zur Volkszählung. Unter dem Titel „Der gläserne Mensch" heißt es darin unter anderem:

„Klar, es soll ja auch nur die Privatsphäre des Bürgers durchleuchtet werden, nicht etwa die Gewinne. Die Betriebsdatenerhebung endet bei der Frage nach der Lohnsumme. So werden Apfelbäume, Kohleöfen und Toiletten gezählt — doch Umsatz, Produktionsvermögen und Gewinne, der Reichtum, den wir Jahr für Jahr erarbeiten, gehören nach wie vor zur Intimsphäre weniger Unternehmer! (...)

Immer mehr Unternehmen bauen Personalinformationssysteme auf und zerlegen den Arbeitnehmer in seine produktiv verwertbaren Einzelteile. Nimmt man die Daten von Krankenkassen, anderen Sozialversicherungsträgern, Gemeindeämtern und ihre jederzeit mögliche Verknüpfung hinzu, so wird das Unbehagen verständlich.

Man sagt: Die Absetzung der sozialdemokratischen Regierung Preußens im Sommer 1932 habe die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß SA und Gestapo acht Monate später den schnellen Zugriff zu Karteien und Polizeiakten hatten — mit der Folge, daß zahlreiche Funktionäre der Arbeiterbewegung binnen weniger Wochen verhaftet werden konnten. Und das mit Methoden aus der Zeit der Postkutsche, ohne die moderne Elektronik.

Nicht, daß wir dem Statistischen Bundesamt Gestapo-Absichten unterstellten. Doch sollten wir dem Staat keine Mittel an die Hand geben, die jederzeit zu anderen Zwecken eingesetzt werden können! Es ist daher verständlich, wenn zahlreiche Bürger sich weigern, alle Fragen zu beantworten."

„metall"

Eher versteckt bringt die „metall" 5/83 zum Ausdruck, daß sie gegen die Volkszählung ist und man auch etwas dagegen tun sollte. Hier Auszüge aus einem Artikel von Wernhardt Otto unter dem Titel „Totale Erfassung geplant":

„Kein vernünftiger Mensch wird statistische Angaben zur Person verweigern wollen, die als Grundlage jeder gesellschaftlichen Planung unerläßlich sind, sofern zwei Bedingungen erfüllt sind: daß die persönlichen Daten vertraulich behandelt und zu keinem als dem angegebenen Zweck verwendet werden. Beide Vorbedingungen werden jedoch bei der Volkszählung '83 systematisch mißachtet. (...)

Nach alledem nimmt es nicht mehr wunder, daß die Bundesrepublik als einziges Land der westlichen Welt noch mit Drohungen arbeitet, um das Volk zur Zählung zu zwingen. Doch gemach: Das nach dem Gesetz mögliche Bußgeld von bis zu 10000 DM für Verweigerer ist eine plumpe Drohung. Nach ständiger Rechtsprechung sind, falls es überhaupt zu einem Verfahren kommt, allenfalls Geldbußen von 30 bis 100 Mark zu erwarten." (Das erscheint allerdings allzu oberflächlich, weil es das besondere politische Interesse an der Volkszählung überhaupt nicht in Rechnung stellt.)

Es ist notwendig, überall in den Gewerkschaften über den Zweck der Volkszählung aufzuklären und dafür zu sorgen, daß sich viele Gewerkschafter in die Front des Widerstandes einreihen, daß auch Gewerkschaftsgremien — wie zum Teil bereits geschehen — dazu aufrufen, ihre Autorität, ihren Einfluß gegen die Massenbespitzelung in die Waagschale zu werfen.

Lügenpropaganda

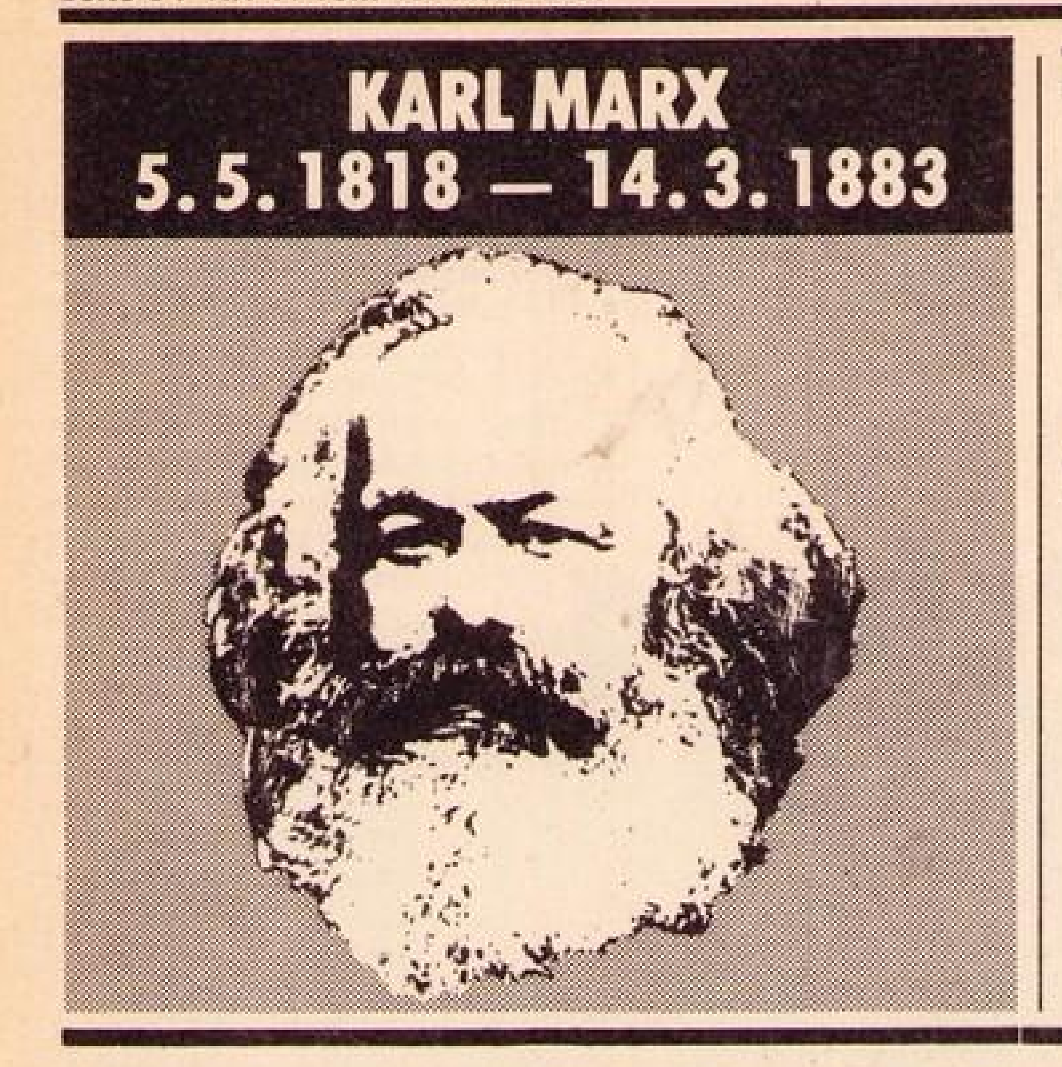


„Unterstehen Sie sich! Ich verbitte mir diese Schnüffelei in meiner Intimsphäre!"

Die Bundesregierung will nun im großen Stil eine Werbekampagne für die Volkszählung starten, die die Ängste vieler Bürger zerstören soll. Dabei wird sie — das ist bei solch einer Werbung ja gar nicht anders möglich — gezielt Unwahrheiten ausstreuen und ihre politischen Absichten zu verbergen trachten. Die CDU-orientierte Presse ist bereits in diesem Sinne tätig. Die untenstehende Karrikatur entstammt den „Ruhr-Nachrichten" aus Dortmund vom 9. März. Da kommt alles zusammen: Die Volkszählung ist ganz harmlos — und anonym —, der Protestierer ist ein langhaariger weltfremder Spinner, so ganz anders als der nette Herr mit Kind, der milde lächelnd die Szene beobachtet. Lügenpropaganda. Setzen wir die Wahrheit dagegen, organisieren wir den Widerstand!

Im nächsten „Roten Morgen":
Weitere Erfahrungsberichte aus der Arbeit vor Ort — Volkszählung und unsere ausländischen Mitbürger

KARL MARX
5.5.1818 — 14.3.1883



TEXTE ZUM KARL-MARX-JAHR 1983

„Eine Regierung der Arbeiterklasse"

Karl Marx „Über den Bürgerkrieg in Frankreich 1871" (Auszüge)

Im März des Jahres 1871 wurde in Paris die Herrschaft der „Kommune" ausgerufen. Dies war der erste Versuch der Arbeiterklasse, ihren Traum von einer gerechten Gesellschaft, vom Sozialismus, zu verwirklichen. Karl Marx reagierte darauf als Revolutionär und als politischer Führer. Nicht nur, daß er laut seine Stimme erhob zur Verteidigung der Kommune gegen die gesamteuropäische Hetze der Reaktion. Nicht nur, daß er sich an der Organisierung internationaler Solidaritätsaktionen der europäischen Arbeiterschaft beteiligte. Nein, er ging weiter. Er untersuchte die Bedeutung dieses Ereignisses, in geschichtlicher und sozialer Hinsicht. Marx, der niemals ein bloßer Theoretiker war, zog aus diesem Ereignis den Schluß, daß nur so, auf diesem Wege der Sozialismus zu erreichen sei: durch die Zerstörung und nicht durch die Übernahme des alten Staatsapparates, durch die Errichtung einer revolutionären, massendemokratischen proletarischen Diktatur über die alten Ausbeuter. Erst anhand der Pariser Märzrevolution wurde das vollendet, was man „marxistische Staatstheorie" nennt, denn erst ab diesem Zeitpunkt war es möglich, etwas Konkretes über den sozialistischen Staat auszusagen. Die Arbeiten von Karl Marx über „Der Bürgerkrieg in Frankreich" gehören zu den allerwichtigsten im Lebenswerk dieses größten Revolutionärs der Arbeiterbewegung. Die Untersuchungen und Feststellungen, die Marx anhand der Pariser Kommune machte, sind gerade heute eine wichtige Grundlage für die Ausarbeitung sozialistischer Zielvorstellungen für unser Land. Die Pariser Kommune wurde von der Reaktion Europas blutigst zerschlagen — vor allem Karl Marx hat dafür gesorgt, daß sie dennoch stets ein Signal bleibt für alle Menschen, die nach Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und Frieden, die nach dem Sozialismus streben.

Am Morgen des 18. März 1871 wurde Paris geweckt durch den Donnerruf: „Es lebe die Kommune!" Was ist die Kommune, diese Sphinx, die den Bourgeoisverstand auf so harte Proben setzt? (...)

Der gerade Gegensatz des Kaisertums war die Kommune. Der Ruf nach der „sozialen Republik", womit das Pariser Proletariat die Februarrevolution einführte, drückte nur das unbestimmte Verlangen aus nach einer Republik, die nicht nur die monarchische Form der Klassenherrschaft beseitigen sollte, sondern die Klassenherrschaft selbst. Die Kommune war die bestimmte Form dieser Republik.

Paris, der Mittelpunkt und Sitz der alten Regierungsmacht und gleichzeitig der gesellschaftliche Schwerpunkt der französischen Arbeiterklasse, Paris hatte sich in Waffen erhoben gegen den Versuch des Thiers und seiner Krautjunker, diese ihnen vom Kaisertum überkommne alte Regierungsmacht wiederherzustellen und zu verewigen. Paris konnte nur Widerstand leisten, weil es infolge der Belagerung die Armee losgeworden war, an deren Stelle es eine hauptsächlich aus Arbeitern bestehende Nationalgarde gesetzt hatte. Diese Tatsache galt es jetzt in eine bleibende Einrichtung zu verwandeln. Das erste Dekret der Kommune war daher die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk.

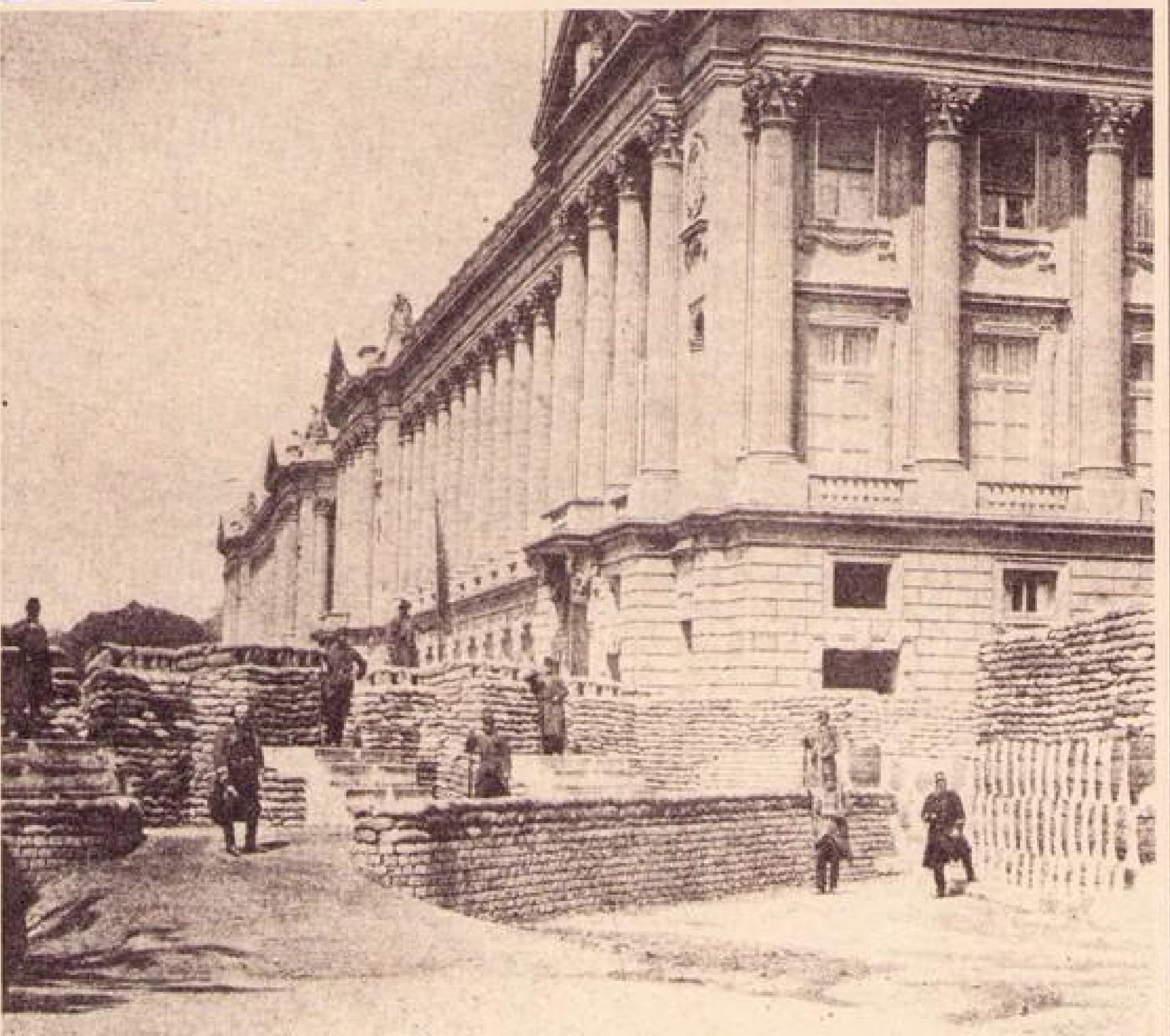
Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit. Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller andern Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts, mußte der öffentliche Dienst für *Arbeiterlohn* besorgt werden. Die erworbnen Anrechte und die Repräsentationsgelder der hohen Staatswürdenträger verschwanden mit diesen Würdenträgern selbst. Die öffentlichen Ämter hörten auf, das Privateigentum der Handlanger der Zentralregierung zu sein. Nicht nur die städtische Verwaltung, sondern auch die ganze, bisher durch den Staat ausgeübte Initiative wurde in die Hände der Kommune gelegt.

Das stehende Heer und die Polizei, die Werkzeuge der materiellen Macht der alten Regierung einmal beseitigt, ging die Kommune sofort darauf aus, das geistliche Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht, zu brechen; sie dekretierte die Auflösung und Enteignung aller Kirchen, soweit sie besitzende Körperschaften waren. Die Pfaffen wurden in die Stille des Privatlebens zurückgesandt, um dort, nach dem Bilde ihrer Vorgänger, der Apostel, sich von dem Almosen der Gläubigen zu nähren. Sämtliche Unterrichtsanstalten wurden dem Volk unentgeltlich geöffnet und gleichzeitig von aller Einmischung des Staats und der Kirche gereinigt. Damit war nicht nur die Schulbildung für jedermann zugänglich gemacht, sondern auch die Wissenschaft selbst von den ihr durch das Klassenvorurteil und die Regierungsgewalt auferlegten Fesseln befreit.

Die richterlichen Beamten verloren jene scheinbare Unabhängigkeit, die nur dazu gedient hatte, ihre Unterwürfigkeit unter alle aufeinanderfolgenden Regierungen zu verdecken, deren jeder sie, der Reihe nach, den Eid der Treue geschworen und gebrochen hatten. Wie alle übrigen öffentlichen Diener, sollten sie fernerhin gewählt, verantwortlich und absetzbar sein.

Die Pariser Kommune sollte selbstverständlich allen großen gewerblichen Mittelpunkten Frankreichs zum Muster dienen. Sobald die kommunale Ordnung der Dinge einmal in Paris die alte zentralisierte Regierung auch in den Provinzen der Selbstregierung der Produzenten weichen müssen. In einer kurzen Skizze der nationalen Organisation, die die Kommune nicht die Zeit hatte, weiter auszuarbeiten, heißt es ausdrücklich, daß die Kommune die politische Form selbst des kleinsten Dorfs sein, und daß das stehende Heer auf dem Lande durch eine Volksmiliz mit äußerst kurzer Dienstzeit ersetzt werden sollte. Die Landgemeinden eines jeden Bezirks sollten ihre gemeinsamen Angelegenheiten durch eine Versammlung von Abgeordneten in der Bezirkshauptstadt verwalten, und diese Bezirksversammlungen dann wieder Abgeordnete zur Nationaldelegation in Paris schicken; die Abgeordneten sollten jederzeit absetzbar und an die bestimmten Instruktionen ihrer Wähler gebunden sein. Die wenigen, aber wichtigen Funktionen, welche dann noch für eine Zentralregierung übrigblieben, sollten nicht, wie dies absichtlich gefälscht worden, abgeschafft, sondern an kommunale, d. h. streng verantwortliche Beamte übertragen werden. Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunalverfassung; sie sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vernichtung jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und überlegen sein wollte gegenüber der Nation, an deren Körper sie doch nur ein Schmarotzerauswuchs war. Während es galt, die bloß unterdrückende Organe der alten Regierungsmacht abzuschneiden, sollten ihre berechtigten Funktionen einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehn beanspruchte, entrissen und den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zurückgegeben werden. Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem andern Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen. Und es ist bekannt genug, daß Gesellschaften ebensogut wie einzelne, in wirklichen Geschäftssachen gewöhnlich den rechten Mann zu finden und, falls sie sich einmal täuschen, dies bald wieder gutzumachen wissen. Andrerseits aber konnte nichts dem Geist der Kommune fremder sein, als das allgemeine Stimmrecht durch hierarchische Investitur zu ersetzen.

Es ist das gewöhnliche Schicksal neuer geschichtlicher Schöpfungen, für das Seitenstück älterer und selbst verlebter Formen des gesellschaftlichen Lebens versehn zu werden, denen sie einigermaßen ähnlich sehn. So ist diese neue Kommune, die die moderne Staatsmacht bricht, angesehn worden für eine Wiederbelebung der mittelalterlichen Kommunen, welche jener Staatsmacht erst vorausgingen und dann ihre Grundlage bildeten. — Die Kommunalverfassung ist versehn worden für einen Versuch, einen Bund kleiner Staaten, wie Montesquieu und die Girondins ihn träumten, an die Stelle jener Einheit großer Völker zu setzen, die, wenn ursprünglich durch Gewalt zustande gebracht, doch jetzt ein mächtiger Faktor der gesellschaftlichen Produktion geworden ist. — Der Gegensatz der Kommune gegen die Staatsmacht ist versehn worden für eine übertriebne Form des alten Kampfes gegen Überzentralisation. Besondre geschichtliche Umstände mögen die klassische Entwicklung der Bourgeoisregierungsform, wie sie in Frankreich vor sich gegangen, in andern Ländern verhindert, und mögen gestattet haben, daß, wie in England, die großen zentralen Staatsorgane sich ergänzen durch korrupte Pfarreiversammlungen (vestries), geldschachernde Stadträte und wutschnaubende Armenverwalter in den Städten und durch tatsächlich erbliche Friedensrichter auf dem Lande. Die Kommunalverfassung würde im Gegenteil dem gesellschaftlichen Körper alle die Kräfte zurückgegeben haben, die bisher der Schmarotzerauswuchs „Staat", der von der Gesellschaft sich nährt und ihre freie Bewegung hemmt, aufgezehrt hat. Durch diese Tat allein würde sie die Wiedergeburt Frankreichs in Gang gesetzt haben. — Die Mittelklasse der Provinzialstädte sah in der Kommune einen Versuch zur Wiederherstellung der Herrschaft, die sie unter Louis-Philippe über das Land ausgeübt hatte und die unter Louis Bonaparte verdrängt wurde durch die angebliche Herrschaft des Landes über die Städte. In Wirklichkeit aber hätte die Kommunalverfassung die ländlichen Produzenten unter die geistige Führung der Bezirkshauptstädte gebracht und ihnen dort, in den städtischen Arbeitern, die natürlichen Vertreter ihrer Interessen gesichert. — Das bloße Bestehn der Kommune führte, als etwas Selbstverständliches, die lokale Selbstregierung mit sich, aber nun nicht mehr als Gegengewicht gegen die, jetzt überflüssig gemachte, Staatsmacht. Es konnte nur einem Bismarck einfallen, der, wenn nicht von seinen Blut- und Eisenintrigen in Anspruch genommen, gern zu seinem alten, seinem geistigen Kaliber so sehr zusagenden Handwerk als Mitarbeiter am „Kladderadatsch" zurückkehrt — nur einem solchen Kopf konnte es ein-



Die Barrikade an der Place de la Concorde — die wohl strategisch wichtigste Barrikade der Kommune, die von den Tuilerien bis zur Rue de Rivoli ging

fallen, der Pariser Kommune eine Sehnsucht unterzuschieben nach jener Karikatur der alten französischen Städteverfassung von 1791, der preußischen Städteordnung, die die städtischen Verwaltungen zu bloßen untergeordneten Rädern in der preußischen Staatsmaschinerie erniedrigt. — Die Kommune machte das Stichwort aller Bourgeoisrevolutionen — wohlfeile Regierung — zur Wahrheit, indem sie die beiden größten Ausgabequellen, die Armee und das Beamtentum, aufhob. Ihr bloßes Bestehn setzte das Nichtbestehn der Monarchie voraus, die, wenigstens in Europa, der regelrechte Ballast und der unentbehrliche Deckmantel der Klassenherrschaft ist. Sie verschaffte der Republik die Grundlage wirklich demokratischer Einrichtungen. Aber weder „wohlfeile Regierung" noch die „wahre Republik" war ihr Endziel; beide ergaben sich nebenbei und von selbst.

Die Mannigfaltigkeit der Deutungen, denen die Kommune unterlag, und die Mannigfaltigkeit der Interessen, die sich in ihr ausgedrückt fanden, beweisen, daß sie eine durch und durch ausdehnungsfähige politische Form war, während alle früheren Regierungsformen wesentlich unterdrückend gewesen waren. Ihre wahres Geheimnis war dies: Sie war wesentlich eine *Regierung der Arbeiterklasse,* das Resultat des Kampfs der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.

Ohne diese letzte Bedingung war die Kommunalverfassung eine Unmöglichkeit und eine Täuschung. Die politische Herrschaft des Produzenten kann nicht bestehn neben der Verewigung seiner gesellschaftlichen Knechtschaft. Die Kommune sollte daher als Hebel dienen, um die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf denen der Bestand der Klassen und damit der Klassenherrschaft ruht. Einmal die Arbeit emanzipiert, so wird jeder Mensch ein Arbeiter, und produktive Arbeit hört auf, eine Klasseneigenschaft zu sein.

Es ist eine eigentümliche Tatsache: Trotz all des großen Geredes und der unermeßlichen Literatur der letzten sechzig Jahre über Emanzipation der Arbeiter — kaum nehmen die Arbeiter irgendwo die Sache in ihre eignen Hände, so ertönen auch sofort wieder die apologetischen Redensarten der Fürsprecher der jetzigen Gesellschaft mit ihren beiden Polen: Kapital und Lohnsklaverei (der Grundbesitzer ist jetzt nur noch der stille Gesellschafter des Kapitalisten), als lebte die kapitalistische Gesellschaft noch im Stande reinster jungfräulicher Unschuld, alle ihre Grundsätze noch unentwickelt, alle ihre Selbsttäuschungen noch unenthüllt, alle ihre prostituierte Wirklichkeit noch nicht bloßgelegt! Die Kommune, rufen sie aus, will das Eigentum, die Grundlage aller Zivilisation, abschaffen! Jawohl, meine Herren, die Kommune wollte jenes Klasseneigentum abschaffen, das die Arbeit der vielen in den Reichtum der wenigen verwandelt. Sie beabsichtigte die Enteignung der Enteigner. Sie wollte das individuelle Eigentum zu einer Wahrheit machen, indem sie die Produktionsmittel, den Erdboden und das Kapital, jetzt vor allem die Mittel zur Knechtung und Ausbeutung der Arbeit, in bloße Werkzeuge der freien und assoziierten Arbeit verwandelt. — Aber dies ist der Kommunismus, der „unmögliche" Kommunismus! Nun, diejenigen Leute aus den herrschenden Klassen, die verständig genug sind, die Unmöglichkeit der Fortdauer des jetzigen Systems einzusehn — und deren gibt es viele —, haben sich zu zudringlichen und großmäuligen Aposteln der genossenschaftlichen Produktion aufgeworfen. Wenn aber die genossenschaftliche Produktion nicht eitel Schein und Schwindel bleiben, wenn sie das kapitalistische System verdängen, wenn die Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln, sie damit unter ihre eigne Leitung nehmen und der beständigen Anarchie und den periodisch wiederkehrenden Konvulsionen, welche das unvermeidliche Schicksal der kapitalistischen Produktion sind, ein Ende machen soll — was wäre das andres, meine Herren, als der Kommunismus, der „mögliche" Kommunismus?

Die Arbeiterklasse verlangte keine Wunder von der Kommune. Sie hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen. Sie weiß, daß, um ihre eigne Befreiung und mit ihr jene höhre Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigne ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozessse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben. Im vollen Bewußtsein ihrer geschichtlichen Sendung und mit dem Heldenentschluß, ihrer würdig zu handeln, kann die Arbeiterklasse sich begnügen, zu lächeln gegenüber den plumpen Schimpfereien der Lakaien von der Presse wie gegenüber der lehrhaften Protektion wohlmeinender Bourgeoisdoktrinäre, die ihre unwissenden Gemeinplätze und Sektierermarotten im Orakelton wissenschaftlicher Unfehlbarkeit abpredigen.



Mitglied des Rates der Kommune war auch der Deutsche Leo Frankel, einer der zahlreichen Ausländer, die die Revolution mit trugen und hohe Funktionen ausübten ...

Als die Pariser Kommune die Leitung der Revolution in ihre eigne Hand nahm; als einfache Arbeiter zum erstenmal es wagten, das Regierungsprivilegium ihrer „natürlichen Obern", der Besitzenden, anzutasten, und, unter Umständen von beispielloser Schwierigkeit, ihre Arbeit bescheiden, gewissenhaft und wirksam verrichteten — sie verrichteten für Gehalte, deren höchstes kaum ein Fünftel von dem war, was nach einem hohen wissenschaftlichen Gewährsmann (Professor Huxley) das geringste ist für einen Sekretär des Londoner Schulrats —, da wand sich die alte Welt in Wutkrämpfen beim Anblick der roten Fahne, die, das Symbol der Republik der Arbeit, über dem Stadthause wehte.



Gefangene Kommunarden wurden in „Camps des deportes" konzentriert ...

Und doch war dies die erste Revolution, in der die Arbeiterklasse offen anerkannt wurde als die einzige Klasse, die noch einer gesellschaftlichen Initiative fähig war; anerkannt selbst durch die große Masse der Pariser Mittelklasse — Kleinhändler, Handwerker, Kaufleute —, die reichen Kapitalisten allein ausgenommen. Die Kommune hatte sie gerettet durch eine weise Erledigung jener immer wiederkehrdenden Ursache des Streits unter der Mittelklasse selbst, der Frage zwischen Schuldnern und Gläubigern. Derselbe Teil der Mittelklasse hatte sich 1848 bei der Unterdrückung des Arbeiteraufstandes vom Juni beteiligt; und unmittelbar darauf war er durch die konstituierende Versammlung ohne alle Umstände seinen Gläubigern zum Opfer gebracht worden. Aber dies war nicht der einzige Grund, weswegen er sich jetzt an die Arbeiter anschloß. Er fühlte, daß es nur noch eine Wahl gab: die Kommune oder das Kaisertum, gleichviel unter welchem Namen. Das Kaisertum hatte diese Mittelklasse ökonomisch ruiniert durch seine Verschleuderung des öffentlichen Reichtums, durch den von ihm großgezogenen Finanzschwindel, durch seine Beihülfe zur künstlich beschleunigten Enteignung eines großen Teils dieser Mittelklasse. Es hatte sie politisch unterdrückt, sie sittlich entrüstet durch seine Orgien, es hatte ihren Voltairianismus beleidigt durch Überlieferung der Erziehung ihrer Kinder an die „unwissenden Brüderlein", es hatte ihr Nationalgefühl als Franzosen empört, indem es sie kopfüber in einen Krieg stürzte, der für alle die Verwüstung, die er anrichtete, nur einen Ersatz ließ — die Vernichtung des Kaisertums. In der Tat, nach der Auswanderung der hohen bonapartistischen und kapitalistischen Zigeunerbande aus Paris trat die wahre Ordnungspartei der Mittelklasse hervor als die „Union républicaine", stellte sich unter die Fahne der Kommune und verteidigte sie gegen Thiers' absichtliche Entstellungen. Ob die Dankbarkeit dieser großen Massen der Mittelklasse die jetzigen schweren Prüfungen bestehn wird, bleibt abzuwarten.

Die Kommune hatte vollständig recht, als sie den Bauern zurief: „Unser Sieg ist eure Hoffnung!" Von allen den Lügen, die in Versailles ausgeheckt und von den ruhmvollen europäischen Preßzuaven weiterposaunt wurden, war eine der ungeheuerlichsten die, daß die Krautjunker der Nationalversammlung die Vertreter der französischen Bauern seien. Man denke sich nur die Liebe des französischen Bauern für die Leute, denen er, nach 1815, eine Milliarde Entschädigung zahlen mußte! In den Augen des französischen Bauern ist ja schon die bloße Existenz eines großen Grundbesitzers ein Eingriff in seine Eroberungen von 1789. Der Bourgeois hatte 1848 die Bodenparzelle des Bauern mit der Zuschlagsteuer von 45 Centimen auf den Franken belastet, aber er tat es im Namen der Revolution; jetzt hatte er einen Bürgerkrieg gegen die Revolution entzündet, um die Hauptlast der den Preußen bewilligten fünf Milliarden Kriegsentschädigung den Bauern aufzubürden. Die Kommune dagegen erklärte gleich in einer ihrer ersten Proklamationen, daß die wirklichen Urheber des Krieges auch dessen Kosten tragen müßten. Die Kommune würde dem Bauer die Blutsteuer abgenommen, ihm eine wohlfeile Regierung gegeben und seine Blutsauger, den Notar, den Advokaten, den Gerichtsvollzieher und andre gerichtliche Vampire, in besoldete Kommunalbeamte, von ihm selbst gewählt und ihm verantwortlich, verwandelt haben. Sie würde ihn befreit haben von der Willkürherrschaft des Flurschützen, des Gendarmen und des Präfekten; sie würde an Stelle der Verdummung durch den Pfaffen die Aufklärung durch den Schullehrer gesetzt haben. Und der französische Bauer ist vor allem ein Mann, der rechnet. Er würde es äußerst vernünftig gefunden haben, daß die Bezahlung des Pfaffen, statt von dem Steuereinnehmer eingetrieben zu werden, nur von der freiwilligen Betätigung des Frömmigkeitstriebs seiner Gemeinde abhängen solle. Dies waren die großen unmittelbaren Wohltaten, die die Herrschaft der Kommune — und sie nur — den französischen Bauern in Aussicht stellte. Es ist daher ganz überflüssig, hier näher einzugehn auf die verwickelteren wirklichen Lebensfragen, die die Kommune allein fähig und gleichzeitig gezwungen war, zugunsten des Bauern zu lösen — die Hypothekenschuld, die wie ein Alp auf seiner Parzelle lastete, das ländliche Proletariat, das täglich auf ihr heranwuchs, und seine eigne Enteignung von dieser Parzelle, die stets wachsender Geschwindigkeit durch die Entwicklung der modernen Ackerbauwirtschaft und die Konkurrenz des kapitalistischen Bodenbaus sich durchsetzte.

Der französische Bauer hatte Louis Bonaparte zum Präsidenten der Republik gewählt, aber die Ordnungspartei schuf das zweite Kaisertum. Was der französische Bauer wirklich bedarf, fing er an, 1849 und 50 zu zeigen, indem er überall seinen Maire dem Regierungspräfekten, seinen Schullehrer dem Regierungspfaffen und sich selbst dem Regierungsgendarmen entgegenstellte. Alle von der Ordnungspartei im Januar und Februar 1850 erlassenen Gesetze waren eingestandene Zwangsmaßregeln gegen die Bauern. Der Bauer war Bonarpartist, weil die große Revolution, mit all ihren Vorteilen für ihn, in seinen Augen in Napoleon verkörpert war. Diese Täuschung, die unter dem zweiten Kaisertum rasch am Zusammenbrechen war (und sie war ihrer ganzen Natur nach den Krautjunkern feindlich), dies Vorurteil der Vergangenheit, wie hätte es bestehn können gegenüber dem Appell der Kommune an die lebendigen Interessen und dringenden Bedürfnisse der Bauern?

Die Krautjunker — dies war in der Tat ihre Hauptbefürchtung — wußten, daß drei Monate freien Verkehrs zwischen dem kommunalen Paris und den Provinzen einen allgemeinen Bauernaufstand zuwege bringen würden. Dahr ihre ängstliche Eile, Paris mit einer Polizeiblockade zu umgeben und die Verbreitung der Rinderpest zu hemmen.

Wenn sonach die Kommune die wahre Vertreterin aller gesunden Elemente der französischen Gesellschaft war, und daher die wahrhaft nationale Regierung, so war sie gleichzeitig, als eine Arbeiterregierung, als kühne Vorkämpfer der Befreiung der Arbeit, im vollen Sinn des Worts international. Unter den Augen der preußischen Armee, die zwei französische Provinzen an Deutschland annexiert hatte, annexierte die Kommune die Arbeiter der ganzen Welt an Frankreich.

Das zweite Kaisertum war das Jubelfest der kosmopolitischen Prellerei gewesen, die Hochstapler aller Länder waren auf seinen Ruf herzugestürzt, teilzunehmen an seinen Orgien und an der Ausplünderung des französischen Volks. Selbst in diesem Augenblick noch ist Thiers' rechte Hand Ganesco, der walachische Lump, und seine linke Hand Markowski, der russische Spion. Die Kommune ließ alle Fremden zu zu der Ehre, für eine unsterbliche Sache zu fallen. — Zwischen dem durch ihren Verrat verlornen auswärtigen Krieg und dem durch ihre Verschwörung mit dem fremden Eroberer entzündeten Bürgerkrieg hatte die Bourgeoisie Zeit gefunden, ihren Patriotismus durch die Organisation von Polizeijagden auf die Deutschen in Frankreich zu betätigen. Die Kommune machte einen Deutschen zum Arbeitsminister. — Thiers, die Bourgeoisie, das zweite Kaisertum hatten Polen immerfort durch laute Verheißungen der Teilnahme getäuscht, während sie in Wirklichkeit es an Rußland verrieten und Rußlands schmutzige Arbeit verrichteten. Die Kommune ehrte die Heldensöhne Polens, indem sie sie an die Spitze der Verteidigung von Paris stellte. Und, um ganz unverkennbar die neue geschichtliche Ära zu bezeichnen, die sie einzuleiten sich bewußt war, warf die Kommune, unter den Augen, hier der siegreichen Preußen, dort der von bonarpartistischen Generalen geführten bonapartistischen Armee, das kolossale Symbol des Kriegsruhms nieder, die Vendôme-Säule.



Gustave Courbet — der berühmte Maler stand nicht nur in seiner Kunst auf der Seite der Revolution, er war auch Regierungsmitglied. Er starb im Exil ohne, wie von der offiziellen „Kunstgeschichte" oft behauptet wird, von der Kommune abgefallen zu sein.

Die große soziale Maßregel der Kommune war ihr eignes arbeitendes Dasein. Ihre besondern Maßregeln konnten nur die Richtung andeuten, in der eine Regierung des Volks durch das Volk sich bewegt. Dahin gehören die Abschaffung der Nachtarbeit der Bäckergesellen; das Verbot, bei Strafe, der bei Arbeitgebern üblichen Praxis, den Lohn herabzudrücken durch Auferlegung von Geldstrafen auf die Arbeiter unter allerlei Vorwänden — ein Verfahren, wobei der Arbeitgeber in einer Person Gesetzgeber, Richter und Vollstrecker ist und obendrein das Geld einsteckt. Eine andre Maßregel dieser Art war die Auslieferung von allen geschlossenen Werkstätten und Fabriken an Arbeitergenossenschaften, unter Vorbehalt der Entschädigung, gleichviel, ob der betreffende Kapitalist geflüchtet war oder aber vorzog, die Arbeit einzustellen.

Die finanziellen Maßregeln der Kommune, ausgezeichnet durch ihre Einsicht und Mäßigung, konnten sich nur auf solche beschränken, die mit der Lage einer belagerten Stadt verträglich waren. In Anbetracht der ungeheuren Diebstähle, begangen an der Stadt Paris durch die großen Finanzkompanien und Bauunternehmer unter Haussmanns Herrschaft, hätte die Kommune ein weit größeres Recht gehabt, ihr Eigentum zu konfiszieren, als Louis Bonaparte das der Familie Orléans. Die Hohenzollern und die englischen Oligarchen, die beide ein gutes Stück ihrer Besitzungen von geraubtem Kircheneigentum herleiten, waren natürlich höchst entrüstet über die Kommune, die aus der Säkularisation nur 8000 Franken profitierte.

Während die Versailler Regierung, sobald sie wieder zu etwas Mut und Stärke gekommen, die gewaltsamen Mittel gegen die Kommune anwandte; während sie die freie Meinungsäußerung über ganz Frankreich unterdrückte und sogar Versammlungen von Delegierten der großen Städte verbot; während sie Versailles und das übrige Frankreich einer Spionage, weit schlimmer als die des zweiten Kaisertums, unterwarf; während sie durch ihre Gendarmen-Inquisitoren alle in Paris gedruckten Zeitungen verbrannte und alle Briefe von und nach Paris erbrach; während in der Nationalversammlung die furchtsamsten Versuche, ein Wort für Paris zu verlautbaren, niedergeheult wurden in einer, selbst in der Junkerkammer von 1816 unerhörten Weise; während der blutdürstigen Kriegführung der Versailler außerhalb und ihrer Versuche der Bestechung und Verschwörung innerhalb Paris — hätte da die Kommune nicht ihre Stellung schmählich verraten, wenn sie alle Anstandsformen des Liberalismus, wie im tiefsten Frieden, beobachtet hätte? Wäre die Regierung der Kommune der des Herrn Thiers verwandt gewesen, es wäre ebensowenig Veranlassung dagewesen, Ordnungsparteiblätter in Paris wie Kommunalblätter in Versailles zu unterdrücken. (...)

Konferenz der Blockfreien in Delhi

Anklagen gegen die Supermächte

Die Konferenz der blockfreien Staaten in Delhi in der vergangenen Woche hat während ihrer Beratungen ein erschreckendes Bild von der Lage der Menschen in den vielen Ländern gegeben, die in vielerlei Hinsicht vom Imperialismus ausgebeutet werden.

In der Abschlußerklärung der Konferenz kritisieren die Staaten die weltweite Aufrüstungspolitik, besonders der Supermächte. Darin werden die Supermächte aufgefordert, das Wettrüsten zu stoppen, *„das mit immer größeren Zuwachsraten die knappen materiellen Ressourcen auf unserem Planeten aufbraucht, die ökologische Balance zerstört und viel von unserem wissenschaftlichen Talent für fruchtlose und zerstörerische Arbeit verschwendet“*.

Obwohl die „Bewegung der Blockfreien“ sehr uneinheitlich ist, Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung und auch Befreiungsbewegungen umfaßt, konnte sie sich auf verschiedene politische Ziele einigen. So wurde einheitlich der Kampf der Palästinenser unterstützt, ihr „heroischer Kampf“ für einen eigenen souveränen nationalen Staat unterstützt, und der Abzug der Israelis aus Jerusalem und den anderen besetzten Gebieten gefordert.

Die Aggressionspolitik des US-Imperialismus, vor allem in Mittelamerika, wurde verurteilt, wie auch der Abzug der fremden Truppen aus Kambodscha und Afghanistan verlangt. Scharf kritisiert wurde auch Südafrika, die Erklärung von Delhi verlangte auch endlich die Unabhängigkeit Namibias.

Daß diese Erklärung in vielen Formulierungen kompromißlerisch ist, war zu erwarten. Denn die Konferenz von Delhi, mit 70 Staats- und Regierungschefs und Abordnungen von insgesamt 101 Staaten, die immerhin zwei Drittel der UNO-Mitglieder repräsentieren, war bunt gemischt. Da kamen Präsidenten und Premiers, Könige und Militärherrscher, Scheichs und Prinzen, Emire sowie Führer von Revolutionsregierungen und Befreiungsbewegungen.

Genauso unterschiedlich sind die Verhältnisse in den vertretenen Ländern. 32 von ihnen gehören zu den ärmsten der Welt. Dort liegt das durchschnittliche Pro-Kopfeinkommen unter 420 Dollar pro Jahr, im Königreich Buthan z.B. bei nur 80 Dollar. Vertreten sind aber auch die Ölemirate. Zum Vergleich, das Pro-Kopfeinkommen liegt in Kuwait oder Saudi Arabien liegt bei 26850 Dollar. Das sind natürlich nur statistische Durchschnittswerte, arm und reich gibt es auch in diesen Ländern, nicht nur ausschließlich Reiche oder Arme.

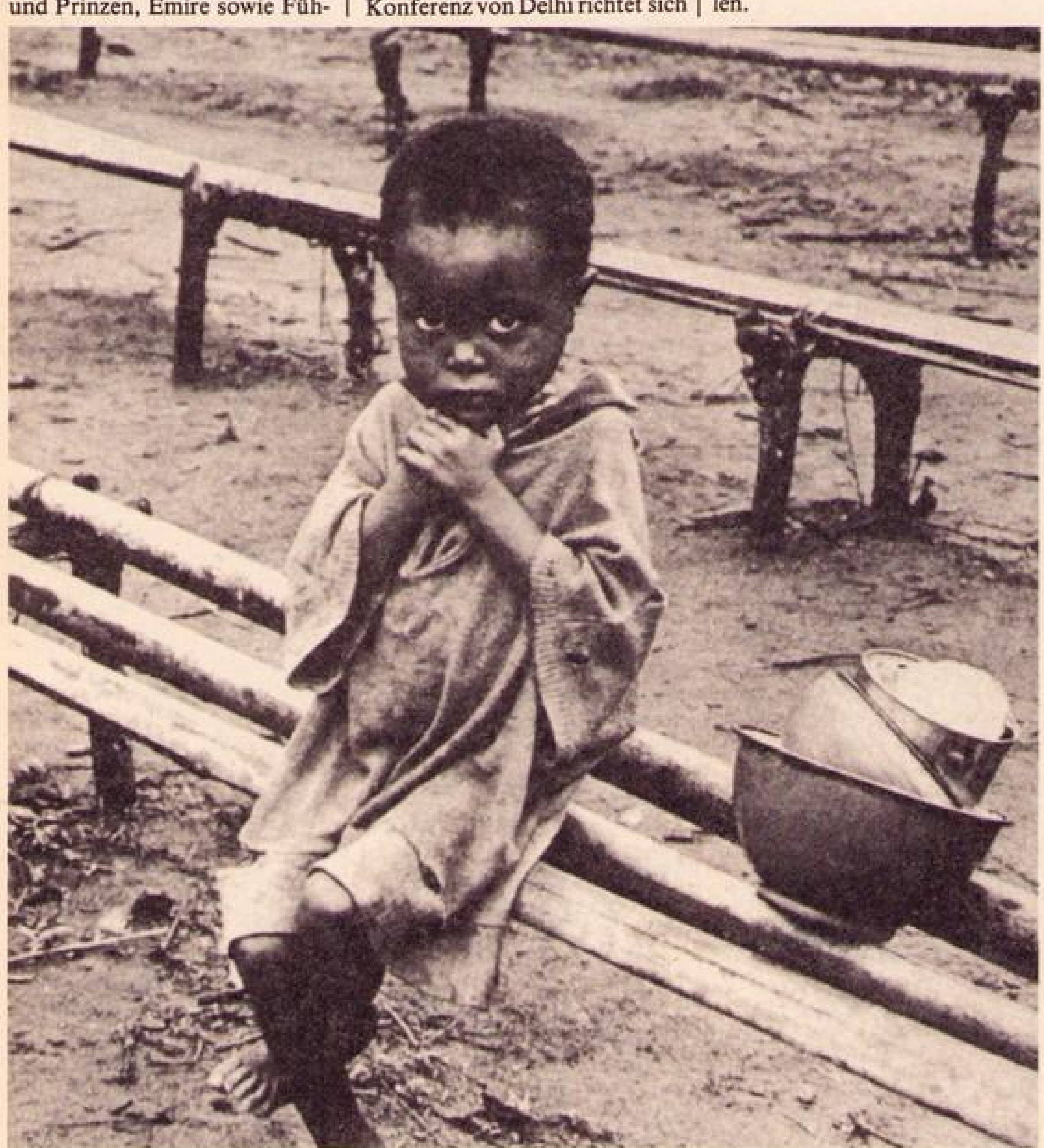
Die wirtschaftliche Situation der meisten Menschen in den vertretenen Staaten, in denen jährlich 40 Millionen Menschen an Hunger sterben, in denen jedes vierte Kind nicht das fünfte Lebensjahr erreicht, war eines der Hauptthemen der Konferenz.

Die nicht paktgebundenen Staaten sind mit weit über 600 Milliarden Dollar verschuldet, die weltweite Wirtschaftskrise, der sinkende Ölpreis verschärfen das Elend vieler Staaten täglich.

Die Hauptkritik auf der Konferenz von Delhi richtet sich gegen die vom westlichen Imperialismus kontrollierten Institutionen Weltbank und Internationaler Währungsfond (IWF). Die wirklich ruinöse Abhängigkeit vieler Staaten von diesen Institutionen charakterisierte der sicherlich prowestlich eingestellte Präsident von Sri Lanka Richard Jayawardene. Er sagte, man solle über Weltbank und Internationalem Währungsfond Schilder aufhängen: „Laß alle Hoffnung fahren, wenn du hier eintrittst.“

Konkret kritisierten und prangerten die Vertreter vieler Staaten in Delhi den Preisverfall von Rohstoffen bei gleichzeitigem scharfen Preisanstieg für zu importierende Industriegüter an. „All dieses brachte viele Länder an den Rand des Desasters“, hieß es. Weiterhin stellten die Konferenzteilnehmer neben der Rekordverschuldung auch die enorme Abnahme des Handels und der Hilfe zwischen Industrienationen und anderen fest.

Aus all dem wurden verschiedene Schlüsse gezogen. Neben der Forderung, protektionistische Maßnahmen der großen Industrienationen, die den Handel mit den armen Ländern erschweren, abzubauen, stand ein „Moratorium“ von Weltbank und Internationalem Währungsfond zur Diskussion. Zeitweiliger, oder wie es auch von einigen Staaten gefordert wurde, ein totaler und endgültiger Schuldenerlaß an die Entwicklungsländer, sind gerechte Forderung der seit Jahrhunderten ausgebeuteten Länder, die mit der Konferenz von Delhi, bei allen oft sehr moderat angeschlagenen Tönen und den verschiedenen Kompromissen ihr Selbstvertrauen demonstrierten, und sich nicht länger als Spielball der Supermächte behandeln lassen wollen.



40 Millionen Menschen sterben jährlich in den armen Ländern der Welt an Hunger



Nicht als „Oberhirte der Katholiken“ wurde Papst Paul von der sandinistischen Regierung Nicaraguas empfangen. Er galt als „Staatsgast“ wie jeder andere, und wurde mit militärischen Ehren empfangen.

Papst-Reise durch Mittelamerika

Abfuhr für den „Heiligen Vater“

Während die US-Regierung immer schärfere Töne anschlägt, die offenen Kriegsdrohungen gegen Nicaragua und die Befreiungsbewegungen in den anderen mittelamerikanischen Ländern verstärkt, reist Papst Johannes Paul in diese spannungsgeladene Region, um die Menschen mit ihren Unterdrückern und Feinden zu versöhnen.

Die Reise in das Gebiet, in dem die Mehrheit der Menschen katholisch ist, war aber eine große Pleite für den Chef des Vatikans.

Neben den üblichen reaktionären Predigten des Papstes, er wiederholte seine Kritik an der Empfängnisverhütung, mahnte außerehelichen Verkehr zu meiden, und schalt die Scheidung als „gegen den Willen Gottes gerichtet“, zeigte er vor allem im Umgang mit den Diktatoren und Unterdrückern verschiedener Staaten sein wahres Gesicht.

Beim Besuch in El Salvador wurde er feierlich von der gesamten Herrscherclique begrüßt. Und da stand neben dem Präsidenten Magana der Exgeheimdienstchef und Kopf der berüchtigten Terrororganisation "Orden" Roberto d'Aubisson, Chef der ultrarechten Arena Partei. Herzlich begrüßte Papst Paul diesen Mann, der, was sogar US-Geheimdienste bestätigen — den Befehl zur Ermordung des fortschrittlichen Erzbischofs Oscar Romero gegeben hat. In San Salvador sagte der Papst dann auch deutlich, was Priester nicht dürften, was Romero aber immer praktiziert hatte: *„Ihr seid keine sozialen und politischen Führer oder Funktionäre einer zeitgebundenen Macht, ihr habt der Sache der Armen zu dienen“*. Dabei dürfen *„ideologische oder militante Erwägungen“* keinen Einfluß haben.

Diese Rede vor Priestern war eine offene Kampfansage an all die Kräfte aus der katholischen Kirche, die sich in Mittelamerika der nationalen und sozialen Befreiung der Völker verpflichtet sehen.

In Nicaragua wurde dem Oberhirten dann aber schnell klargemacht, auf wessen Seite die Armen stehen, wen auch die Katholiken in Mittelamerika akzeptieren. Mehr als eine halbe Million Menschen waren zu einer feierlichen Messe nach Managua gekommen. Der Papst, der schon früher und hier wieder die „Volkskriche“ kritisierte, deren Vertreter immerhin vier Minister in Nicaragua stellen, wurde immer wieder von Sprechchören unterbrochen.

Immer wieder forderten die Versammelten, daß „die Kirche an die Seite der Armen“ gehöre, kritisierten sie in Parolen die Interventionsabsichten der USA. Papst Paul zeigte, wie er zu seinen aufsässigen „Schafen“ steht, brüllte mehrmals die Versammelten an, verlangte „Ruhe“ und forderte „Einheit“ der Kirche, um dem Materialismus entgegentreten zu können.

Neben diesen offenen Auseinandersetzungen mit den Katholiken des Landes benutzte der Papst seinen Aufenthalt in Nicaragua auch dazu, mehrmals die katholischen Priester, die in der Regierung oder anderen Ämtern der Revolutionsregierung arbeiten, zum Rücktritt aufzufordern. Ohne jeglichen Erfolg, eher erreichte er das Gegenteil. Ein nicaraguanischer Jesuit meinte nach dem Besuch: „Der Papst begreift gar nicht den Schaden, den er angerichtet hat.“ Sandinistische Sprecher äußerten nach dem Besuch, der Papst habe auch nach seinem Aufenthalt in Nicaragua nichts von der Revolution im Lande begriffen, und sie warfen ihm vor, nicht ein Wort des Mitleids für die im Kampf gegen konterrevolutionäre Banden gefallenen Milizsoldaten gefunden zu haben.

Beim Besuch in Guatemala, wo der rechtsradikale Diktator Rios Montt kurz vor dessen Besuch dem Papst durch die Hinrichtung von sechs Befreiungskämpfern seine Macht und Entschlossenheit demonstrierte, war nicht ein Wort der Kritik von Papst Paul zu hören. Ein Gespräch mit dem Massenmörder, der auch viele Priester und Nonnen ermorden ließ, nicht weil sie Ideologen gewesen sind, sondern mit den Armen gearbeitet hatten, wurde nicht mit einer einzigen Äußerung aus der Begleitung des Papstes kommentiert.

So blieb nach der Papst-Reise die „römische Amtskirche“ für die Menschen in Mittelamerika das, was sie immer war, was landläufig so ausgedrückt wird:

„Patron, Polizei, Pater — die Dreifaltigkeit der Macht“.

Meldungen

Flick auf italienisch

Der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Mineralölgesellschaft Esso Italiana, Vincenzo Cazzangia ist jetzt zu zwei Jahren Haft verurteilt worden. Er hatte sich der Korruption schuldig gemacht, indem er zwischen 1967 und 1972 Millionenbeträge von Ölgesellschaften dazu gebraucht hatte, um sich vorteilhafte Gesetze und Preise zu erkaufen.

Die Affäre hatte in Italien schon zu einer Gesetzesänderung geführt, die die Parteien zwingt, ihre Spenden-Bilanzen offenzulegen. Aber dafür wurde gleichzeitig die Finanzierung der Parteien durch öffentliche Gelder sichergestellt.

In der Korruptionsaffäre gab es ursprünglich vierzig weitere Angeklagte, vor allem aus den Chefetagen von Mineralölkonzernen und Finanzgesellschaften. Sie alle wurden freigesprochen. Und Signore Cazzangia erhielt natürlich Bewährung.

Diskriminierung in Belgien

BRÜSSEL. — Die belgische Rechts-Regierung hat jetzt einen ganzen Katalog von Maßnahmen erlassen, mit denen sie gegen die Ausländer in Belgien vorgehen will.

So können Ausländer aus Nicht-EG-Ländern demnächst nur noch über bestimmte, besonders gut ausgebaute Grenzübergänge nach Belgien einreisen. Für Marokkaner, Algerier, Tunesier und Angehörige vieler afrikanischer Staaten, die aus den früheren Kolonialzeiten Belgiens viele Verbindungen dorthin haben, gilt ab 1. März Visumspflicht.



Die „EG-Hauptstadt“ Brüssel

Ferner wurde angekündigt, daß es den Gemeinden im Brüsseler Raum demnächst ermöglicht werden soll, die Eintragung von ausländischen Arbeitern zu verweigern und die finanzielle Unterstützung von Ausländern von sich aus zu beschränken.

Eine weitere Maßnahme ist die Verschärfung der Bedingungen für Familienzusammenführungen. Bisher lag die Grenze für den Zuzug von Familienmitgliedern bei 21 Jahren, sie soll jetzt jedoch auf 18 Jahre herabgesetzt werden. Um den neuen Regelungen und Absichten gehörig Nachdruck zu verleihen, kündigte der Justizminister Jean Gol an, daß jeder, der sich nicht an die neuen Regelungen halte, von der Sozialversicherung ausgeschlossen werde.

Die Maßnahmen gelten alle nicht für Ausländer aus EG-Staaten. Sie betreffen vor allem die vielen Nordafrikaner, die in Belgien leben. So gesehen ist es stark untertrieben, wie sich die sozialdemokratische Opposition geäußert hat. Sie sieht nur „einen Hauch von Rassismus“.

Meldungen

3963 Ausbürgerungen

In der Türkei haben die Junta-Generäle seit dem Militärputsch vom September 1980 genau 3963 Menschen die Staatsbürgerschaft aberkannt. Die meisten waren aufgrund ihrer politischen Meinung in die Emigration gezwungen worden. Bekanntester Ausgebürgerter ist der türkische Filmemacher Yilmaz Güney, der im vergangenen Jahr für seinen Film „Yol" bei den Filmfestspielen in Cannes die „Goldene Palme" für den besten Film erhielt. Er war während eines Gefängnisurlaubs aus der Türkei geflohen.

Nasim Hikmet — Verleumdung?

Die Schauspielerin Isik Yenersu wurde jetzt in Ankara vor Gericht gestellt. Anklagepunkt ist „Verleumdung der Türkei". Das „Verbrechen" der 40jährigen Schauspielerin: Sie hatte im vergangenen Dezember in Paris bei einer Gedenkfeier zum 80. Geburtstag des türkischen Dichters Nasim Hikmet aus Werken des Verstorbenen gelesen.

Mindestens 58 Kinder im Gefängnis

Die Kinderhilfsorganisation „terre des hommes" hat jetzt einen Brief an die Botschaft der Türkei in Bonn geschickt, in dem sie Aufklärung über das Schicksal von 58 Kindern und Jugendlichen fordert, die nach Informationen von „terre des hommes" im Gefängnis von Diyarbakir sitzen und dort auch gefoltert werden.

Schon vor Monaten hat der aus der Türkei geflüchtete Rechtsanwalt Kaya von diesen Fällen berichtet, „terre des hommes" hat zu all den Fällen jetzt auch die juristischen Aktenzeichen herausbekommen und konnte außerdem nachweisen, daß es sich bei den Verfahren gegen die Kinder und Jugendlichen um Massenaburteilungen gehandelt hat.

Bisher schwerstes Grubenunglück in der Türkei

96 Bergleute starben

Völlig unzureichende Sicherheitsvorkehrungen

Am 7. März starben bei einem Grubenunglück in der Nordtürkei 96 Bergleute. Die Schlagwetterkatastrophe im Bezirk Vilaget hat weitere 89 Kumpel zum Teil schwer verletzt. Die ersten Nachrichten, die aus dem Land, trotz der geknebelten Presse, kamen, zeigen deutlich, wie schlecht und unzureichend die Sicherheitsvorkehrungen sind, wie elend die Lage und wie groß die Not der Arbeiter in der Türkei ist.

Zwei Schlagwetterexplosionen hatten zum Einsturz eines Stollens in etwa 400 Meter Tiefe geführt. Zur Zeit der Explosion hielten sich über 400 Kumpel in der Grube auf. Für 96 von ihnen gab es keine Rettung mehr, wieviele der Verletzten überleben werden, ist noch nicht abzusehen.

Die große Empörung über dieses Unglück, die auch von türkischen Zeitungen vermeldet werden mußte, liegt an den schon lange bekannten mörderischen Bedingungen, unter denen Bergleute in der Türkei arbeiten müssen.

Allein in diesem Bergwerk, der Armutcuk-Mine, war es schon mehrmals zu ähnlichen Unfällen gekommen, bei denen schon 63 Menschen starben.

Ein geretteter Arbeiter berichtet von den Zuständen und der Arbeitshetze im Bergwerk: *„Wir werden während der Arbeit unterdrückt, von Sicherheitsingenieuren, von Meistern und Kontrolleuren. Es kommen unter Tage auf einen Sicherheitsbeauftragten zehn Arbeiter. Die zwingen uns, die Produktion zu erhöhen und erhalten dafür Prämien. Und am Ende erlebt man solche Ereignisse.*

Die meisten Ingenieure kommen selber gar nicht in den Schacht. Die holen sich ihre Informationen per Telefon und geben dann ihre Befehle durch."



Die Opfer der mörderischen Arbeitsbedingungen.



Trauernde Angehörige



Einer der geretteten Bergleute.

In einer Erklärung sagten türkische Gewerkschaften, daß die Türkei die höchste Rate von tödlichen Bergbauunfällen zu verzeichnen habe, was hauptsächlich auf Fahrlässigkeit bei der Überprüfung und Beachtung der Sicherheitsvorkehrung zurückzuführen sei.

In der Türkei sind — allein schon nach der regierungsamtlichen Statistik — in den letzten zehn Jahren insgesamt 660 Menschen ums Leben gekommen. **Die Profitsucht der Kapitalisten, denen hohe Förderquoten allemal wichtiger sind als das Leben und die Gesundheit der Arbeiter, hat die 96 türkischen Kollegen auf dem Gewissen.**

Putschgerüchte in Griechenland

Die alten Militärs werden frech

In den letzten Februar- und ersten Märztagen kamen in Griechenland immer wieder Gerüchte über einen bevorstehenden Militärputsch auf. Spontane große Demonstrationen in vielen Städten fanden daraufhin statt. Denn die Gerüchte entbehren keineswegs — wie es die bürgerliche Presse weismachen will — jedweder Grundlage. So verhandelt die griechische Regierung zur Zeit über die Verlängerung von Abkommen, die der US-Militärflotte Stützpunkte in Griechenland sichert, und auf der anderen Seite werden die alten Generäle, zum großen Teil getreue Diener der letzten Junta, immer frecher.

Am 27. Februar haben die Putschgerüchte für erhebliche Unruhe gesorgt. Vor allem ein sogenanntes Dementi des Regierungssprechers konnte die Leute nicht beruhigen, die noch in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar in Saloniki und Athen auf die Straße gingen und Spruchbänder mit sich führten, auf denen stand: **„Nein zu einem neuen Putsch!"**, **„Nieder mit dem Faschismus"**. Im regierungsoffiziellen Dementi, das über alle Rundfunk- und Fernsehsender verbreitet wurde, hieß es zwar, es gäbe keinen Putschversuch, jedoch mußte zugegeben werden, daß Polizei, Gendarmerie und Streitkräfte in der Hauptstadtprovinz Attika und in Makedonien, Nordgriechenland, in Alarmbereitschaft versetzt worden seien.

Vorrausgegangen waren diesen dramatischen Ereignissen Beschwerden und Eingaben verschiedener hoher Offiziere. Beim Verteidigungsministerium haben sich führende Militärs über eine angeblich beunruhigende Zunahme „kommunistischer und anarchistischer Infiltration" in den Streitkräften beklagt. Hohe Offiziere sollen sich auch über zunehmende Politisierung der Armee und die Bildung von linksgerichteten Soldatenräten beschwert haben.

Anfang März haben 16 Generäle der griechischen Regierung ihren Rücktritt erklärt. Zwar behauptet die Regierung, die Rücktritte seien turnusmäßig erfolgt, aber ein Regierungssprecher mußte auch „eine gewisse Unruhe unter kleineren Ausmaßes" in der Armee bestätigen.

Von wem diese „Unruhe" ausgeht, wird ganz deutlich, schaut man sich an, gegen wen und was sich die Militärs bei ihren Eingaben wenden. Es sind wieder linke und fortschrittliche Kräfte, die unterdrückt werden sollen. Es mußte auch so kommen, denn weder die vorherige Regierung des Konservativen Karamanlis noch der Führer der Panhellinistischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) Papandreou, dessen Partei mit absoluter Mehrheit regiert, haben ernsthaft den Staat oder die Armee von den Schuldigen und Sympathisanten der letzten Offiziersjunta gesäubert.

Und der Zeitpunkt, zu dem die alten faschistischen Militärs wieder frech werden, ist auch kein Zufall.

Die Regierung in Athen verhandelt zur Zeit mit den USA über die Militärstützpunkte in Griechenland. Vor allem für die US-Marine, die 6. Flotte im Mittelmeer, ist das von großer Bedeutung.

Papandreou ist dabei aber in großen Schwierigkeiten. Die Wahlen von 1981 hat er und seine PASOK vor allem mit scharfen antiamerikanischen Parolen und dem Versprechen „Raus aus der NATO" gewonnen. Er steht jetzt natürlich unter einem großen Druck der Bevölkerung. Diesem Druck nicht nachzugeben, das ist ganz deutlich die Warnung, die die Generäle ausgesprochen wollten.

Aber das Volk denkt da anders. Erst am vergangenen Montag abend haben griechische Frauen aus Anlaß des Internationalen Frauentages in Athen, Saloniki, Larrissa und auf der Insel Kreta zu Tausenden gegen die US-Militärstützpunkte demonstriert.

Westdeutsches Geld in aller Welt



Das nebenstehende Schaubild stammt aus den Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaft, Brüssel. Die Entwicklung der Gesamtausfuhr, also des Außenhandels der wichtigsten Industriestaaten ist in der Einheit Millionen ECU angegeben. ECU ist eine Rechnungseinheit der Europäischen Gemeinschaft. 1 ECU entspricht ca. 2,49 DM. Demnach könnte man die Werte in Millionen DM durch eine einfache Multiplikation mit 2,49 herausbekommen.

Dennoch sind weniger die absoluten Zahlen interessant, die ja auch nur bis 1980 errechnet sind, als vielmehr die Verhältnisse und Anteile.

So hat das „Europa der Zehn", im oberen Teil des Schaubilds dargestellt, einen Anteil von 35 Prozent am gesamten Außenhandel der Welt, der hier erfaßt wurde zwar mit der Sowjetunion, aber ohne die anderen Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

Von diesem dicken Brocken der EG-Länder hält die Bundesrepublik Deutschland unangefochten von Konkurrenten fast ein Drittel, oder 10,1 Prozent der Gesamtsumme.

Außenhandel: Entwicklung der Gesamtausfuhr

	Land	1976	1977	1978	1979	1980 Mio ECU	1980 %		Land
	EUR 10	**294 946**	**335 200**	**362 314**	**421 706**	**478 784**	**35,0**		**EUR 10**
1	BR Deutschland	91 155	103 316	111 340	125 243	138 787	10,1	1	BR Deutschland
2	Frankreich	49 915	55 667	60 118	71 510	80 150	5,9	2	Frankreich
3	Italien	33 504	39 688	43 942	52 615	56 115	4,1	3	Italien
4	Niederlande	36 149	38 283	39 292	46 434	53 184	3,9	4	Niederlande
5	Belgien }	29 340	32 891	35 204	41 033	46 459	3,4	5	Belgien
6	Luxemburg }							6	Luxemburg
7	Ver. Königreich	41 458	50 276	56 090	66 042	82 063	6,0	7	Ver. Königreich
8	Irland	2 992	3 852	4 459	5 222	6 101	0,5	8	Irland
9	Dänemark	8 139	8 816	9 224	10 766	12 195	0,9	9	Dänemark
10	Griechenland	2 295	2 411	2 645	2 841	3 728	0,3	10	Griechenland
11	Spanien	7 806	8 942	10 250	13 276	14 956	1,1	11	Spanien
12	Portugal	1 618	1 772	1 905	2 543	2 503	0,2	12	Portugal
13	Türkei	1 737	1 526	1 789	1 804	1 974	0,2	13	Türkei
14	Norwegen	7 073	7 635	7 878	9 815	13 281	1,0	14	Norwegen
15	Schweden	16 472	16 724	17 048	20 087	22 207	1,6	15	Schweden
16	Schweiz	13 254	15 371	18 336	19 317	21 272	1,6	16	Schweiz
17	Österreich	7 584	8 578	9 518	11 257	12 475	0,9	17	Österreich
18	Finnland	5 693	6 730	6 710	8 134	10 166	0,7	18	Finnland
19	UdSSR	33 244	35 575	40 975	47 245	55 305	4,0	19	UdSSR
20	Ver. Staaten	102 855	105 303	112 732	132 639	158 515	11,6	20	Ver. Staaten
21	Kanada	34 554	36 419	36 213	40 807	46 641	3,4	21	Kanada
22	Japan	60 123	70 800	76 593	75 225	93 290	6,8	22	Japan
	Welt (a)	**835 600**	**930 500**	**962 300**	**1 133 200**	**1 368 900**	**100**		**Welt (a)**

(a) Ohne Staatshandelsländer, jedoch einschl. UdSSR.

Peter Knorr Hans Traxler **BIRNE** Das Buch zum Kanzler Zweitausendeins

Wohl alle „Roter-Morgen"-Leser hätten sich gefreut, wenn wir das hier besprochene Buch als eine Erinnerung an die vergangene „Ära Kohl" empfehlen könnten. Es ist am 6. März leider anders gekommen, das Buch bleibt aktuell, wichtig auch einige Anmerkungen zur „Birne-Kampagne", die von den „Titanic"-Leuten Peter Knorr (Texte) und Hans Traxler (Illustrationen) so erfolgreich gestartet wurde.

Das großformatige „Buch zum Kanzler", wie ein gutes altes Kinderbuch in massive Pappdeckel eingebunden, mit großer Schrift und bunten Bildern ausgestattet, ist die Zusammenfassung und Erweiterung der vielen Birne-Geschichten aus dem Satire-Blatt „Titanic". Viel Witziges, Hämisches über Birne findet sich darin. Unter anderem auch ein kleiner Dokumentenanhang über den rasanten Anstieg des Begriffs Birne für Kohl, die Übernahme durch andere Karikaturisten, durch „Spiegel"-Titelblattmacher und den Eingang dieses Begriffs in den Wortschatz vieler Leute.

Was einen — spätestens nach dem 6. März — bedenklich stimmen muß, ist die doch starke intellektuelle Überheblichkeit, die hinter dieser Satirewelle steckt. „Birne"-Kohl immer nur und ausschließlich als Dummerchen, Blödian und Marionettenfigur anderer hinzustellen, erinnert fatal an die Anti-Lübke-Kampagne vor Jahren. Damals war der sauerländische Bundespräsident auch in ähnlicher Weise von linken Satirikern angegangen worden. Als später enthüllt wurde, daß dieser sauerländische Einfaltspinsel auch KZ-Baumeister war, aktiver Helfer der Nazi-Massenmörder, war dem entschiedenen Protest gegen diesen Mann die Spitze genommen: „Der ist sowieso nur blöd", so hieß es oft.

Ähnliche Gefahren birgt die „Birne"-Kampagne von „Titanic". Sie führt einfach zu einer gewaltigen Unterschätzung des gefährlichen reaktionären politischen Potentials auch in der Person Kohls.

Auch auf politische Satire läßt sich ein Satz des italienischen Theatermachers Dario Fo anwenden, der ein Lachen fordert, bei dem die Wut im Bauche bleibt. Vielleicht eine Anregung für Peter Knorr und Hans Traxler.

Trotzdem empfehlenswert bei kritischem Lesen: **Birne — Das Buch zum Kanzler, Verlag Zweitausendeins, Preis 12,— DM.**

Hier eine Leseprobe:

Birne und die Arbeitslosen

Besonders schlimm sind die Arbeitslosen. Wollen wir überhaupt von ihnen sprechen? Sie machen solche Probleme. Birne kann manchmal gar nicht schlafen deshalb. Jedenfalls nicht, wenn er gerade aufgestanden ist und die Kaffeemaschine so einen Krach macht. O, diese Sorgen!

Aber Birne verliert den Mut nicht. Wenn die Arbeitslosen schon keine Arbeit finden, dann findet er doch schöne Worte für sie.

»In diesen harten Zeiten«, sagt er, »müssen wir alle zusammenstehen.«

Und so geschieht es. Die Arbeitslosen stehen alle zusammen vor dem Arbeitsamt. Es werden immer mehr. Da stehen ja die richtigen beieinander! Sie scheinen ärgerlich. Warum nur? Birne ist doch ihr Freund. Er macht sich Sorgen. Wie soll es weitergehen? Birne weiß Rat.

»Wir sollen nicht nur alle zusammenstehen«, sagt er, »wir müssen auch alle Opfer bringen!«

Jetzt aber los! Beifall soll aufbranden! Jubelrufe! Hoch-lebe-Birne-Geschrei!

Hallo? Hallo? Wir hören nichts. Wieso brandet hier kein Beifall auf? Jubelrufe? Hoch-lebe-Birne-Geschrei? Brandet doch sonst immer auf, wenn Birne sowas im Bundestag sagt.

Ganz schön frech, die Leute. Nun wird Birne langsam ärgerlich. Er will eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Aber schau sich doch einer diese griesgrämigen Gesichter an.

Schicksale! Schicksale! Klar. Jeder hat sein Schicksal, je nachdem , wie es ausfällt. Das muß man dulden. Birne duldet seines ja auch. In einem Land, in dem einer wie Birne Kanzler werden kann, kann jeder werden, was er will. Und wenn jemandem sein Schicksal nicht paßt, dann muß er sich eben dagegen wehren! Aber bitte:

Wer sich nicht wehren kann, muß fühlen. Kürzen wir eben die Arbeitslosenunterstützung. Wolln doch mal sehen, ob das nicht hilft!

Da ist Birne mal richtig energisch geworden. Bravo Birne! Kraftvoll und mächtig. Und weise. Weil sparsam zum Wohle des Ganzen.

Und dennoch verläßt der verantwortungsvolle Staatsmann die Arbeitslosen und ihre Probleme nur sorgenvoll und schweren Herzens. Fühlt er doch und weiß um die Nöte der Menschen auch und gerade, wenn eine Fernsehkamera läuft. Und seht, da läuft sie auch schon.

Widerborstiges aus Nassenhausen

BIERMÖSL BLOSN

Man könnte der Meinung sein, der westdeutschen Kabarett- und Kleinkunstszene müsse jetzt echt der große Aufschwung bevorstehen. Unter der schwarzen Regierung in Bonn werden viele unter den Bedingungen arbeiten, die ihre Berufskollegen in Bayern schon lange haben. Und die bayerische Kleinkunstszene bringt in den letzten Jahren Erstaunliches hervor.

Bekannt ist Gerhard Polt, Kabarettist, der mit großer Genauigkeit Spießbürgertum und Untertanengeist darstellt. Da gibt es Sigi Zimmerschied aus Passau, der in den niederbayerischen CSU-Hochburgen Arroganz und Machtmißbrauch aufs Korn nimmt. Und die Gebrüder Well, mittlerweile auch schon recht bekannt unter dem Namen Biermösl Blosn.



Die Biermösl Blosn (v.r.n.l.): Michael (Mike) Well: *Bariton-Tuba, Banjo, Blockflöte, Drehleiher;* Christoph (Stopherl) Well: *Trompete, Harfe, Mandoline, Dudelsack, Tuba, Hackbrett, Blockflöte;* Hans(I) Well: *Gitarre, diatonische Harmonika, Kaiserbariton.*

Traditionelle bayerische Volksmusik, wie man sie aus dem dortigen Rundfunk, von Heimatabenden in Touristendörfern kennt, verbindet man immer mit mehr oder weniger echt empfundenen idyllischen Inhalten. Provinzielles, schwülstiges, derbes und deftiges erwartet man gemeinhin.

Tritt nun eine solche Gruppe wie die Biermösl-Blosn auf, spielt bekannte bayerische Volksmusik in einer Qualität, der sogar Musikkritiker hohe Bewunderung zollen, und stellen alles von den Texten und Inhalten erwartete völlig auf den Kopf, so löst das nicht nur in Bayern Irritationen aus.

Das genau ist die Stärke und die Einmaligkeit der Gruppe „Biermösl Blosn". Die Brüder Michael, Christoph und Hans Well, drei von 15 Kindern des Schulmeisters und Volksmusikanten Well aus Nassenhausen im Landkreis Fürstenfeldbruck verbinden die bayerische Volksmusik mit bitteren, widerborstigen oder linken Texten. An Funk und Fernsehen vorbei werden sie immer bekannter, können alle Auftrittswünsche gar nicht mehr erfüllen, und schaffen es sogar nördlich der weiß-blauen Grenzpfähle große Säle zu füllen.

So verscherzen sie es sich immer mehr mit vielen bayerischen Amts- und Würdenträgern, handelten sich Rundfunk- und Fernsehsperren ein und gewinnen trotzdem immer mehr Zuhörer.

Beim traditionellen Starkbieranstich im Landkreis Fürstenfeldbruck 1981 tragen sie, bei Anwesenheit der Minister Hillermeier und dessen Vorgänger Tandler ein Lied zu den Nürnberger Massenverhaftungen vor. Der Schlußrefrain lautete: *„Mia lem net d' Südamerika, mia lem im Bayernland / Und insa Liberalitis, de war moi guat bekannt / Wer zerscht zuaschlogt, und dann erscht frogt, der duat gor nia koa Guat / Und drum es zwoa Minister, saufts aus, und nemmts an Huat.*

Auch mit Franz Josef Strauß können sie's nicht gut. Hier eine Stelle aus dem Haifisch-Lied: *„Und der Haifisch, der hat Zähne / und die trägt er im Gesicht / und Franz Josef ist ein Haifisch / doch beweisen kann man's nicht.* Die Folgen solcher kritischen Texte sind in Bayern schnell da: Radio- und Fernsehen schweigen die Well-Brüder tot. Doch was machen die, sie schreiben ein Rundfunklied: *‚Oba mia da Rundfunkrat, und oba dem da Bayerischen Staat / und oba dem geht nix mehr naus, und ganz obn drom, do sitzt da Strauß".*

Aber auch mit dem Bauernverband und den großen Genossenschaften wie der im Süden allmächtigen BayWa legten sich die Biermösl Blosn an. Zur Melodie der amtlichen Bayerischen Nationalhymne singen sie: *„Gott mit dir, du Land der BayWa, deutscher Dünger aus Phosphat, über deinen weiten Fluren liegt Chemie von früh bis spaat. Und so wachsen deine Rüben, so ernährest du die Sau, Herrgott, bleib dahoam im Himmel, mir ham Nitrophoska-blau".* Dagegen legte der Bayerische Bauernverband „schärfsten Protest" bei der Staatsregierung ein, die etwas unternehmen solle. Die allerdings weigerte sich, weil sonst „mehr Kabarettisten zu ähnlichem Tun versucht werden könnten".

Mit den auszugsweise zitierten Liedern haben wir immer noch nur einen Teil des breiten Repertoires der Biermösl Blosn dargestellt. Es geht ihnen um die vorgenannten Dinge genau wie um den Widerstand gegen Atomkraftwerke, sie kritisieren die Verödung der Dörfer, die Machenschaften der Großgrundbesitzer, nehmen dörfliche Einfalt aufs Korn.

Vor allem aber nutzen sie auch ihre großen musikalischen Fähigkeiten zu einigen wunderschönen Instrumentalstücken. Auf ihrer letzten Platte, die wir nur empfehlen können (auch für Preußen ein Genuß) spielen sie z.B. mit traditionell bayerischen Instrumenten den „Che-Guevara-Landler" und bringen echt lateinamerikanische Klänge.

Die Well-Brüder, die oft mit Polt und Zimmerschied zusammenarbeiten, haben ihre neueste Platte „Grüß Gott, mein Bayernland" bei 2001 herausgebracht. Das erschwert den Kauf, weil er leider nur über 2001-Läden oder über den Versand zu haben ist, aber die Mühe lohnt sich, für ein wirklich gutes Stück Kleinkunst, das nicht zu Unrecht im vergangenen Jahr den deutschen Kleinkunstpreis bekommen hat.

Das vom DGB und der Stadt Recklinghausen unterstützte „junge forum" der Ruhrfestspiele hat jetzt ein neues, das Kulturinfo Nr. 5, herausgegeben. Dieses Buch enthält — auf den neuesten Stand gebracht — nützliche Adressen und Informationen für die gewerkschaftliche und politische Kulturarbeit vor Ort.



Freie Musik und Theatergruppen, Film- und Videoverleihe und -initiativen sind mit vielen Angaben vertreten. Wer für Veranstaltungen, Festivals, Initiativen einen Kabarettisten, eine Musikgruppe, bestimmte Filme oder gar eine Theatergruppe anheuern will, dem kann dieses Buch eine große Hilfe sein. Ob Prominenz wie Lindenberg oder die Schmetterlinge, ob BAP oder Zupfgeigenhansel, man kann sie genau so erreichen, wie viele nur örtlich oder regional arbeitende Gruppen. Neben einem alphabetischen Register gibt es auch noch ein Register nach Orten.

Natürlich erhebt das Info keinen Anspruch auf Vollständigkeit, es müßte dann auch fast täglich ergänzt, geändert werden. Aber die wichtigsten überregional bekannten Gruppen sind vertreten und für viele Städte sicher auch der wichtigste Teil lokaler Kulturgruppen.

Etwas komplizierter ist die Bestellung dieses Buches. Das Kulturinfo Nr. 5 wird gegen Vorauszahlung von 12,— DM auf folgendes Konto versandt:
Postscheckkonto Essen
Konto-Nr. 64287 — 438
Kontoinhaber: Ruhrfestspiele 4350 Recklinghausen
Verwendungszweck: junges forum, Kulturinfo Nr. 5

KULTUR IN KÜRZE

Aufgeschoben

Die Probleme um den geplanten Verkauf der gewerkschaftseigenen Büchergilde Gutenberg sind verschoben aber noch nicht gelöst worden. Bei den Beratungen des DGB-Vorstands wurde zwar organisatorische Hilfe in Form der Unterstützung einer breiten Mitgliederwerbekampagne versprochen, der Vorsitzende des DGB, Ernst Breit, machte jedoch unmißverständlich klar, daß eine dauernde Subventionierung des Buchclubs nicht in Frage komme.

Damit steht für 1984, dem Jahr, in dem die Büchergilde ihren 60. Geburtstag begeht, wieder die Diskussion um den Verkauf, bzw. die Kooperation mit anderen Buchclubs an. Ein Modell ist die Kooperation mit dem „Handelsblatt"-Verlag Holzbrink und dessen Buchclub Deutscher Bücherbund. Gemeinsame Lager, Läden und die Preisgabe der Daten der Mitglieder des gewerkschaftlichen Buchclubs wären die erste Folge, die erdrückende Macht des riesigen kapitalistischen Unternehmens würde ganz sicher sehr schnell auch die progressiven Programmteile der Büchergilde reduzieren.

Der starke Protest, von Gewerkschaftern, dem Betriebsrat der Büchergilde, von IG-DruPa-Gremien und vielen Autoren hat einen ersten Erfolg errungen.

Entscheidend wird für die Büchergilde jedoch sein, daß sich in der Gewerkschaft die Einsicht durchsetzt, daß Sinn und Zweck des gewerkschaftseigenen Unternehmens nicht ausschließlich der ökonomische Gewinn bei der Herstellung und Verbreitung von Büchern sein kann, sondern daß auch ein Auftrag besteht, über Entwicklung und Zustand dieser Gesellschaft Aufklärung zu verbreiten, die verändern hilft.

Verboten

Allen Lehrern städtischer Schulen in München ist es untersagt, den Film „Die weiße Rose" über das Leben der Geschwister Scholl während der Unterrichtszeit mit ihren Schülern zu besuchen.





Hans und Sophie Scholl

Mit der formalen Begründung, der Film sei von der Landesbildstelle nicht für diesen Zweck zugelassen, ist diese Anordnung vom Schulreferat der Stadt München nochmals betont worden.

Bei der Produktion des Films waren die Urteile gegen die von den Nazis ermordeten Mitglieder der Widerstandsgruppe „Weiße Rose" noch in Kraft. Das wurde im Nachspann des Films auch dokumentiert. Wegen dieser, erst vor Wochen geänderten Tatsache, darf der ganze Film nicht vor Schülern gezeigt werden.

+++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++

Wirklich Zukunft?

Liebe Genossen!
Jetzt, nachdem ich euch schon eine ganze Weile kenne (am 10.10.81 das erste Flugblatt, seit einem Jahr den „Roten Morgen" im Abonnement), möchte ich euch endlich mal schreiben.

Anlaß ist die letzte Bundestagswahl. „Sozialismus hat Zukunft", heißt es so schön auf einem Button. Ich frage mich, bzw. euch: Hat Sozialismus auch in diesem unserem Lande Zukunft? Die Wahlergebnisse machen mich nachdenklich. Denn zum einen zeigen sie, wie dumm und manipulierbar dieses Volk ist, daß nicht vernünftige Argumente, sondern große Sprüche („Aufwärts mit Deutschland!") und primitive Hetze ausschlaggebend sind. Zum anderen sind die revolutionären Organisationen in Gefahr, da es ihnen unter einem Innenminister Zimmermann womöglich ähnlich gehen wird wie Dev Sol, sollte der alte Nazi von der FDP „akzeptiert" werden.

Als ich die ersten Hochrechnungen gesehen habe (CDU über 50 Prozent, FDP drin, Grüne draußen), dachte ich zunächst an Auswandern. Sicher ist das nicht die richtige Lösung, aber in dieser Situation? Soll man da noch hierbleiben und kämpfen? Vor 50 Jahren war es ja noch etwas anderes, da gab es eine starke KPD, die einen gewissen Einfluß in der Bevölkerung hatte. Anders als heute, wo zwar auch die Masse wieder nach einer starken Führung lechzt, wir dem aber nichts entgegensezten können. Von Sozialismus will das Volk eh nichts wissen, hat es doch stets das abschreckende Beispiel unseres realsozialfaschistischen Nachbarstaates vor Augen. Sozialismus/Kommunismus heißt für die meisten Unterdrückung/Gleichschaltung. Dem konnte die KPD bisher nicht überzeugend entgegentreten; gegenüber der DKP konnte sie sich nicht durchsetzen. Die wenigsten wissen ja, daß es da noch eine andere Partei ähnlichen Namens gibt, die ganz andere Positionen vertritt. Und selbst wenn sie es wüßten — der Umwelteinfluß siegt schließlich, das hat diese Wahl wieder mal überdeutlich gezeigt. Das Volk (zumindest das deutsche) ist eine dumme, manipulierbare Masse. Die kämen doch nie darauf, mal die Sache selbst in die Hand zu nehmen.

Sicher, ein kleiner Teil der Bevölkerung ist schon oppositionell eingestellt, was man ja z.B. daran sieht, daß neben den Flick-Parteien jetzt auch die Grünen in Bonn sitzen. Aber für die Revolution braucht's halt 'ne Mehrheit. Und um die zu gewinnen, braucht man sicher Zeit.

Ich glaube nicht, daß die Partei nochmal 15 Jahre Zeit hat, um der Arbeiterklasse die revolutionäre Perspektive zu weisen. Wenn sie überhaupt noch was erreichen will, dann muß sie jetzt aktiver werden als je zuvor. Der gebeutelte Arbeiter muß es wissen: Da ist eine Partei, die kompromißlos, ohne Wenn und Aber für unsere und nur für unsere Interessen kämpft. Ich finde es auch wichtig für die Glaubwürdigkeit der Partei, daß sie sich in gewissem Maße gegen den „Sozialismus" ostdeutscher Prägung wendet. Jeder sollte es wissen, daß in der DDR Kommunisten gegen Honecker kämpfen und dafür hohe Freiheitsstrafen bekommen. Die KPD sollte zu den ersten gehören, die im Falle eines Andropow- oder Honecker-Besuches zur Gegendemonstration aufruft. Kommunisten gegen die DDR — das ist es doch, was die Herrschenden hüben wie drüben doch am allerwenigsten gebrauchen können.

Wichtig ist es wohl auch, den Einfluß der DKP in der Arbeiterklasse und woanders (z.B. in der Friedensbewegung) zu brechen. Diese Honecker-Agentur hat die Sache von Marx und Lenin lange genug in den Dreck gezogen! So muß ihr entgegengetreten werden, wo immer sie auch auftritt. Wenn also irgendwo 'ne Umweltdemo ist und an irgendeiner Ecke einer UZ verkauft, dann stellen wir uns daneben und verkaufen den „Roten Morgen". Und wenn irgendwo ein Betrieb besetzt wird, sollten wir dort sein, bevor die Realsozialisten überhaupt erst aufgewacht sind. Gerade weil sie uns zahlenmäßig überlegen sind, sollten wir um so mehr tun, und das um so intensiver. Die Anti-Kohlera-Impfaktion der KJD ist dafür ja ein gutes Beispiel (obwohl da auch noch mehr drin werden müßte).

Gerade angesichts der zunehmenden Krise dürften wir eben auf keinen Fall denen das Feld überlassen, die die Sache schon lange verraten haben. Wenn wir überhaupt noch was erreichen wollen.

Mal was anderes: Was sagt ihr eigentlich zur RAF bzw. den Revolutionären Zellen? Ich glaube, ihr hattet in dem Zusammenhang mal von „kleinbürgerlichem Putschismus" gesprochen. Gilt das heute auch noch? Ich denke mir nämlich, daß angesichts der drohenden Raketenstationierung diese Gruppen unsere letzte Reserve sind. Wer sonst kann diese Kriegstreiber denn noch aufhalten?

Das Wär's dann. Mit revolutionären Grüßen,
L. E. Traunstein.

P.S.: Ich hoffe doch, die KPD kandidiert bei den kommenden hessischen Landtagswahlen!

DGB zu oberflächlich kritisiert?

Liebe Genossen,

seit einiger Zeit beschleicht mich ein ungutes Gefühl, wenn ich die Einschätzung des RMs zu Gewerkschaftsfragen, insbesondere was die Gewerkschaftsführung angeht, lese.

Im wesentlichen wird da die Haltung des einzelnen Bonzen kritisiert, aber und das viel zu häufig, ironisch, zynisch und politisch ohne die entsprechende Perspektive.

Ein Paradebeispiel ist dafür: „DGB-Kniefall" und „Hemmungsloser Lohnverzicht". Beides Kommentare im letzten RM.

Was mich daran stört?

In einer Zeit der zunehmenden Verschärfung —, des immer offeneren Verrats und der Verhöhnung der Arbeiter durch DGB-Apparat/Bonzen —, durch SPD-Filz-Verrat und Drückebergertum —, durch Vormarsch der Reaktion —, der politischen, ideologischen Entwaffnung (wann hatte die Arbeiterklasse als ganzes schon mal diese Waffen — wörtlich und sinnbildlich — in der Hand? Dennoch es kann offensichtlich immer noch schlimmer werden!) durch die verschiedenen „Führer" in den verschiedenen Organisationen, in einer Zeit, in der sich ganz offensichtlich die Verhältnisse und Ereignisse der Weimarer „Endzeit" wiederholen —, in einer Zeit, in der durchweg reaktionäre, verräterische Charakter des DGB auch in vielen (fast allen) **Handlungen** deutlich wird, erscheint mir das Mittel der „Ironisierung", der „Entlarvung der DGB-Führer" durch Zitate und anschließende mehr oder weniger lockere Analysen **zu wenig, zu wenig, zu wenig!** Dies sind keine Kommentare, die einem im Gespräch helfen, die aufbauend für den Widerstand benutzt werden könnten. Außerdem fehlt mir, daß mit keinem Wort immer wieder darauf hingewiesen wird, welche **Aufgaben die Gewerkschaften im Kapitalismus** haben.

Besonders aufgefallen ist mir dieser Fehler dadurch, daß in der Broschüre des Gaßmann-Kreises gerade sehr präzise diese Aufgabenbeschreibung der Gewerkschaften, die Verfilzung, die Korruption und Machtkämpfe innerhalb der Gewerkschaften aufgezeigt werden. Und diese Kollegen haben nicht den Anspruch, daß sie Kommunisten sind! Die Aufgabe von uns ist aber nicht nur den Finger auf die Wunde zu legen, sondern die vertuschten Wundverbände abzureißen und den Eiter zu zeigen (Entschuldigung für die „Blumigkeit").

Die einzige Chance aber für die Arbeiter ist es doch, der wachsenden Reaktion, egal von welcher Partei, von welchen Kreisen des Kapitals vertreten, einen Widerstand entgegen zu setzen. Wird sie das mit der heutigen DGB-Führung, mit der heutigen SPD-Führung? Auf welche Weise kann man die Kollegen für eine Widerstandspolitik gewinnen, welches müssen unsere Argumente, Handlungen sein! Ich kann die Frage nicht beantworten, was ich aber weiß: Wir müssen wieder stärker als bisher den Charakter des DGB in die Artikel bringen (glaube nicht, daß die Kollegen, die den RM lesen, sich von einer schärferen Gangart abstoßen lassen), denn zum Teil wird unsere Aussage so belanglos, daß wir auch gar nichts zu sagen brauchen.

Wir müssen doch letztlich die Kollegen dazu bringen, daß sie auch gegen ihre reaktionäre Führung den Widerstand in die Hand nehmen müssen. Mit der Führung ist die totale Niederlage programmiert. Genauso müssen wir doch sehen, daß die Kollegen sich auch gegen die SPD-Führung organisieren müssen. Mit den Führern, das ist so ähnlich, als würden wir propagieren: Der Sozialismus kann friedlich errungen werden.

Offensichtlich ist es so, daß ihr in der Redaktion meint, daß man die Argumente der Kollegen aufnehmen muß. Richtig! Aber aufnehmen heißt nicht nachbeten. Aufnehmen heißt **weitertreiben.** Heißt auch mal einen Hammer landen, damit man sich daran die Zähne ausbeißen kann und dann wieder ein Stück weiter kommt.

Zurück zu meiner Erfahrung mit dem Gaßmann-Kreis: Auf der Demo letzten Mittwoch erfuhren wir, daß diese Demo ohne Aufruf der IGM gemacht wurde. Es hatte Auseinandersetzungen um diese Demo gegeben, und der Gaßmann-Kreis hatte richtig entschieden, als er die Demo trotzdem machte! Auch durch solche Aktionen wird der wahre Charakter des DGB deutlich. Ich finde, daß wir mehr in diese Richtung arbeiten müssen, sonst geht die Faschisierung weiter und weiter, wir starren auf die Führer, die nicht daran denken, mitzumachen, und dann ist es zu spät. Daß dieser Weg nicht einfach ist, das ist mir klar! Politisch finde ich aber, daß der RM mehr für diese Art von Überlegungen tun sollte. Wir haben doch wirklich keine andere Alternative.

Rot Front!
Barbara

Nicht Kommunisten?

Werte Genossen,
einige Anmerkungen zum Beitrag „Wahlkampfschlaglichter", „Roter Morgen" 9/83, S. 2: Sicher haben die betreffenden Genossen viel Mühe für die Durchführung dieser Agitation aufgewandt. Leider ist das Ergebnis trotz dieser Mühe nur ein schlechtes.

Möglich ist, daß diese Propaganda „fantasievoll" ist, wie ihr auch in eurer Einleitung bemerkt habt. Sicher ist aber, daß sie nicht kommunistisch ist. Insoweit bleibt es unverständlich, warum ihr sie in den „Roten Morgen" hineingesetzt habt.

Drei der in Bielefeld auf die Plakatwände gemalten Parolen — von denen ihr vier abgedruckt habt — sind im folgenden behandelt:

„Chancengleichheit — Damit Bankiers nicht arme Leute werden. Damit arme Leute nicht Bankiers werden. CDU-CSU-FDP." Unterzeichnet: „KPD".

Was soll denn das? Sollen die Menschen KPD wählen, weil die KPD dafür eintritt, ihnen die Chance zu geben, Bankier zu werden? Oder soll das Ironie sein? Es ist dann genau die Sorte Ironie, die den gewöhnlichen Typ des opportunistischen „Altlinken" auszeichnet, der das Wortspiel als Politikersatz pflegt. Die Bielefelder Genossen sollten sich hüten, diese Methode auch durchzuführen. Angebracht wäre es gewesen, die Abschaffung der Bankiers als Forderung der KPD im Interesse der Arbeiter- und der arbeitenden Klasse herauszustellen, anstatt Finanzkapital und Zinsknechtschaft in den Bereich eines jovialen Witzchens zu rücken, tatsächlich verharmlosend.

„Volkszählung — Damit 1984 George Orwells 1984 wird. CDU/FDP/SPD." Unterzeichnet: „KPD"

Andersherum: Wählt KPD, denn diese Partei hat George Orwell gut gelesen und stimmt mit ihm überein, daß es nicht so werden darf, wie in seinem Buch „1984" beschrieben. Man kann Romane darüber schreiben, daß die Genossen es so nicht gemeint haben, aber kein eines Wort wird über die Tatsache hinweghelfen, daß das der Inhalt ist, den der Anschlag weitergibt. Wer ist George Orwell? Ein Renegat des Kommunsimus, der in seinen Büchern die Kommunisten mit Kübeln voll erlogenem Dreck übergießt. „1984" ist eine Hetztirade gegen die revolutionäre Sowjetunion unter dem Generalsekretariats J.W. Stalins. Wenn Orwell gleichzeitig mit der englischen Bourgeoisie nicht zu Rande kam und diese in seinem Buch auch nicht belobigt wird, so liefert das doch keinen Grund für Kommunisten, vermittels Orwell die BRD-Bourgeoisie angreifen zu wollen. Unweigerlich wird man mit solcher Art Agitation auf Sand bauen.

„Atomraketen. Besuchen Sie Europa — solange es noch existiert. (Werbeslogan eines US-amerikanischen Reiseunternehmens)" Unterschrift „KPD".

Im „Roten Morgen" 6/83 hält das Sekretariat der KPD in einem Beschluß „Weg mit dem Nachrüstungsbeschluß" in der Ablehnung verschiedener „neuer" politischer Zielsetzungen der Friedensbewegung fest:

„... Sollen diese Aktionen lediglich auf die Gefährlichkeit der Atomwaffen aufmerksam machen, ... dann bringen sie keinen Schritt weiter. Dann wird die Gefahr, daß sie (die Friedensbewegung, Anm. L.G.) politisch ins Leere läuft, weiter zunehmen." (RM 6/82, S. 1).

Die Bielefelder Genossen hätten sich überlegen müssen, was das bürgerliche US-Reiseunternehmen zu solch zynischer Werbung bewegt. Entscheidend ist nämlich, daß diese Werbung nur zynisch und keineswegs offen ist. Die Genossen sind den Werbestrategen voll aufgesessen, wenn sie die Kritik an den Waffen und nicht an den Imperialisten führen. Solcher Plakatanschlag steht Bahro mit seiner Menschheitsfrage gut zu Gesicht, nicht den Kommunisten.

Die Kritik an den Waffen — hier: „Atomraketen" — klärt gar nichts. Vor allem klärt sie nicht, wer über die Waffen verfügt und sie einsetzt. Bekanntlich ist das ja nicht so, daß die eine Hälfte der Menschheit sie gegen die andere einsetzen, womöglich noch ohne jedes positive Interesse am Einsatz, sondern eben „einfach so" oder „irrigerweise" oder wegen „Fehlern im Computer". Das Sekretariat der KPD fährt an der zitierten Stelle fort:

„ ... muß ... gegen den Ausbruch eines solchen atomaren Krieges kämpfen. Das aber können wir nur, wenn wir uns darüber im klaren sind, daß auch ein solcher atomarer Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist." Eine praktische Umsetzung dieses korrekten Beschlusses ist es also, die Politik des BRD-Imperialismus und seiner Bourgeoisie anzugreifen, nicht aber weinerlich über „Atomraketen" und die Derbheit von Reisekapitalisten zu klagen. Meines Erachtens sind das keine Fragen, die liberal unter den Tisch gekehrt werden können. Die Irrtümer der Bielefelder Genossen sind grundsätzliche Irrtümer gewesen. Keines der drei angesprochenen Plakate hat die kapitalistische Realität in der BRD angegriffen, keines hat herausgestellt, wofür die Bourgeoisepolitiker und wofür die Kommunisten stehen. Vielmehr ist die kapitalistische Realität in der BRD angegriffen, keines hat herausgestellt, wofür die Bourgeoisepolitiker und wofür die Kommunisten stehen. Vielmehr ist die kapitalistische Realität unter der Flagge des „Humors" beschönigt, der Unterschied zwischen Kommunismus und Kapitalismus verwischt und die Politik der Imperialisten zugunsten ihrer Waffen ignoriert worden. Das ist schlecht.

Mit revolutionären Grüßen
Lothar aus Frankfurt

Augen und Ohren aufmachen

Ich habe mich über den Artikel im RM, Nr. 9/83, „Reinfall für die NPD" sehr geärgert. Hätte der Schreiber seine Augen und Ohren aufgemacht, wäre er wohl kaum zu dem Ergebnis gekommen, daß dies ein Reinfall für die Nazis war.

Innerhalb der Einzäunung waren es vielleicht nur zehn Nazis, wie er schreibt, aber unter den Antifaschisten war ein Trupp von mindestens 30 Faschisten der Borussen-Front. Im Dortmunder Norden sind sie bekannt dafür, daß sie Ausländer anpöbeln und verprügeln.

Ich kann nicht verstehen, daß man die übersehen kann, weil sie außer den gelb/schwarzen Schals und Mützen uniformiert wie Neonazis waren (grüne Pilotenjacken, Springerstiefel bzw. Knobelbecher). Auch trugen sie Aufnäher wie „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein" und „Ausländer-Stopp"-Kleber. Einige hatten zwar Buttons der SPD „Ich bin ein unanständiger Deutscher", was allerdings nicht bedeutet, daß sie auch SPD wählen, sondern eher heißt „Ich bin unanständig im Sinne von Protest gegen das Establishment und Deutscher im Sinne von national."

Auch konnte man die Parole „Ausländer raus, Deutschland den Deutschen" nicht überhören, auch wenn sie von Antifaschisten mit „Ausländer bleiben, Nazis vertreiben" übertönt wurden.

Es ist richtig, daß bei dieser NPD-Kundgebung sehr viele Antifaschisten waren, aber noch nie habe ich auch so viele Nazis da gesehen, außerdem ist die NPD-Kundgebung weder verboten worden, noch ist sie vorzeitig abgebrochen worden, und die Pfiffe sind die Nazis doch gewohnt. Ein Passant fragte mich zum Beispiel, warum ich die Nazis fotografiere, die hätten doch Mut ihre Meinung zu sagen, trotz der vielen Gegner.

Rot Front,
H.C., Dortmund

Über Leserbriefe

Wenn ich mir die Leserbrief-Seite im „Roten Morgen" betrachte, kommt es doch schon des öfteren vor, daß sich ein gewisser Zorn in mir regt. Kein Zorn darüber, daß auf dieser Seite diskutiert wird, daß RM-Leser die Linie der Partei kritisieren. Ich finde diese Einrichtung gut und nützlich, wohl aber nicht gedacht, um Parteimitgliedern die Möglichkeit zu geben, ihrer Unzufriedenheit unter Umgehung der Diskussion in den Parteiorganisationen, Ausdruck zu verleihen. Ein großer Teil der „Leserbriefe" fällt doch offensichtlich unter die Rubrik „Anfragen und Kritiken", die laut Statut an die entsprechenden Parteigremien zu richten sind. Wenn z.B. angeregt wird, die Thesen von Stalin zur Bolschewisierung der KPD, zur Grundlage zur Vorbereitung des V. Parteitages zu machen, so hätte dieser Genosse doch die Möglichkeit, den Anfang zu machen, und seine Probleme in seiner Grundeinheit zu diskutieren. Es soll mir keiner erzählen, daß es diese Möglichkeit nicht umfassend gibt. Sollte es tatsächlich Probleme geben, müßte die entsprechende Leitung mal zur Brust genommen werden. Denn Unterdrückung von Kritiken darf es in der Partei nicht geben.

Die Partei muß jede Kritik ernst nehmen. Aber jeder Kritiker, besonders, wenn es sich um Parteimitglieder handelt, sollte sich bemühen, diese Kritik als Unterstützung, Anregung, als Beitrag zur Weiterentwicklung der Partei zu schreiben.

Mir fällt es allerdings schwer, die Tonlage mancher Kritiken so zu begreifen. Die Leserbriefe von, offensichtlich, Parteilosen, lesen sich da meistens solidarischer. Und außerdem: Die Diskussion, z.B. über das Thema Wahlen, ist in der Partei noch nicht abgeschlossen. Ich hoffe, daß sich die Kritiker auch an der parteiinternen Diskussion beteiligen. Ansonsten würde ich den Genossen empfehlen, das TO 3/78 (Durchführung des demokratischen Zentralismus, Kritik und Selbstkritik) mal wieder zu lesen.

W. R., Ludwigshafen

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 11, 18 Mart 1983 | Yıl: 17 | 1 DM



Bir uyarı grevi yapan Daimler–Benz işçilerinin sloganı şuydu: "VW'de yüzde 4 zam; biz de ise yüzde 6,5 zam talebini gerçekleştirmek daha da mümkündür." İşçi arkadaşların bununla kastettiği VW'de hiç bir mücadele önlemine başvurulmadan yüzde 4 zam gerçekleştirildi, mücadeleye atıldığımız zaman yüzde 6,5 zam talebini gerçekleştirmek daha da mümkündür. Nitekim son haftalarda düzenlenen ve 400 bini aşkın işçinin katıldığı yürüyüşler işyerlerinde, işçilerin mücadele etmeye hazır olduğunu gösterdi. O halde şimdi İG yönetimi işçilerin mücadele gücünü kararlı bir şekilde harekete geçirirse, gerçek ücretlerin bir kez daha düşürülmesi önlenebilir.

DGB'nin diz çökmesi

Tüm kuşkuları ve soruları daha başından ber taraf etmek için DGB yönetimi hemen işe koyuldu. Yapılan beş noktalı açıklama ile seçim sonuçlarına ilişkin görüş belirtildi.

Şimdi, DGB Başkanı Ernst Breit ve tayfasının, seçime büyük katılımın olması ve hemen hemen hepsinin "demokratik partileri" seçmesi üzerine "derin memnuniyetlerini" işittiğimizde, ister istemez DGB eski Başkanı H. O. Vetter'in üç yıl önce F. J. Strauss'la yaptığı görüşmeyi hatırlamak zorunda kalıyoruz.

Dikkat edin sendikacılar: Sakın sorunu, başlayan "dönüşüme" karşı mücadele oluşturuyor demeyin! Ücretlerden vaz geçme sloganlarından, sosyal hakların kısıtlanmasından, çılgınca silahlanmadan, bu hükümetin şimdiye değin eşi görülmemiş bir şekilde toplu sözleşme görüşmelerine karıştığından, DGB'nin tüm taleplerine tamamen zıt talepler savunduğundan bahsetmekten kaçının!

Eh, bunların hiç birisinden Breit'in eseri bahsetmiyor. Bunların hepsi demokratik — öyle değil mi? Şaşılacak ne var ki, biri bazı şeylere sahip, diğeri değil. Biri milyonlarca kâra sahip, diğerininin ise işyeri yoktur. Birinin fabrikası var, diğerinin taksitle alınmış televizyonu vs. var. Eh, ama hepsi demokratlar! Biri lokavt uygulasa, ya da toptan çıkışlara gitse dahi, gene demokrattır Breit'e göre.

Bu açıklamanın ardından DGB'nin her tarafla görüşmeye hazır olduğu belirtilmektedir. Demek ki, E. Breit'le her şey üzerine konuşabilir. Aynı şekilde işçilerin fedakârlık yapmaları üzerine de konuşabilir, çünkü, bu kapitalistlerin, yeni ve eski 'oldukça demokratik' olan hükümetin en sevdiği konudur.

Güncel olarak DGB'nin bu açıklaması hükümete, tutucu politikanıza karşı bizden esasi bir direnişi beklemeyiniz işaretini vermekten başka hiç bir anlam taşımamaktadır. Ve nitekim bunun ciddi olmadığına kimse inanmıyor.

Hükümet ve sermaye buna sevinecekler. Büyük çoğunlukla bu yeni hükümete karşı oy kullanan, karşı olan DGB üyelerinin buna sevinip sevinmeyecekleri bir başka noktayı oluşturuyor. Ve bu başka bir yankı yapacaktır...

Seçimin hemen ardından

İşverenlerin talepleri giderek artıyor

Federal Parlamento seçimlerinden bu yana geçen dönemde Batı Alman işverenleri hem ideal hükümetlerinin seçim zaferini kutladı hem de bundan güçlü bir şekilde faydalanmaya koyuldular. Her tarafta yeni talepler gündeme getirildi, ya da önceden yerine getirilemeyen istemler yeniden formüle edildi. Bu konuda kapsamlı bir adım atanlar "CDU Ekonomi Kurulu"nda örgütlenmiş bulunan kapitalistler oldular. Onların yeniden ileriye sürdükleri talep programı, şimdiye değin mevcut olan sosyal güvenlik ve işyeri hakları sisteminin bir bütün olarak tasfiye edilmesini öngörüyor.

Ekonomi Kurulu, hemen hemen tüm iş kanunlarında yeni bir karşı reformun yapılmasını, şimdiye değin geçerli olan Emeklilik Kanunu'nun tasfiyesini talep ediyor. Aynı şekilde o hukuki alanda ortaya çıkan "yatırım engelleri"nin de tasfiye edilmesini istiyor.

Kuşkusuz ki, o bununla sermaye ihracı, spekülasyon vs. gibi "engellerin" tasfiyesini talep etmiyor, tam tersine o bir yandan son yıllarda "geçerli olan" İş Güvenliği Önlemleri'nin, Gençlik Koruma Tedbirleri'nin kaldırılmasını, diğer yandan ise öncelikle atom santrallerine yatırılan devlet paraları ile sınırsızca kâr sağlamayı talep ediyor.

Elbette, bu tür bir formül bir nevi azami programdır ve kuşkusuz ki, bu bugün hemen yaşama geçirilemez. Ama bu, bu rotanın hangi yöne doğru hızlandırılması gerektiğini en açık bir şekilde gösteriyor.

Ve her şeyden önce Franz Josef Strauss'un Münih'teki kalesinden yaptığı resmi baskı, kendi partisi CSU'nun programında da yer alan bu tür taleplerin boş bir şey olmadığını, aksine bu ülkedeki zenginlerin Bonn'daki adamlarından gerçekleştirilmesini talep ettikleri istemler olduğunu açığa çıkarıyor.

Bavyera'da oynanan iktidar pokeri yalnızca, örneğin FDP'yi seçerek Strauss'u önleme umutlarını — şayet vardıysa — yok etmemektedir. Acımasızca bir tarzda ortaya konulan bu iktidar pokerinin ardında, yalnızca bir kişinin ya da bir partinin yönetme istemi dile getirilmiyor, bundan ziyade büyük sermayenin, her şeyden önce onun önemli bir kesiminin çıkarları bulunduğunu da açıkca gün ışığına çıkarmaktadır.

Buna, seçimden sonraki günlerde gerek CDU'nun gerekse CSU'nun ses tonlarının daha da sertleştiğini de eklemeliyiz. Örneğin buna Alfred Dreger (CDU) gibilerinin bir zamanlar kabullenmek zorunda kaldıklarını unutarak ve bugün ise Zimmermann ve intikam alma birlikleri ile aynı koroda yer alarak sınırların yeniden düzenlenmesini talep etmesini örnek olarak gösterebiliriz. O, Doğu ile yapılan anlaşmaların yalnızca şiddete başvurmaktan kaçınma anlaşmaları olduğunu söylüyor. O, öz itibarıyla bunda haklı. Ve gericilik bunu son noktasına kadar kullanmak istiyor. Ya peki bu sınırların "barışçıl revizyonu" gerçekleştirilemediği zaman? Bu, o zaman silahlanma sermayesi için yüksek konjonktür ilanından daha çok şeyi ifade eder....

Böylece Bonn'da yap "değişikliğin", yalnızca bir "at değişmesi" ya da oldukça önemsiz bir fark olmadığını, seçimden sonraki bu ilk günler içindeki gelişmeler çok açık bir şekilde kanıtlamaktadır.

Türkiye'de meydana gelen grizu patlamasında

104 maden işçisi hayatını yitirdi

7 Mart'ta Eregli Kömür İşletmelerinin Kandilli Üretim Havzası'ndaki 1402 numaralı Armutçuk Kömür Ocağı'ndaki grizu patlamasında 104 maden işçisi hayatını yitirdi. Aynı patlamada bazıları ağır olmak üzere çok sayıda işçi de yaralandı. Basına konulan tüm sansüre rağmen, yurtdışına ulaşan haberler, maden işçilerinin çalışma şartlarının ne denli kötü olduğunu ve maden ocaklarındaki güvenlik önlemlerinin ne kadar yetersiz olduğunu en açık bir şekilde kanıtlamaktadır.




Kömür işletmesinde meydana gelen grizu patlaması anında Ocak'ta 400 işçi bulunuyordu. 400 metre yer altında bulunan işçilerin 104'ü patlama anında hayatını yitirirken, bir çokları ağır bir şekilde yaralandılar. Ve bugün yaralananların ne kadarının kurtulacağı henüz açık değil.

Halkta ve işçilerde büyük tepkilere yol açan bu iş kazasının esas nedenini Türkiye'de maden işçilerinin uzun zamandan beri bilinen öldürücü çalışma şartları oluşturuyor. Örneğin bugüne değin Türkiye'de defalarca grizu patlaması olduğu halde, maden ocaklarında yeterli güvenlik önlemleri alınmadı.

Sadece Armutçuk Ocağı'nda 1942 yılından 1978 yılına kadar 5 kez meydana gelen grizu patlaması sonucunda 102 maden işçisi hayatını yitirdi.

(Devamı sayfa 3'te!)

19 Mart 1981'den beri tutuklu bulunan

DDR'deki komünist muhalefetçilere özgürlük!

İki yıl önce, 19 Mart 1981'de Alman Demokratik Cumhuriyeti (DDR) gizli istibarat örgütü, Doğu Berlin'de komünist muhalefetçilere karşı yoğun bir operasyona girişti. Bu operasyon sonucunda aralarında DDR'deki illegal KPD'den iki yoldaşım da, Manfred Wilhelm ve Andreas Bortfeld'in bulunduğu bir çok insan tutuklandı.




Onlar, DDR'de barış ve gerçek sosyalist demokrasiyi savunduklarından ve savaşım veren Polonya işçileriyle aktif dayanışmaya girdiklerinden dolayı yargılandı ve ağır hapis cezalarına çarptırıldılar.

Kamuoyuna açık olmayan ve savunma hakları alabildiğince kısıtlı olan duruşmalarda iki yoldaş 8'er yıl ağır hapise mahkum edildiler. Onlar insanlık dışı şartlar altında Bauzen ve Brandenburg hapisanelerinde tutuklu bulunmaktalar. Yoldaşlar ailelerinden, arkadaşlarından ve akrabalarından tecrit edilerek yıldırılmaya çalışılıyorlar; bunun da aynı zamanda DDR'deki diğer ilerici güçlere de gözdağı verilmek isteniyor.

Çünkü iki yoldaş, sosyal faşist Honecker Rejiminin boş sözlerine karınları tok olan sayısızca insanı temsilen hapis yatmaktalar. Çünkü bu insanlar, kuşun dahi uçamayacağı bir şekilde etrafına duvar ören, vatandaşlarına hiç bir özgürlük tanımayan ve bir yabancı gücün roket "güvenliğine muhtaç olan bir ülkenin gerçek bir işçi-köylü devleti ile bir bağının olamayacağı görüşündeler. **Bunun için bunlara tam olarak aynı görüşü savunanları değil, aynı şekilde tüm demokratik görüşlü ve ilerici insanları da Manfred Wilhelm'in ve Andreas Bortfeld'in özgürlüğe kavuşmalarını sağlamak için katkıda bulunmaya çağırıyoruz.**

Cezaevindeki yoldaşlarla dayanışmaya girin: Andreas Bortfeldt (solda), Strafvollzugsanstalt Bauzen, Postschliessfach 100-2, 8600 Bauzen, DDR ve Manfred Wilhelm, (sağda) Strafvollzugsanstalt Brandenburg, Postschliessfach 66-9, 1800 Brandenburg/DDR

Federal Hükümet bir sığınmacıyı cuntaya teslim etmek istiyor

Federal Hükümet 21.2.1983'te sığınma isteminde bulunan Türkiyeli Kemal Altun'un faşist cuntaya iade edilmesini onayladı. Bu hafta içinde onun sınırdışı edilmesi öngörülüyor. Ankara'daki faşist generaller çetesi, daha 22.2. tarihinde Cemal Altun'un sınırdışı edilmek istendiği üzerine haberdar edildiler.

1981 yılında Federal Almanya'ya gelen Cemal Altun Batı Berlin'de sığınma isteminde bulundu. Sığınma istemine o, faşist MHP'nin başkan yardımcısı Gün Sazak'a düzenlenen suikastta yer aldığı suçlaması ile takibata uğradığını gerekçe gösterdi. Onun bu sığınma gerekçesi, Federal Alman makamlarına göre ona yardımcı olmak için değil, tam tersine dostları faşist çeteyi haberdar etmek için bir nedendi. Batı Berlin Eyalet Yüksek Mahkemesi'ndeki savcılık, Ankara'da interpola başvurdu. Bunun üzerine hemen Türkiye'deki faşist makamlar, Cemal Altun'un derhal iade edilmesini talep ettiler. Batı Berlin Eyalet Yüksek Mahkemesi Aralık 1982'de faşist cuntanın bu istemini onayladı. Mahkeme'nin bu kararına karşı Federal Anayasa Mahkemesi'nde itirazda bulunan Cemal Altun'un dilekçesi kabul edilmedi. Federal Anayasa Mahkemesi bunun için Batı Berlin'le sorumlu olmadığını gerekçe gösterdi.

(Devamı sayfa 3'te!)

1983 yılı Ostern yürüyüşleri üzerine düşünceler

Ek silahlanma kararı bozulmalıdır

Ostern (1)'83'te yürünecek. Bu yıl Amerikan Orta menzilli füzelerinin yerleştirilmesi planına karşı geçen yıldan daha fazla insanın sokaklara dökülmesi tamamiyle mümkündür. Nitekim yapılan yeni fikir araştırmalarına göre, Federal yurttaşların yarısından fazlası füzelerin yerleştirilmesini reddediyor. Ve büyük partilerin baş yöneticileri artık uzun zamandan beri ek silahlanma karşıtlarının hepsini birden kötü insanlar olarak damgalayamamaktalar. Bunun yerine bugün barış hareketi için anlayış göstermekten, uzlaşmaya ve görüşmeye hazır olmaktan bol bol dem vurulmaktadır. Bu durumu, bir ya da iki veyahut üç yıl önce olan durumla karşılaştırdığımızda, barış hareketi sözümona Ek silahlanma kararına karşı mücadelede tamamiyle ilk bir başarıyı elde etti.

Buna rağmen, barış hareketine ilkin büyük bir çoşkuyla katılan bir çoklarında huzursuzluk artmaktadır. Özellikle bu Reagan ziyareti ve NATO'nun Bonn'daki zirvesi dolayısıyla düzenlenen haziran ayındaki büyük yürüyüşten bu yana söz konusudur. Neden? Çünkü, Federal Cumhuriyet'in tarihinde olan bu en büyük barış yürüyüşü, barış hareketi kesimlerinin umduğu gibi, egemen sınıfları asla güçlü bir şekilde etkilemedi ve sarsmadı. Bir çoklarının bundan çıkardığı sonuç şu oldu: Büyük yürüyüşler hiç bir şey sağlamıyor. Üslemeyi önlemek için doğrudan eylemler gereklidir. Otonom Barış İnsiyatiflerinin Merkezi buluşmasının (BAF) geçen yılın Kasım ayında '83 yılı Ostern yürüyüşlerine ilişkin yaptığı çağrı da bu alanda bulunmaktadır. Çağrıda şöyle deniyor: "Yeni barış hareketi en önemli taleplerini ciddiye almak, siyasi olarak boşa çıkmak istemiyorsa, o zaman o yöneticilerle doğrudan karşı karşıya gelmeye yönelmeli ve kendisini buna hazırlamalıdır. O üslemeyi siyasi olarak önlemeyi amaçlayan sivil itaatsizliğin pratik bir direnişini geliştirmek için hazır olmalıdır."

Bu cümlenin ilk bölümü tamamiyle imzalanabilir: Barış hareketi gerçekten siyasi olarak boşa çıkmak tehlikesiyle karşı karşıya. Bizce de gerekli olan, barış hareketinin yöneticilerle doğrudan karşı karşıya gelmeye yönelmek için hazır olmasıdır. **Ama:** Barış hareketinin bunu yapıp yapmayacağı, ilk planda eylem biçimlerinin bir sorunu değildir, tam tersine onun siyasi hedef tespitinin bir sorunudur. Askeri tesislere karşı doğrudan eylemlerin yapılmasına karşı değiliz. Aksine, ama yöneticileri doğrudan karşı karşıya almadan savaş kışkırtıcılarına karşı mücadelede bu tür eylemler yalnızca (aynı şekilde büyük yürüyüşler de) siyasi olarak net bir şekilde niteliğini açığa vurdukları zaman başarıya yol açabilirler: ABD'ye karşı, NATO'ya karşı, Bonn'un ittifaka sadıklık politikasına karşı, tek yanlı silahsızlanma için, Bonn Hükümeti'nin emperyalist ve askeri politikasına karşı. Buna karşılık bu eylemler yalnızca atom silahlarının tehlikesine dikkatleri çektiklerinde, Doğu'da ve Batı'da silahsızlanmayı savunduğunda, bunlar barış hareketini bir adım ileriye götüremezler. O zaman onun siyasi olarak boşa çıkmak tehlikesi daha da artacaktır. O zaman o — barış hareketi — dünyanın her hangi bir yerinde çıkacak gelecekteki bir savaşta, Falkland savaşında ve Lübnan'daki savaşta olduğu gibi aynen bekleneni yapamayacaktır.

Bunun için bizim 1983 Ostern yürüyüşlerinin hazırlanşına eleştirimiz, "gevşek" bir şekilde yürümesine değil, tam tersine bunların siyasi olarak boşa çıkan hedeflerine yöneliktir. Sorunun ne olduğunu göstermek için Ruhr bölgesindeki Ostern yürüyüşüne çağrıyı ele alalım. Çağrının başlangıcında şu yazılı: "Bunun için bizim ilk talebimiz şudur: Federal Hükümet, yeni atom füzelerinin yerleştirilmesine onayını geri almalıdır. Bu, '83 Ostern yürüyüşünün en ilk ve en önemli talebidir." Kabul edelim. Bunlar, Cenevre'deki orta menzilli füzeler pokerinden dolayı güncel olarak da oldukça önemli olan açık ve tek anlamlı sözlerdir. Çünkü, şu an Cenevde'de nihayet her iki taraftanda görüşme isteğinin görülebildiği bir ortamda, görüşme sürecinin hiç bir şekilde Federal Hükümet'in "Ek" silahlanma kararını geri alma talebiyle bozulmaması gerektiğini söyleyen sesleri dinlemekten başka hiç bir şey bu denli vahim değildir. Daha önce olduğu gibi şimdi de Amerikan orta menzilli füzelerinin Federal Alman topraklarına yerleştirilmesini önlemede yalnızca tek bir gerçek yol vardır: Şayet biz burada, Federal Cumhuriyet'te bu talebi "kendi" hükümetimize karşı gerçekleştirebilirsek! Sorun: nasıl?

Buna ilişkin olarak Ruhr Ostern yürüyüşünün çağrısında şöyle deniyor: "Bu korkunç füze kararını siyasi olarak hayata geçirilemez hale getirmek için çabalarımızı (...) yoğunlaştırmalıyız." Bunun altında ne anlaşılmaktadır? 1. Nükleer tehlikeyi her tarafta konu yapmak; 2. Nükleer silahlardan arındırılmış caddeler, okullar, işletmeler, ve şehirler uğruna mücadele sürdürmek; 3. Füzelerin yerleştirilmesini reddeden insanların sayılarını daha da yükseltmek; 4. Füzelerin yerleştirilmesi öngörülen bölgelerde ve devletin karar veren organlarının bulunduğu bölgelerde şiddetsiz eylem yapmak. Her ne kadar halkla tartışmalara yönelik olarak bu faaliyetlerin bazıları iyi ve faydalı olsa bile; burada barış hareketine önerilen yönelim tamda sorunu **siyasi** olarak gerçekleştirilemez hale getirmektedir. Çünkü, tamda "Ek" silahlanma kararı değil deniliyor. Neden?

3. Noktayı ele alalım. Tabi ki, barış hareketi daha fazla insanın füze kararını reddetmelerini sağlamak için halk arasında sözümona NATO-İkili Kararı üzerine aydınlatma faaliyeti sürdürmelidir. Bizim gözümüzde bu, bu soruna ilişkin tüm kapsamlı faaliyetlerin ve eylemlerin tabii ön şartıdır. Ancak Ruhr Ostern yürüyüşünün çağrısında bu aydınlatma çalışmaları, orada şöyle denmekle başka bir konuma bürünüyor: "Başarıyı yalnızca büyükte aramayalım, aksine komşumuzun, iş arkadaşımızın, sınıf arkadaşımızın, ya da akrabalarımızın "hayır" demesi üzerine sevinmeyi öğrenmeliyiz." "Başarıyı büyükte aramayalım" ne demek oluyor? Ya biz başarıyı "elde etmek isteriz" — ve bu bizim için Federal Hükümet tarafından NATO İkili Kararı'nın geri alınmasıdır — ya da biz onu "elde etmek istemiyoruz". Eğer biz onu elde etmek istiyorsak, o zaman onun **yalnızca** ve yalnızca "büyükte", yani Bonn Hükümeti'ne karşı mücadelede olabileceğini de anlamalıyız. Ne var ki bu Bonn Hükümeti — bu konuyu da anlamalıyız — yalnızca kendisi için değil, aynı şekilde NATO için de, ABD için esaslı bir niteliğe sahip olan, bu tür bir sorunda şirin sözlerle ve daha çok çeşitlilikle, atraksiyonla ve fantezi ile diz çöktürülmesine izin vermiyor. Bunun için barış hareketinin şimdiye değin olandan daha da sert bir ifade tarzı ve yoğun bir hareket tarzı gereklidir.

Aynı şekilde "Ek" silahlanma kararına karşı mücadelenin "nükleer tehlikeye" karşı mücadele ana terimi altında sürdürülmesi de tamamen yanlıştır. Ve bu hiç bir şekilde barış hareketinin, örneğin bir nükleer savaşın olağanüstü çöle çevirici sonuçlarına karşı uyarıda bulunmaması gerektiği demek değildir. O bunu yapmalıdır. Ancak o her şeyden önce bu tür bir nükleer savaşın çıkmasına karşı mücadele sürdürmelidir. Fakat biz bunu ancak bu tür bir nükleer savaşın da, somut siyasi, ekonomik, ve askeri önlemlerle hazırlanan, politikanın başka araçlarla sürdürülmesi olduğunu anlamakla yapabiliriz. Bu somut önlemlerden biri sözümona Ek Silahlama Kararı, Pershing 2 ve Marschflugkörper'lerinin Batı Avrupa'ya yerleştirilmesi planıdır.

Bundan ötürü Federal Hükümete, NATO'ya ve ABD'ye karşı "Ek Silahlanma Kararı kaldırılmalıdır" talebini gerçekleştirme mücadelesi, savaş tehlikesini azaltmaya bir katkıdır. Her kim ki, "Ek" Silahlanma Kararına karşı hareketi "nükleer tehlikeye" karşı bir harekete dönüştürmek istiyorsa, o onu ilerletmiyor, tam tersine çıkmaz sokağa götürüyor, siyasi olarak boşa çıkarıyordur. Çağrıdaki ülkemizin "caddeden caddeye, okuldan okula, işyerinden işyerine, şehirden şehire" nükleer silahlardan arındırılması önerisinin NATO İkili Kararı'na karşı mücadele ile hangi ilişkisi olabilir ki? Tespit edilmiş yerleştirme bölgelerindeki bir kaç şehir hariç, hiç bir şey. Burada doğru olan, nükleer silahlardan arındırılmış bir bölgeye ilişkin **siyasi** şiar, **manevi** bir kum kutusu oyunu seviyesine düşürülmektedir. Tüm bunlar, ekonomide ve siyasette savaş kışkırtıcılarına karşı mücadeleden, hükümete karşı mücadeleden oldukça uzaktır.

Egemen sınıflar için "Ek" Silahlanma Kararı'nı siyasi olarak gerçekleştirmek ancak barış hareketi tarafından bu karara karşı mücadele siyasi olarak da sürdürüldüğü, Bonn'daki hükümete karşı mücadele edildiği zaman mümkün olmayacaktır. Ne var ki, barış hareketinin Bonn Hükümeti'ne yapabileceği baskının derecesi, onun Federal Hükümet'in bu NATO İkili Kararı'ndaki yerinin görülebildiği ilişkiyi ne denli açık bir şekilde kavrayabildiğine bağlıdır. Çünkü, Federal Hükümet için "Ek" Silahlanmada sorunu "yalnızca" biraz daha silahlanma oluşturmuyor. Sorunu, askeri taslakta "Ek" silahlanmada ifade edilen Amerikan yoğun savaş rotasının desteklenmesi; NATO'nun stratejik genel tasarısı; Ana noktasını NATO'ya üyeliğin oluşturduğu Federal Hükümet'in ittifak politikası, ki başbakan Kohl bunu son zamanlarda hükümetin ana görevi ilan etti bile vs., oluşturuyor. Bundan dolayı barış hareketi, yalnızca "Ek" Silahlanma Kararı'nı başlı başına değil, aynı şekilde Federal Hükümet'in ittifak politikasını da, Federal Almanya'nın NATO'ya üyeliğini de (her şeyden önce Federal Almanya'ya 200 bini aşkın Amerikan askerinin yerleştirilmesini ve sayısızca Amerikan cephane depolarını) ciddi bir şekilde sorun ettiği zaman en güçlü siyasi baskıyı uygulayabilir.

Ancak bu şu an — maalesef — söz konusu değildir. Ruhr Ostern yürüyüşünün çağrısında bu sorunlar hiç bir şekilde ele alınmamaktadır. Peki, Amerika'nın Orta Amerika'daki cinayetkâr politikası? Bu çağrı için bir konuyu oluşturmuyor. Bunun yerine uygun bir dille şöyle deniyor: "Reagan Hükümeti'nin açık amacına, yumuşama ve karşılıklı anlaşma politikasına tırpan atmak barışı tehlikeye düşürür." Ya peki, NATO ülkelerinin Falkland ve Lübnan savaşına rıza göstermeleri ya da az veya çok desteklemeleri? Bu da çağrı için bir konuyu oluşturmuyor. Peki, Federal Hükümet'in sözümona savunma politikasına; uzun görev süresi ile Federal Ordunun tekniki ve personel olarak güçlendiriilmesine, savaş hizmeti (askerlik yapmayı, KŞ) reddedenlere baskı yapılmasına, kadınları gönüllüler olarak askere alma planlarına karşı? Aynı şekilde bu konuda da hiç bir şey söylenmemektedir.

Bunun yerine çağrının konusu genelinde silahların, özelinde ise nükleer ve diğer kitlesel imha silahlarının tehlikeli olmasıdır. "Doğu'da ve Batı'da silahlanmayı sınırlandırmada geniş kapsamlı adımlara", "silahlanma yarışına son verilmesine" ve buna benzer şeylere doğru yön verilmektedir. Elbette biz hepimiz silahsızlanmadan yanayız. **Ancak**: 1. Atla biniciyi karıştırmamalıyız. Savaş tehlikesi dünyada giderek daha fazla silahın olmasından dolayı artmıyor, tam tersine çeşitli büyük güçlerin bugün de savaşı iktidar ve yağmalama politikalarının bir devamı olarak göze aldıklarından dolayı, giderek daha fazla ve daha "iyi" silahları üretmekteler. 2. Barış hareketi silahlanmanın sınırlandırılması mücadelesinde, ancak "kendi" hükümetinin somut silahlanmayı sınırlandırma adımları için mücadele ettiği, yani silahlanmanın tek yanlı olarak sınırlandırılmasını talep ettiği zaman aktif olabilir. "Dünya çapında silahlanmanın sınırlandırılması", "Doğu'da ve Batı'da silahlanmanın sınırlandırılması" vb. gibi tüm şiarlar barış hareketini kaçınılmaz olarak büyük güçler, iki blok arasındaki silahlanmanın sınırlandırılması pokerinin bir uydusu konumuna düşürür. İşte barış hareketini siyasi olarak boşa çıkartacak, ve BAF'nin çağrısında da gerekli görülen "yöneticilerle doğrudan karşı karşıya gelmeyi" imkânsız kılan tam da bu silahlara doğru yönelimdir. Bundan ötürü 1983 yılı Ostern yürüyüşlerine ilişkin bu vb. çağrıları desteklemiyoruz.

Ostern'de yürünmelidir! Her şeyden önce (gene) ilk planda çeşitli ve çekici, tasavvuru kuvvetli olan ve dokunaklı b[illegible] şekilde yürünmesini yeterli görmeyenler yürümelidirler:

Ek silahlanma kararı kaldırılmalı!
Yankee defol!
Federal Almanya NATO'dan çıkmalıdır!
Tarafsızlık!
Savaş kışkırtıcılarına karşı mücadele!
Emperyalist savaşa karşı savaş!

KPD Sekretaryası



Barış hareketi ancak net bir siyasi çizgiye sahip olduğu zaman başarı kaydedebilir. Aksi takdirde siyasi olarak boşa çıkmaya mahkumdur.

Açıklayıcınot:
1) Ostern yürüyüşleri her yıl geleneğe uygun olarak Paskalya (Ostern) tatilinde düzenlenen yürüyüşlerdir. Federal Almanya'da ilk Ostern yürüyüşü 1960 yılında yapıldı. O dönemde Batı Almanya'da barışsever insanla[illegible] Federal Almanya'nın nükleer silahlanmasına karşı bir yürüyüş düzenlemiştiler. 1960 yılından bu yana her yıl barış yanlıları Paskalya (Ostern) tatilinde (4 gün) uzun ve görmekli yürüyüşler düzenleyerek barışın korunması yönündeki isteklerini dile getirmekteler.

Batı Berlin

Senato yabancıların özel durumlarını ve siyasi konumlarını açığa çıkarmak istiyor

Yabancılara karşı düşmanlığı ile tanınan Batı Berlin Senatosu şimdi yeni bir adım daha attı: "Yabancılar politikasında dahi iyi kararlar alabilmek için" eyalet hükümeti, Batı Berlin'de yaşayan Türkiyelilerin siyasi konumlarının açığa çıkarılması amacıyla resmi bir anket yaptırdı.

Senatonun Yabancılar Görevlisi CDU'lu Barbara John, biz Türkiyelilere ankette yöneltilen soruların açıklanmasından hiçte memnun değil. Eh, bunun nedenini anlamak o denli zor olmasa gerek. Nitekim onlar bu tür soruları gizli tutmak ve biz yabancılara karşı kararlarını beklenmedik anda almak istiyorlar.

Makamlar Batı Berlin'de yaşayan Türkiyelilerden diğer şeylerin yanı sıra şunları öğrenmek istiyordular:

★ Hangi radyo yayınlarını dinlediklerini ve hangi televizyon yayınlarını seyrettiklerini;
★ hangi gazeteleri okuduklarını;
★ İslam dininin kendileri için önemli olup olmadığını ve hangi derneğe üye olduklarını;
★ Türkiye'de Anayasa oylamasında hangi oyu kullandıklarını;
★ hangi partiyi doğru gördüklerini;
★ Federal Alman yabancılar politikasını nasıl değerlendirdiklerini;
★ Federal Almanya ve Batı Berlin'de ne kadar kalmak istediklerini;
★ 6 yaşından küçük çocuklarını yanlarına getirmek isteyip istemediklerini vs.

Batı Alman ve Batı Berlin'li politikacılarla Türkiye'deki faşi cunta arasında düzenli ve sağlam bilgi alışverişi yapıldığından da hareket edebiliriz. Nitekim Türkiye üzerine de bir sorunun yöneltilmesi bunun en açık ifadesidir.

Batı Berlin'de yaşan Türkiyeliler arasında gözetleme yapılmasının açığa çıkmasından sonra Türkiyeliler arasında "yoğun bir huzursuzluğun" baş gösterdiğini yazdı basın. Türkiyeliler arasında yapılan bu gözetleme aynı şekilde haklı olarak Alman anti-faşistlerinde de tepkiye yol açtı. Koyu gericiliğin Senatosunun "yabancılar politikasında daha iyi kararlar alabilmekle" kasettiği daha sert önlemlerin alınmasıdır. Bunun için Alman ve yabancıların ortak direnişi her zamankinden daha fazla gereklidir.

Federal Hükümet bir sığınmacıyı cuntaya teslim etmek istiyor

(Baştarafı sayfa 1'de!)

Ayrıca Federal Anayasa Mahkemesi Mart ayı sonunda ise, Köln'deki Yüksek Eyalet Mahkemesi'nin Türkiye'ye iade edilmesi kararına itirazda bulunan Yüksel Şen'in davasını kararlaştıracak. Bakalım o zaman Kürt ilticacının faşist cuntaya iadesini onaylayacak mı yoksa red mi edecek?

Faşist cuntanın, Kemal Altun'un iade edilmesini istemesinden sonra Batı Berlin'deki makamlar onun sığınma dilekçesini incelemediler. K. Altun, 22 Mart'ta sözlü bir duruşmaya çağrıldı. Bu duruşmadan sonra verilecek karar onun faşist cuntanın kan kokan zindanlarına gönderilip gönderilmeyeceğini belirleyecektir. Ancak makamlar her hallükârda sığınma davasının sürmesini önlemek istiyorlar. Çünkü aksi takdirde faşist cuntanın sahte gerekçelerle iade isteminde bulunmasının tutarsızlığı bir kez daha ispatlanmış olacaktır.

Kemal Altun sınırdışı edilecek olursa, o zaman Batı Alman makamları, Batı Berlin Senatosu'na ve Federal Hükümet'e önemli bir sinyal yakmış olacaktırlar; çünkü böylece faşist cuntanın yönetime el koymasından bu yana siyasi takibata uğrayan ve kaçarak can güvenliği sağlamış birisi, ilk olarak resmi dairelerin kararları ile sınırdışı edilerek, işkenceye ve belki de ölüme terk edilmiş olacaktır.

Federal Hükümet'in şimdiye değin aldığı karar da, onun Avrupa Parlamentosu'nun tavsiyesini hiçe saydığının en açık kanıtıdır. Nitekim Avrupa Parlamentosu İnsan Hakları Komisyonu, Türk faşist cuntasına iade yapılmamasını tavsiye etmişti. Ancak açıkca görülen şu ki, Federal Hükümet'in ve Batı Alman kapitalistlerinin, NATO ülkesi Türkiye ile olan ekonomik ve askeri ilişkileri, onlar için insan haklarından daha da önemlidir. Onlar bu çıkarlarına insanları feda etmek istiyorlar. Federal Hükümet'in bu acımasızca tutumu, uluslararası alanda tepkilere yol açtı. Şimdi bu protestolar özellikle burada, Federal Almanya'da da yoğunlaştırılmalıdır. Şimdi yerli ve yabancı demokratlar ve anti-faşistler birlikte bu tür dehşet yaratıcı adımlara karşı seslerini yükseltmelidirler.

Hiç bir siyasi sığınmacı faşist cuntaya teslim edilmemelidir! Cemal Altun'a sığınma hakkı tanınmalıdır!

104 maden işçisi hayatını yitirdi

(Baştarafı sayfa 1'de!)

Kazanın şokunu hâlâ canlı bir şekilde yaşayan bir maden işçisi çalışma koşulları üzerine şöyle diyordu: "İş anında mühendisler, ustabaşıları ve denetleyiciler tarafından baskı altına alınmaktayız. Yer altında bir güvenlik görevlisine karşılık on denetleyici vardır. Onlar ikramiye almak için bizi üretimi artırmaya zorluyorlar. Ve sonunda bu tür olaylar yaşanıyor. Mühendislerin bir çoğu Ocağa dahi inmiyorlar. Bilgileri telefonla alıp ve emir veriyorlar."

Grizu patlaması artık bugün maden ocaklarının yoğun bir şekilde olduğu Batı Avrupa ülkelerinde, özellikle Federal Almanya'da tarihe karışırken, Türkiye'de yıllardan beri bu tür patlamaların meydana gelmesi, yeterli güvenlik önlemlerinin alınmaması ve bu önlemlere dikkat edilmemesinden kaynaklanmaktadır. Örneğin bugün Türkiye maden ocaklarında meydana gelen patlamalarda başı çekiyor.

Şimdiye değin Türkiye'de maden ocaklarında meydana gelen iş kazalarında resmi istatistiklere göre 660 işçi hayatını yitirdi. Örneğin resmi istatistiklere göre yalnızca grizu patlamasından 1942 yılından 1978 yılına kadar 288 maden işçisi hayatını yitirdi ve 295 işçi ise yaralandı.

Daha önceki iş kazalarının olduğu gibi, şimdi de 104 maden işçisinin hayatını yitirmesinin biricik sorumlusu kapitalistlerin ta kendileridir. Çünkü onlar için önemli olan işçilerin can güvenliği ve sıhhati değil, tam tersine kârlarını garantilemektir.

Dev Sol ve Halk Der'in yasaklanması protesto edildi



5 Mart'ta Kiel'de düzenlenen bir yürüyüşle Federal İçişleri Bakanlığı tarafından Dev Sol'un ve Halk Der'in yasaklanması ve bunların tutuklu bulunan üyelerinin sınırdışı edilmek istenmesi protesto edildi. Alman ve Türkiyeli anti-faşistlerin ortaklaşa düzenledikleri bu yürüyüşte diğer şeylerin yanı sıra yabancıların da eşit siyasi ve sosyal hakları elde etmeleri, yerli ve yabancı tüm faşist örgütlerin kapatılması talep edildi. Kiel'li KPD'li yoldaşlar yapılan yürüyüş üzerine bize bu fotografı gönderdiler.

Nisan ayı sonunda

Federal Almanya'da "nüfus sayımı" yapılmak isteniyor

Nisan ayı sonunda Federal Almanya'da "nüfus sayımı" yapılacak. Yabancılar da dahil, tüm halkın sayıma katılması öngörülüyor. Bu "nüfus sayımı"nın özelliği, bizim şimdiye değin yaşadığımız "nüfus sayımı"yla yakından uzaktan hiç bir bağının olmamasıdır. Bu sayımla tüm halkın özel konumları üzerine bilgiler bilgi sayarlar aracılığıyla tek bir merkezde toplanacak. Ve bu bilgiler tüm resmi ve sivil dairelerinin hizmetine sunulacak.

Daha önce Federal Almanya'da yapılan tüm nüfus sayımlarına katılma zorunlulğu yoktu ve bir çok soru yalnızca belirli kesimlere yöneltiliyordu. Belli aralıklarla yapılan bu tür nüfus sayımları gerekliydi de. Çünkü bu sayımlar Federal Almanya'da yaşayan insanların sayısını belirlemek amacıyla yapılıyordu. Ancak modern teknik aracılığıyla bugün artık bu tür sayılar kolayca tespit edilebiliyor, örneğin Federal Almanya'da ne kadar yabancı yaşıyor, bunların ne kadarı işçi ve ne kadarı işsiz, ne kadarı genç ne kadarı yaşlı ve hangi iş kollarında çalışıyorlar vs. tüm bunları tespit etmek bugün oldukça kolay. Ve tüm evleri gezmeyi gerekli kılmıyor.

25 Mart 1982'de çıkarılan bir kanunla herkes nüfus sayımına katılmakla ve kendisinden istenilen bilgileri vermekle yükümlü tutuldu. Bu yıl yapılacak "nüfus sayımı"nın taslağı daha 1978 yılında hazırlanmıştı.

Bu karara uygun olarak Nisan 1983 sonunda 600 bin "sayımcı" kapı kapı çalarak, herkese bir deste kağıt verecek ve bunların doldurulmasını talep edecekler. Ve doldurduktan sonra bir hafta zarfında kendilerine iletilmesini talep edecekler ya da anında sizinle birlikte doldurmak isteyecekler. "Sayımcılar" sizden, ne yaptığınız, nerede çalıştığınız, nasıl çalıştığınız, evde aile olarak mı kaldığınız, grup halinde mi oturduğunuz, yoksa başkasıyla birlikte mi oturduğunuz, tahsiliniz, sizinle birlikte kalan kişilerin durumunun nasıl olduğu, kiranın ne kadar olduğu, ne kadar kazandığınız, siyasi görüşünüz, komşularınızla olan ilişkiniz, kaç yıldan beri Almanya'da olduğunuz, işyerine gidişin ne kadar sürdüğü üzerine ve sıralamakla bitmeyecek herkesin özel yaşantısına ilişkin bilgileri toplamak isteyecekler.

Yaklaşık olarak bir buçuk yıl sürecek bu sayımdan sonra herkesin özel konumlarına ilişkin bilgiler değerlendirilerek, elektronik beyinlere kayıt edilecekler.

Görüldüğü gibi "nüfus sayımı" normal bir sayım değil. Bununla herkesin hakkında özel bilgiler, tek bir merkezde toplanmak isteniyor. Böylece düğmeye bastığında herkesin özel durumu hakkında anında bilgi edinilebilir. Böylece yakın gelecekte maliye dairesinden, polise, işverene varıncaya kadar tüm resmi ve sivil daireler bu şahsi bilgileri elde edebilirler.

Nüfus sayım memurları kendilerine istenilen bilgiyi vermediğinizde ya da soruları yanlış olarak cevaplandırdığınızda cezaya çaptırılacağınızı açıklayacaklardır size.

"Nüfus sayımı"ndan sonra elde edilen bilgiler yabancılar, özellikle biz Türkiyeliler açısından büyük bir tehlike oluşturmaktadır. Çünkü bu bilgilerle evde kaç kişinin kaldığını, oturma izninin olup olmadığını, burada yasadışı kalıp kalmadığını, evin metre karesinin küçük olup olmadığını, ücretin vs. yetip yetmediğini, sosyal yardım alıp almadığını tespit ederek biz yabancıları kolayca sınırdışı edebilirler. Bu bilgiler "yeni yabancılar politikası" ışığında ele alındığında, "uygun görülmeyen" yabancıların sınırdışı edilmesini kolaylaştırmaktadır. Ayrıca bireylerin özel konumları hakkındaki bu bilgiler, her an ve her alanda kendilerine karşı kullanılma tehlikesini de doğurmaktadır vs.

Nisan ayı sonunda yapılacak bu "nüfus sayımı"na karşı Federal Almanya çapında direniş giderek gelişiyor. Şimdiye değin nüfus sayımına, daha doğrusu tek tek bireylerin durumlarının ve siyasi konumlarının gözetlenmesine karşı 250'yi aşkın halk komiteleri kuruldu. Partimiz KPD, gözetleme ve ihbar devletine karşı direnişinin her türlü biçimini desteklemektedir.

Biz yabancıların "nüfus sayımı"na karşı nasıl direneceğimiz üzerine gelecek sayıda bazı somut öneriler de bulunacağız. Çünkü bugün yabancıların "nüfus sayımı"na katılmamalarının özel tehlikeleri mevcuttur.

Nazilere karşı ortak mücadele!

8 Mart'ta NPD'li faşistler Dortmund'un Hörde semtinde bir üye toplantısı yapmak istiyordular. Toplantının haberini önceden alan anti-faşistler hemen harekete geçtiler. Partimiz KPD'nin de aralarında yer aldığı bir anti-faşist ittifak temelinde Dortmundlu anti-faşistler 8 Mart'ta "Neonazilere karşı ortak mücadele" şiarı ile bir eyleme çağrı yaptılar. NPD'lilerin toplantısını yapmak istediği salonun önünde toplanan 100'e yakın anti-faşist, NPD'nin ve tüm faşist örgütlerin yasaklanmasını talep ettiler. Faşistler son dönemlerde Dortmund'da faaliyetlerini yoğunlaştırdılar, örneğin anti-faşistlere, solculara ve yabancılara ait olan arabaları hasara uğrattılar, yabancılara, özellikle de Türkiyelilere saldırmaya kalkıştılar.

Şimdiye değin faşistlere karşı düzenlenen her eylemde olduğu gibi bu eylemde de faşistleri korumak amacıyla geniş bir polis seferberliği yapılmıştı. Polis birlikleri anti-faşistlere saldırarak, faşistlerin toplantı salonuna girmelerini sağlamaya çalıştılar. Polislerden birinin bir anti-faşiste saldırması üzerine, anti-faşistler ona karşı dava açmak için polisten hüviyetini istediler. Ancak polis birliğinin yöneticisinin desteğini de alan polis memuru ismini söylemeyi reddetti! Nazilerin toplantılarının çoktan başlaması gerektiği bir aşamada eylem sonuçlandırıldı. Nazilerin üye toplantısına toplam 15 kişi katıldı.

Bölgesel basından da gazeteciler eylem yerinde olmalarına rağmen, Dortmund'da yayınlanan üç gazetede de eylem üzerine bir tek kelimeyle dahi olsun bahsedilmedi.

Olağanüstü bir tehlike

Federal Almanya'da "Bir 'Bozkurtlar' Örgütünün olduğuna dair hiç bir ipucu yoktur." Bu iddia 9 Mart'ta WDR'nin akşam haberlerinde ileri sürüldü. Şu an aynı sözler basında da yer almış durumda.

Federal Almanya'da Bozkurtlar adıyla tanınan MHP'li faşistlerin olmadığı ileri sürülüyor; ve Federal Almanya'da Türkler arasındaki şiddet eylemlerinden tüm solcuların sorumlu oldukları belirtilmektedir. Bu sahte açıklamanın mimarı Federal İçişleri Bakanlığı Müsteşarı Spranger'dir.

Böylece Bozkurtlar gene sevinebilirler. Demokratik görüşlü insanlara, Türkiyeli ilericilere, demokratlara ve sendikacılara yeni saldırılar için böylece kolayca teçhizatlanabilirler. Faşistler solculara saldırmış olsalar dahi, böylece sorumluluk basit bir şekilde anti-faşistlerin üzerine yıkılabilir. Çünkü, Bozkurtlar diye bir 'örgüt yoktur', artan şiddet tehlikesi Spranger'e göre 'solculardan' geliyor!

Batı Alman devletinin resmi açıklamaları şimdi Türkiyeli faşistlerin sözümona "Kültür Dernekleri"ni artık hiç çekinmeden zararsız bir kuruluş olarak göstermelerini daha da olanaklı kılıyor.

Faşistler derneklerinde kendilerini oldukça sıkı bir şekilde maskelemeleyi bile gerekli görmüyorlar. Buna bir örnek vermek gerekirse; Dortmund'da olan iki derneklerinde de dışarıda büyük bozkurt amblemi asılıdır. Bu amblemin faşist katil çetesinin bir simgesi olduğu pekâlâ biliniyor. Buna rağmen Batı Alman makamlarının "Bozkurtların olmadığını" iddia etmeleri kendilerinin gerçek yüzlerini ortaya koyuyor, kiminle birlikte çalıştıklarını gösteriyor.

Spranger bu gerçekleri göremeyecek kadar kör ve aptal mı? Eğer durum böyle değilse, o güvenliği tehlikeye düşüren birisidir. O zaman geri çekilmelidir. Eğer o kendi söylediklerine inanmıyorsa, o zaman o bir sahtekar ve faşist katillerin işbirlikçisidir. O zaman o da tüm faşist caniler gibi hapsedilmelidir. Faşist çeteleri açıktan açığa destekleyen birisinin, devletin İçişleri Bakanlığı gibi bir kademede bulunması büyük bir zarara yol açar. Her neyse, Spranger gibi birisinin bu mevzide bulunması olağanüstü bir tehlikeyi oluşturuyor.

Türkiye'de 3963 kişi vatandaşlıktan çıkarıldı

Faşist generaller güruhu, 1980 yılının Eylül ayında yönetime el koymalarından bu yana toplam olarak 3963 kişiyi vatandaşlıktan çıkardı ve mal varlıklarına el koydular. Vatandaşlıktan çıkarılanların çoğu, siyasi görüşlerinden ötürü göç etmek zorunda kalmıştı. Örneğin bunlar arasında Yılmaz Güney, Melike Demirağ gibi tanınmış sanatçılar da yer almaktalar.

Türkiye'nin aleyhinde propaganda yapmak mı?

40 yıllık sanatçı olan Işık Yenersu geçen yılın Aralık ayında Paris'te Nazım Hikmet'in 80. doğum yıldönemi vesilesiyle düzenlenen kutlama töreninde onun parçalarından birini okuduğundan dolayı, faşist cunta tarafından hakkında dava açıldı. "Türkiye aleyhinde propaganda yapmakla" suçlanan sanatçı Ankara'da mahkeme önüne çıkarıldı.

En az 58 çocuk hapis yatıyor

Daha önce yurtdışına kaçan ve Federal Almanya'da sığınma isteminde bulunan Kürt avukat Şerafettin Kaya, Diyarbakır Cezaevinde çocukların da hapis yattığını ileri sürmüştü. Bu olayı araştıran Çocuk Yardım Kurumu "terre des hommes" dava dosyalarının numaralarını açığa çıkardı ve ayrıca çocukların ve gençlerin toplu davalarda mahkum edildiklerini ispatladı.

Şimdi bu olay üzerine Türkiye'nin Bonn Büyük elçiliği'ne bir mektup gönderen "terre des hommes" Diyarbakır Cezaevinde bulunan ve işkence gören 58 çocuğun ve gencin durumunun ne olduğu hakkında bilgi verilmesini talep etti.

Belçika'da yabancı düşmanı önlemler

BRÜKSEL. — Belçika sağcı hükümeti, yabancılara karşı adım atmak için bir yeni önlemler programını kararlaştırdı. Örneğin AET dışı ülkelerden gelenler için yeni sınırlamalar konuldu. Buna göre onlar gelecekte yalnızca Belçika'nın belirli sınır kapılarında giriş yapabilecekler. Geçmişte Belçika'nın sömürgecilik döneminde burayla bir çok ilişkisi olan Faslılar, Cezayirliler, Tunuslular, ve diğer bir çok Afrika ülkesi için 1 Mart'tan itibaren vize yükümlülüğü konuldu.

Aynı şekilde Brüksel çevresindeki belediyelere, gelecekte yabancı işçileri kaydetmesini reddetmek ve kendiliğinden yabancılara yapılan maddi yardımları sınırlamak imkânı sağlanacağı açıklandı.

Alınınan bir diğer önlem ise, ailelerin birleştirilmesi şartlarının zorlaştırılmasıdır. Şimdiye değin 21 yaşına kadar olan gençlere ailelerinin yanlarına gelme olanağı tanınırken, şimdi bu sınır 18 yaşına düşürülmek isteniyor. Yeni uygulamaları ve amaçları vurgulamak için Adalet Bakanı Jean Gol, bu uygulamalara uyumayan yabancıların hastalık sigortasından ihraç edileceğini duyurdu.

Belçika sağcı hükümetinin bu yeni önlemlerinin tümü AET dışı ülkelerden gelen yabancılar için geçerlidir. Bu önlemler ilk etapta Belçika'da çok sayıda yaşayan Kuzey Afrikalıları etkilemektedir.